

- **Ein diesmal nüchterner Herr ...**
Wahlbeobachtungen – sehr frei nach Tucholsky Seite 4
- **Der Aufreger !**
Bürgermeister Heiko Rosenthal im Interview Seite 6
- **Metaphysische Holocaustleugnung**
Unverbesserliche vor Leipziger Gericht Seite 7
- **Ich habe ein besonderes Auge**
Ungewöhnliche Fotoausstellung über "Armut" Seite 13
- **... wird zurückgeschossen !**
Vor 70 Jahren begann der Zweite Weltkrieg Seite 18
- **Lindenauer Zement**
Eine legendäre Leipziger Radsportstätte Seite 20



Foto: Eiltzer

Editorial

"Leipzig **braucht** ein Sozialticket" – eine Bewegung, die sich vornahm, gegen wachsende gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung ein Zeichen zu setzen. Nunmehr können wir mit Stolz verkünden: "Leipzig **hat** ein Sozialticket!" Ein steiniger Fahrweg liegt hinter uns. "Haltestellen der Erinnerung" lohnen deshalb.

August 2006: Die seit Jahren "planmäßige" Fahrpreiserhöhung der LVB veranlasst ein Häuflein von Aktivisten des Leipziger Sozialforums und der Montagsdemonstration, Forderungen nach einem Sozialticket öffentlich zu machen. Im Oktober werden die Stadträte angesprochen. Der Dialog mit den LVB kommt langsam in Fahrt. Schnell wird klar, nur ein breites Bündnis kann aus der Idee Wirklichkeit werden lassen. Im Dezember konstituiert sich die Bürgerinitiative "Leipzig braucht ein Sozialticket"

2007: Bald gehören ihr über 60 Organisationen, Sozialverbände, Bürgervereine, Initiativen, Gewerkschaften und Parteien an. Mittelständische Gewerbetreibende fungieren als Sponsoren und Multiplikatoren. Einer der prominentesten Befürworter war übrigens "Prinz" Sebastian Krumbiegel.

Langsam entwickelt sich eine Zusammenarbeit mit den Fraktionen DIE LINKE, B90/Die Grünen und (zuletzt) der SPD im Stadtrat. Es kommt zum interfraktionellen Prüfauftrag im Mai, begleitet durch die Übergabe der ersten 10 000 Unterschriften an den OBM. Und es wird geprüft, geprüft ...

Ereignisreiches Jahr 2008: Endlich liegt das Ergebnis der Ratsversammlung vor. Eine überwältigende Mehrheit beschließt die Einführung zum August 2008. Sozialamt und LVB betreiben die Vorbereitungen. Die Bürgerinitiative bereitet ein Volksfest vor. Da folgt ein herber, so nicht mehr erwarteter, Rückschlag: Die Landesbürokratie, in Gestalt des Regierungspräsidiums, unterbindet wenige Tage vor dem Start die Einführung. Der Protest lässt nicht auf sich warten. Noch enger rücken auch Fraktionen und Bürgerinitiative zusammen. OBM Burghard Junge verspricht schließlich, dass 2009 das Sozialticket kommt. Er hat Wort gehalten!

Resümee: Der 1. August 2009, ein denkwürdiger Tag für Leipzigs Bürgerschaft. Es ist nicht selbstverständlich, dass eine Initiative so lange Zeit beharrlich um Mehrheiten wirbt, konstruktive Partnerschaften entwickelt und die Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie nutzt. Wenn bis heute etwa über 4.300 Leipziger Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Leipzig-Pass-MobilCard eine neue Qualität von Mobilität nutzen, so auch Dank der Bürgerinitiative, die monatelang bei Wind und Wetter ihr Anliegen öffentlich machten, die Stadt sensibilisierte und letztlich sozialer Gerechtigkeit einen Namen gab. Mit diesem Beispiel Leipzigs, haben wir nunmehr ein sachsenweites Bündnis initiiert, das sich für eine Landeslösung einsetzt. Die uns eigene "Weltoffenheit" endet eben nicht an der Haustür!

• **PETRA WEISSFUSS**

Sprecherin der Bürgerinitiative "Leipzig braucht ein Sozialticket"

Kommentiert

Wegtreten ...wegen Unkenntnis!

Hat Brandenburgs Innenminister Schönbohm diesen tollen bahnbrechenden Satz, entsprechend seiner militärischen Vorbildung, etwa gebrüllt oder morgens beim Frühstück nur durchgekauert? Man muss sich das Gesagte nochmal auf der Zunge zergehen lassen: "Ein Arbeitsloser heute hat mehr Kaufkraft zur Verfügung als ein Arbeitnehmer in der DDR."

Dass diesem Minister jedwede Kenntnis über die Arbeitsverhältnisse in der DDR abgeht, lässt sich schon daraus erkennen, dass Herr Schönbohm noch immer nicht mitgekriegt hat (begriffen streichen wir mal), dass es die beiden – ohnehin widersinnigen – Begriffe "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" in der DDR aus guten Gründen nicht gab.

Er wird auch noch nie etwas von der "zweiten DDR-Lohtüte" gehört haben, die einerseits dafür sorgte, dass ein Staßfurt-Farbgerät zu teuer war, aber andererseits bei den "1000 kleinen Dingen" und "Lebensmitteln", oftmals Pfennige zum Bezahlen ausreichten, und die

Dederonbeutel trotzdem gefüllt waren. Über Bildungslücken des Ministers kann man ja noch hinwegsehen. Ausgesprochen infam ist aber die tiefergehende Bedeutung jenes Satzes, die zwischen den Zeilen – gut getarnt – erkennbar ist: Arbeitsloser, reg' dich nicht auf, auch ohne Arbeit geht es Dir besser als in der DDR. Was willst Du denn materiell noch mehr? Soll sich ein Dreißigjähriger, der die Arbeitswelt der DDR nie kennenlernte, nun zurücklehnen und sich freuen, dass er mit Hartz-IV gerade mal über die Runden kommt, und es ihm "besser geht" als in der DDR. Und der Fünfzigjährige, der nach Arbeitslosigkeit mal wieder in eine "Maßnahme" gerutscht ist ... soll der sich auch zurücklehnen und sagen: Ach, wie geht's mir doch gut als staatlich alimentierter "Arbeitnehmer". Minister Schönbohm will – wie zu hören ist – mehr über das "Menschenbild" des Systems BRD informieren, über die "Herausforderungen der Freiheit". Ziel verfehlt! Wegtreten!

• JOST WEISS

Arbeiten bis zum Umfallen

Es ist wahrlich nicht das schlechteste Gefühl nach einem arbeitsreichen Tag, an dem man auch wirklich was erreicht hat, mit der Gewissheit ins Bett zu fallen, und am nächsten Morgen wieder gebraucht zu werden. Arbeit ist und bleibt für die allermeisten (auch für mich) nicht nur Gelderwerb sondern Lebensbedürfnis. Ich tue, also bin ich nützlich!

So könnte ich doch gerade als Frau schon wieder aufschrei'n, dass nach der ersten Rentenalterserhöhung – von 60 auf 65 – die die "gebrauchten" Bundesländer den "neuen" bescherten, schon wieder was Neues diskutiert wird. Selbsternannte Experten kritzeln nun eine "69 für 2060" in die Rentenplanung. Zwar liegen mein Mann und ich dann schon unter der Erde, trotzdem ist mir das Ganze nicht egal. Solche Testballons werden doch nicht zufällig aus der Lamäng gestartet? Diesmal waren es Bänker, denen beispielsweise der Chef der CDU-CSU Mittelstandvereinigung Herr Schlarmann sofort Beifall zollte.

Aber, wie sieht es denn 2009 aus: Von den heute 63-Jährigen gehen nur 7,4

Prozent einer Vollzeitbeschäftigung nach. Jedes Jahr Verlängerung bis zum Renteneintrittsalter ist somit nichts anderes als eine brutale Kürzung um 3,6 Prozent. Weder die 14,4 Prozent Kürzung durch die Rente mit 67 und schon gar nicht eine weitere um 21,6 Prozent durch eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 69 sind akzeptabel, zumal bis 2030 das Rentenniveau auch ohne diesen Rentendiebstahl um mehr als 20 Prozent sinkt. Rechnen kann ich noch! Mich regt außer diesen Prozentsätzen noch viel mehr auf, dass Politiker immer stärker Alt gegen Jung ausspielen. Regierende Frauen halten sich da eher zurück. Vergessen diese Herren denn, wie oft gerade Oma oder Opa den Enkeln etwas zum Auto oder der neuen Küche dazubezahlt haben? Familien rechnen und leben anders als diese "Experten" und lernen das Teilen von Sorgen und Freude. Ich werde heute wieder auf Arbeit gehen, mein Enkel sucht noch. Ich "Alte" Sorge mich um ihn, auch um sein künftiges Auskommen im "Alter" und spare deshalb wenigstens etwas.

• LUISE BECKER

Wahl Wiederholung

LN.: Nach der Anordnung der Landesdirektion zur Teilwiederholung der Kommunalwahl vom 7. Juni und dem entsprechenden Beschluss der Stadtratssondersitzung vom 17. Juli führt der bisherige Stadtrat die Geschäfte weiter. Damit werden zunächst die Sitzungstermine am 26. August und 16. September noch von den Stadträten der IV. Wahlperiode wahrgenommen. Auch die Ausschüsse der Ratsversammlung sowie die zehn Stadtbezirksbeiräte arbeiten in der bisherigen Besetzung weiter. Anders ist die Situation bei

den Ortschaftsräten. Hier muss nach Bescheid der Landesdirektion nur die Wahl in Lützschena-Stahmeln wiederholt werden. Die anderen 13 Ortschaftsräte werden sich bis zum 8. September entsprechend der Wahlergebnisse der Kommunalwahl neu konstituieren.

Die Nachwahlen für den Stadtrat und den Ortschaftsrat Lützschena-Stahmeln finden zusammen mit der Bundestagswahl am 27. September statt. Dabei entsprechen die Wahlbezirks- und Wahlkreiseinteilung derjenigen der Hauptwahlen vom 7. Juni. Auch die Bewerber bleiben die gleichen, sofern sie nicht inzwischen ihre Wählbarkeit verloren haben.

"Ernst" und "Charlotte"

Unterschiedliche Erinnerungskulturen an den am 18. August vor 65 Jahren im KZ Buchenwald ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann



Foto: T.B.

LN.: Während an anderen Stellen im vereinten Deutschland Thälmannstraßen, -plätze und -gedenkstätten reihum nach 1989 geschliffen wurden, steht im erzgebirgischen Rittersgrün zwar ein wenig im Schatten aber unverehrt auch 65 Jahre nach der Ermordung des deutschen KP-Vorsitzenden dieser Gedenkstein.

Einen Ernst-Thälmann-Platz gibt es noch im Leipziger Ortsteil Volkmarisdorf. Dort warnte 1932 Thälmann vor dem heraufziehenden Faschismus. Sein Name für den ehemaligen Volkmarisdorfer Markt blieb somit erhalten.

Dafür ist "Charlotte" verschwunden. Das unter Denkmalschutz stehende Boot gehört zum Inventar der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals bei Königs Wus-

terhausen. Bereits Ende Juli schlug der Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e. V. Alarm. Er sieht in der Entfernung des Bootes ein Indiz für konkrete Abrisspläne des historischen Ortes. Dies recherchierte auch die Zeitung "junge Welt". In einer Presseerklärung, unterzeichnet von Max Renkl vom Freundeskreis, heißt es zu den derzeit bekannten Fakten: "Charlotte" entführt! - Inventar verschenkt! - Gedenkstätte ausgeräumt! Der Freundeskreis ruft alle Antifaschisten auf, um die Gedenkstätte zu kämpfen, sich an den Protestkundgebungen zu beteiligen. Das Ziel heißt: Kein Abriss! Keine Verlagerung! Für den Erhalt und die Wiedereröffnung der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte am authentischen Ort!

Das Letzte nach Redaktionsschluss: Entmachtung Oskar Lafontaines vorgesehen?

Als "typische Spiegel-Ente im Sommerloch", hat der Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Hendrik Thalheim, die Meldung des Hambur-

ger Magazins zurückgewiesen, nach der angeblich ostdeutsche linke Realpolitiker eine Entmachtung von Oskar Lafontaine an der Parteispitze diskutieren. "DIE LINKE zieht geschlossen und einzig in die Wahlkämpfe in Bund und Ländern mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl. Daraus wird DIE LINKE gestärkt hervorgehen und mit ihren Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine weiter für ein sozialeres Land kämpfen. Daran werden auch Spekulationen des Spiegel ohne reale Grundlagen nichts ändern."

Es ist so eine Sache mit den Löchern, weshalb sie, sehr zu Recht wie ich meine, von vielen Zeitgenossen am liebsten gemieden werden. Nicht nur die schwarzen in der Endlichkeit des Alls, die alles auf Nimmerwiedersehen verschlingen, auch die Löcher im Käse können Tragödien ungeahnten Ausmaßes hervorrufen, wie Kurt Tucholsky zu berichten wußte. Apropos Käse: die Löcher in manchen Socken, von scharfkantigen Zehennägeln in den Stoff gebohrt, tragen auch nicht gerade zum positiven Image der geschmähnten Öffnung bei. Was ist eigentlich ein Loch? Nichts weiter als eine offene Stelle, eine Lücke, rund oder eckig, egal. Als Riß in der Hose kennt man es, als Loch im Eimer oder als Leck im Schiff zum Beispiel. Ein Loch ist die Beschreibung eines umrandeten Nichts. Mehr nicht.

So gesehen kann niemand in ein tiefes Loch fallen, auch die Umfragewerte der SPD nicht, weil: ein Loch ja gar nicht tief sein kann, sondern höchstens das, was hinter dem Loch kommt. Hingegen ist die Aussage, die SPD pfeift auf dem letzten Loch als durchaus korrekt zu werten.

Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, daß das Loch als solches stark von den Jahreszeiten abhängig ist. Herbst, Winter und sogar der Frühling haben herzlich wenig mit Löchern am Hut. Anders der Sommer. Ein Sommer ohne Loch ist geradezu undenkbar. Genauso wenig übrigens wie eine Zeitung ohne Ente.

In diesen Wochen und Tagen ist das Sommerloch in Berlin angekommen. Es passiert einfach nichts, wie Sie, werter Leser an dieser Kolumne unschwer erkennen können.

Die Hanswurstiaden der S-Bahn haben sich langsam von selbst erledigt. Keiner schaut mehr hin, wenn alle paar Wochen mal wieder ein reparierter Zug auf die Gleise gestellt wird und ein Fahrkartenknipser aus dem Bahnvorstand stolz vierzigprozentige Planerfüllung in die Mikrophone kräht. Juckt keinen mehr, höchstens noch ein paar Touristen, die aus den engli-



Notizen aus der Hauptstadt der BRD

Kleine Philosophie des Lochs

Von Gerhard Schumacher



schen Lautsprecherdurchsagen nicht schlau werden. Selber Schuld, sagt sich der humorige Einheimische, soll er doch deutsch lernen wie die Kellner auf Mallorca, der Bauer aus dem Umland, der.

Fazit: S-Bahn taugt nicht fürs Sommerloch.

So richtig sommerlochauglich hingegen wäre die Dienstwagenaffäre. Nein, falsch vermutet, nicht die von Ulla Schmidt und einigen anderen, sondern die der Hypo Real Estate Bank. Von den Steuergeldern, die in deren schwarzem Loch verschwunden sind könnte man nämlich, so hat es die taz errechnet, 866 000 Dienstwagen gleich schweren Kalibers anschaffen. Und kein Mensch regt sich darüber auf.

Statt dessen orakelt die Knallpresse, warum die gute Ulla ihren Panzerwagen nach Spanien nachkommen ließ. Vielleicht hatte sie ja Sehnsucht nach dem Chauffeur, wer weiß es schon? Geht uns eigentlich auch gar nichts an, denn was sind schon 5 000 km quer durch Europa gegen 102 Milliarden über die ganze Welt verstreut und kein Ende in Sicht? Die gehen uns nämlich sehr wohl etwas an, weil es unser Geld ist, das da von der Bundesregierung mit vollen Händen unverantwortlich frech den kriminellen Spekulanten hinterhergeschmissen wird. Diese HRE Bank ist so löchrig wie Tucholskys Schweizer Käse und wie bei diesem weiß niemand zu sagen, wie die Löcher überhaupt hineingekommen

sind. Nur eins ist sicher: zu stopfen sind sie nie und nimmer.

Indes, statt mit Sperrmüll aus dem Keller die Straßen des Regierungsviertels zu verbarrkadiieren und abzuriegeln, Rechenschaft und Verantwortlichkeit von den Betrügnern und ihren Unterstützern einzufordern, zieht sich der teutonische Gartenzwerg lieber die Zipfelmütze über beide Ohren und ist mal eben weg. Erst mal die Bahnsteigkarte lösen, schließlich sind wir das/ein (Unzutreffendes bitte streichen) Volk, und zwar friedlich, versteht sich. Wer will sich schon gerne ein Loch im Kopf holen, dann schon lieber eins im Portemonnaie, der Guttenberg wird's schon richten.

Warum schießt mir jetzt der alte Heine mit seinen Schlafstörungen durch den Kopf?

Aber weil wir gerade beim Thema sind, Wirtschaftsminister Harald Wolf (Linke) hat verkündet, die Krise sei bisher überhaupt noch nicht richtig in der Hauptstadt angekommen. Wir würden uns alle noch umgucken, es wird ganz schön schlimm werden. Ach was. Wie hat er das aber gemeint mit dem Umgucken? Gucken wir nun ins Loch hinein oder aus dem Loch heraus?

PS.: Unser Kolumnist lebt und arbeitet als freier Schriftsteller mit Frau, Hund und diversen Vögeln in Berlin.

300 Meter Forschung

LN.: Auf seiner Reise durch Deutschland macht der Ausstellungszug „Expedition Zukunft“ noch bis 15. August Station in Leipzig. Der multimediale Eisenbahnzug präsentiert auf über 300 Metern Forschung und Technologie zum Anfassen und Staunen. Zwölf Themenwagen zeigen Trends, die unser Leben über das Jahr 2020 hinaus prägen werden und bringen Herausforderungen, wie Klimawandel, Energieverknappung und fortschreitende Urbanisierung, mit neuesten Lösungen aus Wissenschaft und Technik zusammen. Die mobile Ausstellung tourt im Rahmen der „Forschungsexpedition Deutschland“ des „Wissenschaftsjahres 2009“ durch 62 deutsche Städte und hat bereits mehr als 100 000 Besucher in ihren Bann gezogen. Sie richtet sich an die Familie, unabhängig von Alter und Ausbildung. Kinder sind ebenso willkommen wie Studierende, Berufstätige und interessierte Seniorinnen und Senioren. Der Eintritt ist frei. Für Gruppen, speziell auch Schulklassen, werden Führungen und Besuche im „Mitmachlabor“ angeboten.

Konzipiert und umgesetzt wurde die „Expedition Zukunft“ von einem Projektteam der Max-Planck-Gesellschaft in München.

Ausführliche Informationen im Internet unter:

www.expedition-zukunft.org

Guttenbergs Vorschlag zeigt, er ist nicht Herr der Lage

LN.: „Der Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg, nur akut von der Insolvenz bedrohte Banken unter eine zeitlich begrenzte Staatsverwaltung“ zu stellen ohne diese zu verstaatlichen, zeigt, dass er – wie der Bundesfinanzminister – nicht Herr der Lage ist“, erklärt der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Oskar Lafontaine. Lafontaine weiter: „Seit Beginn der Finanzkrise schlägt DIE LINKE vor, die 'schwedische Lösung', die Verstaatlichung des Bankensektors, zu übernehmen. Sie bleibt die billigste Lösung, weil sie eine günstige Refinanzierung der Banken und den verantwortlichen Umgang mit Steuergeldern sichert. Und sie ist der einzig wirksame Weg, kurzfristig die Kreditklemme zu beseitigen, Geschäfte mit Steueroasen und den Handel mit Verbriefungen zu verbieten sowie überhöhte Managergehälter, -abfindungen und Bonuszahlungen zu untersagen.“

Die Bundes- und Landesregierungen verschwendeten mit ihrer zögerlichen Haltung weiter viele Milliarden an Steuergeldern. Kriminellen Geschäften mit Steueroasen

oder auch skandalösen Managergehältern und -abfindungen kann so nicht Einhalt geboten werden. Die Regierung Merkel ist die 'teuerste' Regierung, die Deutschland je hatte.

Unverantwortlich ist es auch, die Konzentration im Bankensektor politisch voranzutreiben, wie es die Bundesregierung seit einiger Zeit unternimmt und wie wir es jetzt bei den Landesbanken und Sal. Oppenheim/Deutsche Bank beobachten können und zuvor schon bei der Entscheidung zur Dresdner/Commerzbank beobachten konnten. Durch die schiere Größe der dadurch entstehenden Finanzkonzerne wird der Druck erhöht, in Krisenfällen weitere staatliche Ausfallgarantien zu gewähren, ohne dass der Realwirtschaft damit geholfen wäre.

Die Bundesregierung muss endlich zur Besinnung kommen und Vorschläge zur Bewältigung der Bankenkrise anbieten, die den Realitäten standhalten und der Realwirtschaft dienen. Machen CDU/CSU und SPD weiter so wie bisher, werden viele Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, weil die Wirtschaft nicht wieder in Schwung kommt.“

Zitiert aus PRESSEMITTEILUNG Nr. 94/2009 der Linksfaktion im Stadtrat:

Das Suggestieren des Leipziger Wirtschaftsbürgermeisters Albrecht, dass eine Umweltzone für Leipzig noch abgewendet werden kann, ist unseriös und trägt dieser wesentlich auf dem Rücken der Leipzigerinnen und Leipziger aus!

Ausführlich zur Thematik: „Der Aufreger“ – LN-Exklusiv mit Umweltbürgermeister Heiko Rosenthal auf Seite 6

Zu lange Verfahrensdauer

LN.: Rechtsextreme Gewalttäter werden aus Sicht von Opferberatern nicht schnell genug vor Gericht gestellt. Eine Auswertung der in den vergangenen drei Jahren betreuten Fälle in der Region Dresden hätte eine äußerst lange Verfahrensdauer von der Straftat bis zur Gerichtsverhandlung ergeben, erklärte Andrea Hübler von der Opferberatung Sachsen am Dienstag. Außerdem sei die Aufklärungsrate niedrig: In 38 Prozent der Fälle konnten die Gewalttäter nicht ermittelt werden.

In etwa zwei Drittel aller Fälle beginne das Verfahren gegen die mutmaßlichen Gewalttäter später als ein Jahr nach der verübten Straftat, davon in mehr als zehn Prozent der Fälle nach mehr als zwei Jahren. Eine lange Verfahrensdauer spiele den Tätern in die Hände, da sich Zeugen nur noch schwer erinnern könnten, sagte Hübler. Gerichtsverfahren binnen weniger als sechs Monaten gab es den Angaben zufolge lediglich bei fünf Prozent der Fälle. Bei einem Drittel kam es innerhalb eines Jahres zum Prozess. Die Opferberatung RAA Sachsen hat zwei weitere Beratungsstellen in Leipzig und Chemnitz. Dort lägen noch keine Ergebnisse vor.

Super! Ein Wahljahr!

Auch so könnte man das vielzitierte Unwort dieses Jahres mal aussprechen. Die Landtagswahlen sind natürlich unüberlesbar auf vielen Seiten dieser LN-Ausgabe zu finden. Mal sachlich, mal ironisch, mal persönlich auf Seite 8, mal als Einladung von LN auf Seite 21. Und ... Sie werden auf Seite 24 "Adbusting" bewundern können. Die Wahlbenachrichtigungskarten sind jetzt in den meisten Briefkästen. Hoffentlich doppelt sich dieses Mal nichts ...

"Wahl-Einmaleins"

Die wahlberechtigten Bürger entscheiden bei der Landtagswahl am 30. August 2009 mit jeweils zwei Stimmen über die Zusammensetzung ihrer Volksvertretung. Wahlberechtigt sind alle Bürger, die mindestens seit drei Monaten – demnach seit dem 30. Mai 2009 – eine Hauptwohnung in Sachsen besitzen. Sie müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben, also bis zum 30. August 1991 geboren sein. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die seit mindestens 12 Monaten – genau seit dem 30. August 2008 - ihre Hauptwohnung in Sachsen haben. Der Freistaat Sachsen ist in 60 Wahlkreise eingeteilt. Bei der Landtagswahl bewirbt sich in jedem Wahlkreis maximal ein Kandidat einer Partei. Derjenige mit den meisten Direktstimmen im Wahlkreis erlangt als Abgeordneter ein Mandat im Landtag (Direktmandat) und vertritt dort den Wahlkreis. So wird die Hälfte aller Landtagsabgeordneten direkt gewählt.

Sehr frei nach Tucholsky

Ein älterer, nicht besoffener Herr hörte sich um ...

Unter Verwendung von "schrägen" Zitaten aus Tucholskys Wahlkampfbeobachtungen anno 1932

Wer jetzt einen "objektiven" Stimmungsbericht erwartet, der sollte lieber nicht weiterlesen. Ich war zwar ganz nüchtern beim Beginn meiner Wahlrunden quer durch Leipzig, aber ein wenig taumelig fühlte ich mich danach schon im Kopf.

Bin zwar kein direktes "Opfer unserer Parteizerissenheit", aber mein Gesicht rötete sich schon etwas. Das lag auch am Raumklima, ganz gleich ob in Gohlis oder Paunsdorf oder andernorts. Die Kopfschmerzen sind nicht nur davon abhängig ob es "Brauseliminade mit Schnaps" als Stimmungsaufheller gab, sondern wie die Wähler und Kandidaten für unser nächstes stolzes Freistaatparlament ins Gespräch kamen.

Also in Gohlis minutenlang gar nicht, das betraf zumindest die FDP und teilweise die "Grünen". Oh, waren die Wähler da sauer, dass Letztere nur einen Vertreter zum Wahlforum geschickt hatten, und sich zunächst gar nicht schlüssig waren, ob der eingeplante bisherige Abgeordnete Herr W. nun Urlaub oder Termschwierigkeiten hatte. "Ein Landtagsabgeordneter kann sich in seinem Wahlkreis nicht vertreten lassen ... er will von uns schließlich gewählt werden!", donnerte es aus dem übervollen kleinen Saal Richtung Podium. Zum Glück blitzte der grüne Ersatzmann K. nicht zurück, so dass hier noch keine Gewitterstimmung aufkam.

Bei der jungen Dame aus der FDP hörte ohnehin keiner so richtig hin, denn sie klang wie "Guido Westerwelle" und zitierte ständig ihre blaugelben Wahlplakate die schon an den Masten im Viertel hingen.

"Da schauen uns jetzt von den Straßenträndern freundliche Leute an, die ich gar

nicht kenne...", grummelte ein Leipziger und hakte nach: "Warum kandidieren Sie gerade in unserem Wahlkreis?". Fazit: Wer den Kietz richtig kennt und möglichst dort lebt kann sich am Wahltag eines Kreuzchens sicher sein. Vielleicht!

Wähler sind nur Menschen und meist auch Steuerzahler: "...jem' se mir ein Programm für einen selbständigen Jemüseladen und für die Aufrechterhaltung der wohlverordneten Steuerfreibeträge. Bitte sehr, sacht det Freulein, nimm se Programm siemunpfirsich und wenns ihnen nich jefällt, könn set ja umtauschen, wir sind ja nich so!"

Flyer wurden 2009 verteilt, und ganz so großzügig wie bei der Programmatik 1932 ging es an der Pleiße nicht zu. "Steuern runter" kommt oberflächlich gut an, obwohl die "fichelanten" Leipziger schon mal bei FDP und CDU nachfragten: "Wer soll d a s denn bezahlen?" Die Phonzahl stieg beim Forum in Gohlis, ab und an mächtig an, denn "wir sind nicht hergekommen um eine Talkshow zu erleben, wo sich die Parteienvertreter wie im Fernsehen beweisen, wer der Gute und der Böse ist ... w i r wollen hier Fragen stellen!" Aber, Hallo! Da schmetterte Volkes Stimmeauch mal lauter in Richtung Volksvertreter.

"Jenosse! Sa' ma, wieso wählst du'n eigentlich SPD?". So berlinisch wurde in Leipzig zwar nirgendwo gefragt aber zwischen den Zeilen musste sich jeder Kandidat auf den Podien die Frage durchaus gefallen lassen: Warum das Volk denn nun gerade ihn wählen sollte? Am gefühlten nicht etwa aufgestellten Applausometer war abzulesen, wessen Antworten befriedigten. Die LINKE und

SPD schnitten da sehr unterschiedlich ab. Aus den CDU- Ecken im Publikum war meist zustimmendes Nicken zu vernehmen. "Wahrscheinlich werd ick diese Partei wähln, denn dit is so ein beruhijendet Jefühl."

Keiner der extremen Rechten saß im Podium, im Publikum ab und an schon eher. Man merkte das an Fragen oder auch am vorzeitigen Verlassen des Raumes, wenn den "Braunen" die ganze Runde zu "Rot" oder zu "Grün" vorkam. "Sie haben im Landtag nur getönt und in den Ausschüssen rein gar nichts geleistet" bewertete ein Mitglied der sächsischen Linken die "Leistungen" der NPD. Auch das gab es: ein Frager aus dem Publikum war überhaupt nicht an der Antwort der Kandidaten interessiert, sondern wollte nur s e i n e Meinung zum Besten geben. Da drehten die Veranstalter, es war die hiesige Zeitung mit der größten Auflage, rasch mal den Saft des Mikrofons ab.

Also Sie, det war großartig! Wahlforen ... das Hingehen und Hinhören lohnt, genau wie der Gang ins Wahllokal. Die Wahl ist der Rummelplatz des kleinen Mannes! Alle vier Jahre tun wa so als ob wa täten - aber regiert wern wa doch!

Wer d a s nicht will, muss sich einmischen. Mal leiser, mal lauter! Mal hier, mal dort! Aber bitte mit ... Nachdruck!

Euer



Kein Kniefall aber eine Kniebeuge vor den Landtags-Kandidaten beim Wahlauftritt der Linkspartei am Leipziger Burgplatz

Kosten der Krise nicht abwälzen

Wofür steht die LINKE im Sächsischen Landtag in Sachen Energie und Finanzen?



Dr. Monika Runge

Direktkandidatin
Im WK 29 Leipzig
Energie- und Verkehrspolitische
Sprecherin der Landtagsfraktion
Vorsitzende des Haushalts- und
Finanzausschusses.

Eine angemessene Finanzausstattung

Leipzig und alle anderen Städte und Gemeinden brauchen eine angemessene Finanzausstattung, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Denn die Krise

reißt durch erhebliche Steuer- und mindereinnahmen große Löcher. Daher werde ich als Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses in den Haushaltsberatungen dafür eintreten, dass Städte und Gemeinden über den kommunalen Finanzausgleich angemessene Finanzausweisungen erhalten. Die Kosten der Krise dürfen nicht auf die Bevölkerung durch Ausgabenkürzungen für Soziales und Bildung abgewälzt werden. Die Profiteure der Krise müssen für die Kosten der Krise bezahlen! Nur eine starke Linke garantiert das!

Soziale Energiewende

Als Energiepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion ist es wie bisher auch weiterhin mein Ziel, ungerechtfertigte Energiepreiserhöhungen durch die Wiedereinführung der staatlichen Preisgenehmigungspflicht für private Kunden zu

stoppen und Sozialtarife für Energie nach belgischem Vorbild einzuführen. Die staatliche Preisenehmigungspflicht wurde durch die Schröder-Regierung aufgehoben. Mittlerweile können rund 1 Million Haushalte pro Jahr bundesweit ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen und Energiekosten sind insgesamt zur zweiten Mieter geworden. Verursacht werden die ungerechtfertigten Preiserhöhungen bei Strom und Gas laut Bericht der Monopolkommission u.a. durch die Marktmacht der vier großen Konzerne E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall. Die EU-Kommission hat in einem Verfahren wegen Missbrauchs ihrer Marktmacht E.ON und RWE zu je 500 Millionen Euro Strafzahlungen 2009 verurteilt. Die EU-Kommission wollte die Entflechtung der Konzerne, indem die Leitungsnetze als natürliches Monopol herausgelöst werden. Das aber ist am Willen der deutschen CDU-Kanzlerin

Merkel und am französischen Präsidenten Sarkozy gescheitert. Die Linke fordert seit Jahren, die Übertragungsnetze aus den großen Konzernen herauszulösen und eine Bund-Länder-Netzgesellschaft als neutralen Betreiber zu gründen. Auch um die nötigen Investitionen in die Netze zu ermöglichen. Das aber ist die infrastrukturelle Voraussetzung dafür, den heute und zukünftig immer mehr dezentral erzeugten Strom aus erneuerbaren Energien diskriminierungsfrei einzuspeisen und das Lastmanagement über Internet zentral zu koordinieren. Denn der Übergang der Energieproduktion und -versorgung von atomar-fossilen Energieträgern zu erneuerbaren Energien ist schon aus Klimaschutzgründen unverzichtbar. Bereits heute sind in Sachsen im Bereich erneuerbarer Energietechnologien mehr Arbeitsplätze entstanden als die noch in der Braunkohlewirtschaft verliehenen.

Am rechten Rand

LN.: In Chemnitz erreichte die NPD zur letzten Kommunalwahl 2,4 Prozent der Stimmen, in Dresden 3,7 Prozent in Leipzig: 2,9 Prozent. Das Leipziger Ergebnis liegt somit unter dem Landtagswahlergebnis in der Stadt von 2004 mit 5,6 Prozent. "Die sächsische NPD könnte bei der sächsischen Landtagswahl am 30. August an der 5-Prozent-Hürde scheitern." – ist zu vernehmen.

Politikwissenschaftler Miro Jennerjahn hat Ergebnisse analysiert. Er kommt u.a. in der Leipziger Internetzeitung "Lizzy" zu dem Schluss: "Das Kommunalwahlergebnis (vom Juni d.R.) hat gezeigt, dass die NPD keine neuen Hochburgen schaffen konnte. Insbesondere die Ergebnisse in den kreisfreien Städten sind weit unter den Erwartungen der NPD geblieben. Sollten die Ergebnisse der NPD hier bei der Landtagswahl ähnlich schlecht bleiben, wäre ihr Wiedereinzug in den Landtag ernsthaft gefährdet."

Die Konkurrenz am rechten Rand hat sich verstärkt. Anders als vor fünf Jahren treten diesmal die "Republikaner" an.

Außerdem die Freiheitliche Partei Deutschlands, die Sächsische Volkspartei des früheren NPD-Landtagsabgeordneten Mirko Schmidt und die DSU, der der ehemalige NPD-Abgeordnete Klaus Baier beigetreten ist. Eine Konkurrenz zur NPD, die Prozentpunkte kosten könnte.

Miro Jennerjahn: "Die NPD hat bei diesen Kommunalwahlen den Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren. Es dürfte ihr schwerer als 2004 fallen, ihre Unterstützer und Wähler zu mobilisieren".

"Wir haben die realistische Chance, dass die NPD aus dem Sächsischen Landtag verschwindet", meint der innenpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Johannes Lichdi. "Darüber darf aber nicht vergessen werden, dass das gesellschaftliche Problem des Rechtsextremismus auch dann fortbesteht, wenn die NPD nicht mehr im Landtag ist".

Und: Die demokratischen Parteien müssen gemeinsam gegen die NPD auftreten, dann hätte das Ansehen Erfolg, die rechts-extreme Partei aus dem Landtag zu wählen.

Die Studie "Erfolgssichten der NPD bei der Landtagswahl" ist abrufbar auf dem Informationsportal: www.nazis-nein-danke.de

Nicht teilnahmslos vorbeigezogen Leipziger Burgplatz wurde zum Startplatz für die LINKE Sachsens



Cornelia Ernst: Leipzig ist beispielgebend ... Fotos Fiebelkorn



André Hahn: Diese CDU-Politik ... muss abgewählt werden.



Annekathrin Bürger: Mit Lyrik und Prosa auf dem Burgplatz

LN.: Und Menschen zieht teilnahmslos vorbei... so beschrieb die Leipziger Schauspielerinnen und Autorin Friederike Raschke "SinnBILDlich" in LN 7 auf ihrem Leipziger Stadtrundgang jenes Areal, auf dem jetzt Sachsens LINKE den Landtagswahlkampf startete.

Dieser traditionsreiche Leipziger Burgplatz mit seiner nunmehr jahrelangen Unfertigkeit, steht ja tatsächlich für ein symbolisches "Gewollt und nicht Gekont" auch in sächsischen Landen.

Teilnahmslos vorbei zog jedoch am jenem Freitagnachmittag niemand, als Landesvorsitzende Cornelia Ernst, ein selbstbewusster André Hahn, der mit Hilfe des Wählers den jetzigen Ministerpräsidenten ablösen möchte, und nicht zuletzt Bundesvorsitzender Lothar Bisky glasklar argumentierten und scharf polemisierten.

Es war kein Zufall, dass die LINKE ihren Landtags-Wahlkampf 2009 in Leipzig eröffnete, unterstrich Cornelia Ernst, in "einer Stadt, die mit ihrem erkämpften Sozialticket beispielgebend für andere Regionen im Land ist."

Viel Beifall gab es für die angesprochenen Punkte, "dass

Menschen aufgrund ihrer DDR-Biografie nicht mehr ausgegrenzt werden dürfen, und besonders Jugendliche künftig mehr politisch mitbestimmen müssen." Dafür wird die LINKE künftig Möglichkeiten schaffen beziehungsweise diese im Landesparlament erstreiten.

"Eine Politik, die dem Casino-Kapitalismus den Weg ebnet, muss Ende August abgewählt werden", erklärte André Hahn in einer Anspielung auf den Notverkauf der Landesbank.

Er hielt in seiner immerhin fast 45-minütigen (etwas zu langen) Rede dem Ministerpräsidenten Tillich nicht diese Funktion vor, sondern die Art und Weise wie er mit ihr umgeht. "Ein Ministerpräsident, der in der jetzigen Wahlkampfphase meist nur noch Eiweihungsbänder durchschneidet, setzt nicht gerade auf das Gespräch bzw. den Streit mit seinen Wählern".

Cornelia Ernst und André Hahn gönnen der Regierungspartei CDU eine "Erholungspause" Den Beifall und zumindest die Wählerstimmen der zahlreichen Anwesenden werden sie dafür bekommen Ob das ausreicht, wird sich am Monatsende zeigen. Wahltag

ist der 30. August. Auch wenn Meinungsforscher in Sachsen Schwarz-gelb für möglich halten ist das Ergebnis bis zum Wahltag natürlich noch völlig offen. Die Linke könnte sich vorstellen mit den Grünen und der SPD gemeinsam im Regierungsboot zu sitzen, allerdings als Steuermann.

"Die SPD hat viele schöne Dinge im Programm stehen, konnte aber in den letzten Jahren fast nichts umsetzen", bemerkte André Hahn zur jetzigen Regierungskoalition in Dresden.

Immerhin: 25 Prozent sind das erhoffte Ziel am Wahltag Ende August. das sind 1,4 Prozent mehr als zur letzten Landtagswahl im Jahr 2004.

"Wir stecken in der größten Krise. Wer jetzt Steuersenkungen verspricht, lügt oder ist blöd.", diese Argumentation des Bundesvorsitzenden Lothar Bisky sowie seine Forderung, "... raus aus Afghanistan, dort haben unserer Soldaten nichts zu suchen", bekam viel Zustimmung

Vier Stunden auf dem Burgplatz waren zumindest für Sachsens Linke ein verheißungsvoller Start, dem jetzt viele weitere Termine und Foren folgen werden.

LN.: Viel Lärm um Feinstaub und Autos, so könnte man die Stimmung derzeit in Leipzig beschreiben. Es greift aber zu kurz, dabei nur auf das Jahr 2009 zu schauen ...

H.R.: Es gibt seit 1996 eine europäische Feinstaubrichtlinie, die ist inzwischen Bundesrecht. Daraus wird abgeleitet, dass es für Feinstaub PM 10 einen Grenzwert gibt, der ist festgelegt auf 50 Mikrogramm pro Kubikmeter. An 35 Tagen im Jahr darf dieser Grenzwert, es ist ein Mittelwert, nicht überschritten werden. Das Ganze ist somit verbindlich. Zuständig für die Einhaltung ist in unserem Fall die kreisfreie Stadt Leipzig oder anders gesagt das Rathaus. Wenn der Wert nicht eingehalten wird, muss ein Luftreinhalteplan aufgestellt werden. Das ist 2005 für Leipzig durch den Freistaat Sachsen geschehen.

Nun haben Sie mit den damit verbundenen Maßnahmen die Werte nicht in den Griff bekommen ...

Deshalb wurde 2006 ein Aktionsplan erarbeitet – durch die Landesdirektion Leipzig – leider, ohne die Stadt zu beteiligen. Es hieß nur, so könntet ihr es schaffen. Eine Maßnahme war, bei Einführung der Plaketten-Kennzeichnungsverordnung von KFZ zu prüfen, ob die Umweltzone in Leipzig eingeführt werden könnte. Im Sommer 2008 war die Stadt verpflichtet gegenüber der Europäischen Union, die Grenzwerteinhalten nachzuweisen.

Die Ergebnisse blieben negativ ...

Wir waren somit gefordert, den Luftreinhalteplan zu überarbeiten, die bisherigen Maßnahmen durch weitere – auch mit Blick auf andere Städte – zu ergänzen. Um deutlich zu werden, da wir 2008 den Grenzwert nicht eingehalten haben, könnte die EU so reagieren: Es gibt sofort eine Vertragsstrafe aus Brüssel oder Leipzig bittet um einen dreijährigen Aufschub. Wir haben diesen Antrag über den Freistaat und den Bund gestellt, um bei der EU eine Fristverlängerung bis zum Sommer 2011 zu erhalten. Man muss dabei nachweisen, dass die Stadt alle Maßnahmen, die notwendig sind um den Grenzwert einzuhalten, tatsächlich ausgeschöpft hat.

Anträge ohne den Stadtrat zu fragen?

Das ist, rein vom Verfahren her, nicht die richtige Frage. Der Luftreinhalteplan muss durch die Behörde erarbeitet werden. Hier wird die ureigenste Verantwortlichkeit des Oberbürgermeisters tangiert, deshalb wird der Plan auch durch das Amt für Umweltschutz aufgestellt. Der Oberbürgermeister gibt den fertigen Plan dann dem Stadtrat und den Gremien zur Kenntnis.

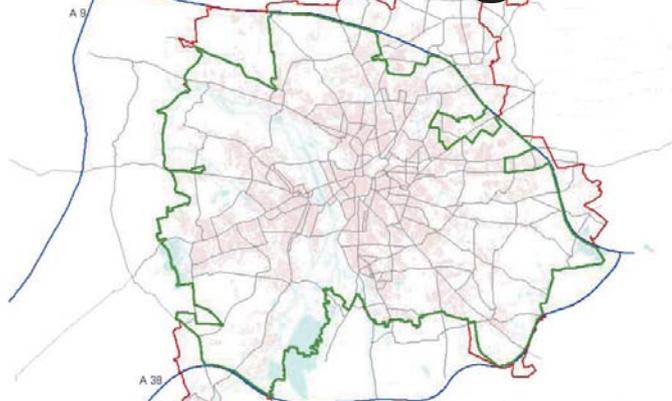
Und die Leipziger?

Es gibt ein öffentliches Beteiligungsverfahren. Daran können sich Bürger, Verbände und alle weiteren Interessierten aktiv beteiligen. Alles was eingehend wird geprüft. Wir haben dieses Verfahren öffentlich bekannt gemacht, u.a. im Amtsblatt und in der LVZ. Der Luftreinhalteplan ist sowohl im Rathaus als auch auf der Internetseite der Stadt einsehbar. Alles was bis zum 28. August dieses Jahres an Stellungnahmen im Amt für Umweltschutz eingeht, wird ausgewertet und, wenn möglich, im Plan berücksichtigt.

Immer noch ohne den Stadtrat?

Wenn dieses Beteiligungsverfahren been-

Der Aufreger!



Umwelt-Bürgermeister Heiko Rosenthal im LN-Interview über Hintergründe und Ärgerliches einer nicht ganz unvernünftigen Angelegenheit

det ist, lege ich dem Oberbürgermeister die Endfassung des Luftreinhalteplanes vor, die geht dann in den Stadtrat und die Fachausschüsse, so entsteht eine Info-Vorlage für die Ratsversammlung.

Alles nicht so einfach im Schnelldurchlauf zu begreifen ...

Es gibt da zwei Seiten zu beachten. Zum einen diejenigen, die die Stadt vor sich hertreiben oder hertreiben möchten und zum anderen die Leipziger selbst.

Wer treibt die Stadt vor sich her?

Wir haben auf der einen Seite ganz klar das europäische rechtliche Verfahren, das vorgibt, 2008 hätte die Stadt nachweisen müssen, sie hält den Grenzwert ein. Das hat sie nicht gekonnt, deshalb ist der Luftreinhalteplan fortzuschreiben. Ab August 2008 ist die Zuständigkeit für dessen Erarbeitung aber vom Land Sachsen auf die Stadt gewechselt. Wir haben dazu nicht eine einzige Vorarbeit vom Land erhalten, um etwas fortzuschreiben. Das heißt, die Stadt musste gezwungenermaßen am Punkt Null beginnen. Wir nutzten dann die Herbstmonate um festzustellen: Wie ist der Stand?

Bleibt der Bund außen vor?

Europa ist auf den Bund zugekommen und sagte: Wenn es Grenzwertverletzungen gibt, dann drohen wir Euch ein Vertragsverletzungsverfahren an. Der Bund wandte sich an das Land, das Land an die Stadt und fragte: Was ist bei Euch los? Wir brauchen endlich einen konkreten Plan! Wir haben geantwortet, mit den und den Maßnahmen können wir uns das vorstellen, bei einer einzuhaltenden Frist. Der Freistaat meinte, die Maßnahmen sind nicht geeignet, die Frist akzeptieren wir auch nicht. Prüft jetzt bitte schnell die Umweltzone! Dieses Hin und her hat den Sächsischen Umweltminister auf den Plan gerufen! Er wies die Landesdirektion an, dass bis zum 29.5. dieses Jahres der Plan vorgelegt werden muss. Das war eine Anweisung gegenüber der Stadt und gegenüber dem OBM.

Mit welcher Reaktion aus dem Rathaus?

Wir haben noch einmal mitgeteilt, warum wir die Frist nicht einhalten können. Da-

raufhin gab es mehrere klärende Gespräche meinerseits. Wir verständigten uns, dass Leipzig letztlich am 15. 6. den Entwurf an Land und Bund übergibt.

Nicht nur der Bürger blieb dabei weiter außen vor ...

Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass wir die Kammern, die Verbände, die Vereine, dass wir die Bürger dieser Stadt, mit einbeziehen, bevor der Entwurf der Europäischen Kommission übergeben wird. Das war aber zum vorgelegten Zeitplan nicht möglich. Wir haben gebetsmühlenartig gegenüber dem Land Sachsen argumentiert, dass der Plan, der jetzt vorgelegt wird, nicht mit dem Stadtrat kommuniziert ist, nicht mit den Vereinen und Verbänden und dass das unbedingt noch passieren muss. Meine Überzeugung war immer: Wir reden erst mit den Leipziguern und legen dann einen Entwurf vor.

Wie war die Reaktion aus Dresden?

Die Einwände hat das Land – ich muss es so sagen – unter den Tisch fallen lassen. Ich muss aber daran erinnern, dass wir schon 2007 dem Stadtrat einen Zwischenstand zur Umsetzung des Luftreinhalteplanes zur Kenntnis gegeben haben. Eine sehr umfangreiche Vorlage, die alle Maßnahmen benennt. Auch die Umweltzone wurde diskutiert. Damals gab es ja schon Hinweise, dass Leipzig die Grenzwerte nicht einhält. Die Stadträte waren somit entsprechend informiert.

Es wird nun höchste Zeit, über Autos und deren Besitzer zu reden ...

Wenn ich mir die Zahlen anschau, sind 94 Prozent der Privat- PKW nicht betroffen. Die kriegen die grüne Plakette und sind zur Einfahrt in die Umweltzone berechtigt. Wirklich ernster sieht das bei den Gewerbetreibenden aus. Und hier liegt das eigentliche Problem: Dort gehen wir davon aus, dass ungefähr 44 Prozent betroffen sein könnten.

Es beginnen jetzt recht scharfe Diskussionen ...

Richtig und die Probleme der Betroffenen muss man an dieser Stelle auch sehr ernst nehmen. Dennoch gibt es zum Teil ein Nichtwissen über gesetzlich genehmigte Ausnahmen. Fahrzeuge wie Gabelstapler

oder andere Baufahrzeuge und Oldtimer fallen beispielsweise nicht unter die Kennzeichnungspflicht. Das eigentliche Problem sind aber Fahrzeuge, die aufgrund ihres technischen Zustandes nicht mehr umrüstbar sind, also keine "grüne Plakette" erhalten. Ich betone aber noch mal, wir als Stadt haben nunmehr keine andere Wahl. Die Umweltzone wird zum 1. Januar 2011 definitiv kommen.

Wieso keine andere Wahl?

Das Land selbst hat uns ins Stammbuch geschrieben – sowohl der zuständige Minister als auch der Präsident der Landesdirektion – die Umweltzone zu prüfen. Und das mit dem Argument, dass die Zone ein probates Mittel sei und in 32 Städten bereits gängige Praxis. Mal überspitzt formuliert: Man kann aus dem Luftreinhalteplan auch "Leipzig" weglassen und "Sächsisches Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft" drüberschreiben. Das Landesamt hat, um den Luftreinhalteplan EU-tauglich zu machen, gesagt: Nur die große Variante bringt etwas, das bedeutet für uns Umweltzone "Autobahnring".

Wie reagiert die Bundespolitik?

Jetzt kommen wir auf das Schizophrene: Wir haben Feinstaubgrenzwerte, wir haben Luftreinhaltepläne, aber die Regierung in Berlin war nicht in der Lage darüber hinaus parallel ergänzende Gesetzlichkeiten so festzuschreiben, dass von vornherein gesetzliche Grenzwerte für die Autoindustrie festgelegt worden wären, die dazu geführt hätten, angepeilte Koordinaten einzuhalten.

Der Letzte wird nun "gebissen"?

So kann man es sagen. Den Kommunen wird nunmehr wieder alles aufgedrückt. Die Städte sollen jetzt sehen, wie sie das wichtige und sensible Thema Gesundheitsschutz in den Griff bekommen. Bedauerlicherweise mitunter gegen die Interessen des Handwerkers und des Mittelstandes vor Ort.

Eine Zwickmühle, wer wird gewinnen?

Es ist nachgewiesen, dass Feinstaub zu erheblichen Atemwegserkrankungen führt. Feinstaub verkürzt das Leben um ca. neun Monate. Nun kann man laut äußern, interessiert mich alles nicht. Aber das ist nicht die Argumentation aus Brüssel und letztlich auch nicht meine Ansicht, und auch nicht die vieler Leipziger.

Ein Thema für die Gerichte?

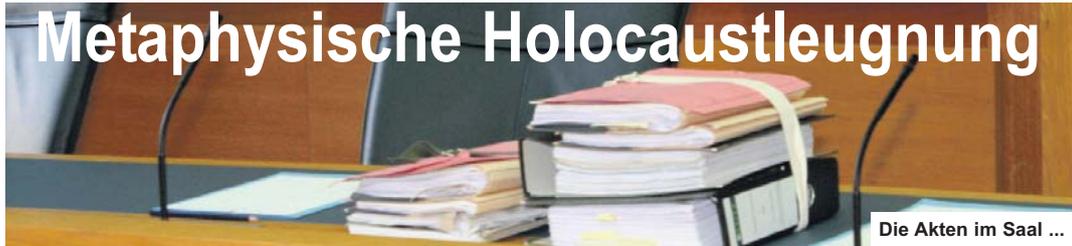
Es gibt zahlreiche Bürger in Großstädten der Bundesrepublik, die klagen gegen die Überschreitung von Grenzwerten. Und sie bekommen Recht!

Es gab beispielsweise in Leipzigs Partnerstadt Hannover Gewerbetreibende, die gegen die Umweltzone klagen wollten. Die Gerichte haben die Klage abgewiesen. Die massive Beeinträchtigung der Gesundheit wird vorliegend als gravierend eingeschätzt und insofern hat der Gesundheitsschutz an dieser Stelle ein elementares Gewicht.

Die Europäische Union hat bei der Gesetzgebung ganz klare Prämissen und Wertungen gesetzt. Diese sind, insgesamt betrachtet, sicherlich als eine Neuausrichtung einzuschätzen, aus meiner persönlichen Sicht ist es aber ganz klar die richtige Richtung.

INTERVIEW
MICHAEL ZOCK

Metaphysische Holocaustleugnung



Die Akten im Saal ...

Wenn Ursula Haverbeck (Vlotho) in einem Gerichtssaal auftaucht, dann geschieht dies selten im Alleingang. Das war bei ihren früheren Verurteilungen so und das war auch am 5. August nicht anders, als vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Beschwerde der Vereine „Collegium Humanum e.V.“ und „Bauernhilfe e.V.“ gegen deren Verbot durch den Bundesinnenminister im vergangenen Jahr verhandelt wurde.

An ihrer Seite waren zunächst der Schatzmeister der „Bauernhilfe“, Arnold Höfs (Springe), und der bekannte Neonazi-Anwalt Klaus Kunze (Uslar). Kunze, ein ehemaliger Polizist, teilt den Ansatz der Mehrzahl seiner Mandanten, dass eine „Systemüberwindung“ mittels gezielter Tabubruchs notwendig sei. „Er ist der erste Schritt zur nötigen Umwertung der Werte“, schrieb er 1995.

Doch selbst er sollte bald mit der gewünschten Prozessstrategie Haverbecks und ihres wiederum zahlreichen Gefolges überfordert sein. Dieses wartete eigentlich nur auf das Schlusswort der greisen Ikone, das mit Beifall belohnt wurde. Es klatschten Landtagskandidaten der NPD, ein ehemaliges Vor-

standsmitglied der DSU, die militanten Neonazis vom „Freien Netz“ um Thomas Gerlach (Altenburg), die zahlreich vertretene Riege der Holocaustleugner und nicht zuletzt das Umfeld des „Vereins Gedächtnisstätte“ in Borna, der ebenfalls zum Organisationsgeflecht Haverbecks zählt.

Haverbeck erfüllte ihren Wunsch nach einer offensiven Prozessstrategie. Man leugne doch gar nicht, sondern sei lediglich auf der Suche nach der Wahrheit. Natürlich könne man das Wort Holocaust benutzen, argumentierte sie, z.B. für den „Baby-Holocaust“ durch Abtreibung, vor allem aber für die „Ermordung von zweieinhalb Millionen Heimatvertriebenen“ nach dem Zweiten Weltkrieg.

Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, dass das Gericht das Verbot bestätigen würde. Die Rabulistik Kunzes war denkbar ungeschickt und ungeeignet. Man müsse den „metaphysischen Hintergrund“ der Äußerungen seiner Mandanten beachten, forderte er. Es handle sich bei ihnen um Anthroposophen, was für die Betrachtung wesentlich sei. Indirekt sah er die Holocaustleugnung nicht nur durch die Meinungsfreiheit abgedeckt sondern in diesem

speziellen Fall auch durch die Religionsfreiheit. „Da schwirrt dann auch Hegels Weltgeist umher“, ergänzte er, als ob er als mildernden Umstand vorbringen wollte, dass seine Mandanten nicht alle Tassen im Schrank hätten. Man müsse deren Aussagen nur mit der richtigen Betonung lesen. Diese wollten gar nicht sagen: „Den Holocaust hat es nicht gegeben“, sondern vielmehr „Den Holocaust hat es nicht gegeben“. Eben jenen Holocaust, so wie er in den Geschichtsbüchern steht.

Der Prozessvertreter der Bundesregierung brachte die Angelegenheit auf den Punkt. Es gehe den beiden Vereinen gar nicht um die Suche nach historischer Wahrheit. Ihre Wahrheit stehe längst fest, sie suchten nur nach immer weiteren Belegen, die diese scheinbar untermauerten. Was er nicht erklären konnte und an dieser Stelle nicht musste, war die Frage, weshalb eine weitere Haverbeck-Gruppe, eben der „Verein Gedächtnisstätte“ in Borna, trotz gleicher Ausrichtung noch immer nicht verboten ist. „Das ist als ob man die Mafia verbietet und eine ihrer Familien ausdrücklich vom Verbot ausnimmt“, kommentierte ein Zuschauer.

• VOLKMAR WÖLK



Die Proteste davor ...

Fotos: LN



Stellen Sie sich vor: Sie steigen in einem Hotel mit 30 Stockwerken in einen Fahrstuhl. Und zu Ihrem Entsetzen hält dieser Fahrstuhl, wie von Geisterhand betrieben, in jedem Stockwerk. Und wie Sie später bemerken, geht das 24 Stunden so. Die Frage ist nun: Wo befindet sich dieses Hotel? Richtig, in Jerusalem, und es ist Sabbat. Gläubigen Juden ist es am Sabbat, der vom Sonnenuntergang am Freitag bis zum Sonnenuntergang am Samstag reicht, ver-

boten, Feuer zu zünden. Und dazu gehört auch der elektrische Funke. Telefonieren ist ebenfalls verboten. Das ist dann in Israel richtig auffallend: Während sonst die jungen Mädchen im Minirock nicht nur ihre MPi mit sich tragen, sondern auch noch mindestens zwei Handys gleichzeitig bedienen, ist es am Sabbat vergleichsweise ruhig. Es ist nicht nur das Feueranzünden verboten, sondern jede Arbeit, die mit Werkzeugen ausgeführt wird oder der Erwerbstätigkeit dient. Gläubige Juden fahren auch nicht mit der Bahn oder dem Auto zum Gottesdienst. Das alles hat natürlich auch Auswirkungen auf die jüdische Küche – da am Sabbat kein Feuer gezündet werden darf, gibt es eine Menge Gerichte, die stundenlang vor sich hin köcheln können. (Aber dazu ein anderes Mal.)

Überhaupt der Sabbat ist ein Feiertag. Man deckt den Tisch mit Blumen und die Hausfrau zündet vor Sonnenuntergang die Kerzen an.

Nach dem Sabbatgottesdienst trifft man sich zum "Kiddusch" – man trinkt Wein, isst das Chalot – ein besonderes geflochtenes Brot mit vielen Eiern, aber ohne Milch gebacke

und singt spezielle Lieder.

Warum ich Ihnen dies erzähle? Ich möchte Sie neugierig machen auf den "Sabbat für Jedermann" mit Rabbiner Aba Dunner aus London im Oktober im Ariowitschhaus.

Und zum Abschluss noch dies. Ein junger frisch verheirateter Jude möchte wissen, ob Sex als Arbeit (also am Sabbat verboten) oder als Vergnügen anzusehen ist. Er fragt einen Priester. Der antwortet: "Also wenn ich mir so die jüdischen Bücher ansehe, denke ich, es ist Arbeit." Sehr enttäuscht beschließt der junge Mann einen Pastor zu fragen. Der ist der gleichen Meinung. Bitter enttäuscht geht der Jude nun doch zu einem Rabbiner. Dieser erklärt ihm: "Es ist definitiv Vergnügen. Sonst würde es meine Frau der Putzfrau überlassen.

In diesem Sinn:

Schalom

Ihre Annette Boenheim

Informationen finden Sie auf
www.ariowitschhaus.de.
 Anregungen und Fragen über
ariowitschhaus@yahoo.de

§ Drogenvolles Leergut

Vor den Schranken des Leipziger Amtsgerichtes steht ein verschüchterter, sichtlich zerknirschter, schwächlicher junger Mann. Angeklagt des Diebstahls. Der 1983 Geborene ist ledig und gelernter Lagerfacharbeiter, derzeit arbeitslos und bezieht den noch schwächeren Regelsatz von Hartz IV. Überdies ist er seit etwa zehn Jahren drogenabhängig, wemgleich ab 2001 in mehrfacher Suchtbehandlung. Fünffach vorbestraft, zumeist wegen Beschaffungskriminalität zur Finanzierung der Drogensucht. Bislang blieb es bei Geldstrafen.

Er hört auf den Namen Michael Napoleon K. Was manche Eltern ihren Kindern doch so antun ... Michael Napoleon lebt noch bei seiner Mutter, die ihn auch zur Verhandlung begleitet. Das Verhältnis der beiden scheint offensichtlich ein gutes zu sein. Dass es auch künftig so bleibt, sei ihnen gewünscht. Denn so skurril wie Michaels Zweitname ist auch sein Fall. War sein legendärer Namenspatron bekanntlich ein beinahe grandioser politisch-geografischer Landräuber, so ist er selbst dagegen eher ein Kleinstkaliber. Neben der geringen Körpergröße verbindet beide höchstens ihre Glücklosigkeit.

Rückfällig wurde Michael am 20. Februar 2009. Zugedröhnt mit Drogen wurde er in einem Real-Markt von einem der dort angestellten Detektive beim Ladendiebstahl erwischt. Das Corpus delicti ist eine so genannte Playstation im Werte von 59,95 Euro. Michael behauptet, sich an nichts mehr erinnern zu können. Erst am nächsten Tag hätte ihm seine Freundin von seinem traurigen Faux pas berichtet. Bei der Offensichtlichkeit des Falles wurde keine Polizei gerufen. Ein Gutachten, das ihm eine zumindest temporäre Unzurechnungsfähigkeit bescheinigt hätte, war so nicht möglich und im Nachhinein, laut der Meinung des Richters, auch zu teuer.

Das es aber durchaus haargenau so gewesen sein könnte, zeigt ein Umstand, der an hanebüchener Skurrilität wohl kaum zu überbieten sein dürfte: Statt des Originalgerätes stahl der geistig Unmündige lediglich eine Leerhülle!

Auf fatale Weise beinahe eine lächerliche Lappalie, wenn da nicht die fünf Vorstrafen wären. Der Staatsanwalt klagte auf 70 Tagessätze in Höhe von zehn Euro. Ein äußerst fairer Richter beließ es letztlich bei nur 50 Tagessätzen. Möge Michael Napoleon aus diesem milden Urteil die richtigen Lehren ziehen. Und möge ihm dabei sein gesellschaftliches Umfeld, damit meine ich nicht nur Mutter und Freundin, hilfreich zur Seite stehen.

FRANZ HASE

Was ist das für ein Gefühl, wenn man sich dieser Tage auf einem Straßenplakat sieht?

Wobei ich ja doch Zeit hatte, mich an meinen Anblick zu gewöhnen. Ich habe die Plakate ja selbst mit aufgezogen auf die Pappn. Ab und an gab es da so ein Gefühl, du kannst dich nicht mehr sehen... (lacht)

... die pure Eitelkeit?

Nein. Aber: Es ist schon seltsam, wenn man beispielsweise in der Straßenbahn merkt, die Leute haben dich jetzt erkannt. Sie unterhalten sich über einen ... dann der vergleichende Blick vom Plakat in mein Gesicht. Ich half einer älteren Dame beim Einsteigen, und andere Fahrgäste erkannten mich ... und das war überhaupt nicht mein Wahlkreis.

Wahlplakate bleiben bei Leuten umstritten. Was können sie bewirken?

Sie gehören einfach zum Wahlkampf dazu. So wird auch äußerlich sichtbar gemacht, dass er begonnen hat. Es denken ja nicht alle Tag und Nacht daran, dass am 30. August in Sachsen ein neuer Landtag gewählt wird. Durch die Plakate kommt auch Spannung in die öffentliche Wahrnehmung. Die Parteien werden mit Argumenten sichtbar. Nicht jeder liest heute eine Tageszeitung oder kann sie sich leisten.

Sicher: Es ist auch eine Materialschlacht. Ob ein Plakat jetzt wirklich die Leute tiefgehend überzeugt ... da bin ich skeptisch.

Wie kann man Sie kennenlernen, ich meine jetzt politisch?

Ich bin derzeit mit Informationsständen in allen Ortsteilen meines Leipziger Wahlkreises auf der Straße. Holzhausen, Liebertwolkwitz, Meusdorf, Probstheida, die Südvorstadt, Connewitz, Dölitz/Dösen und Löbnitz und Marienbrunn. Da gibt's dann auch mal Vier-Augen Gespräche. Ich bin nun fünf Jahre Stadträtin in Leipzig. Ich habe Freunde und Bekannte. Ich gehe mit offenen Augen durch die Stadt. Neben dem linXXnet-Team unterstützen auch erfahrenen Genossinnen wie Margitta Hollick und Brigitte Wagner meine Arbeit.

Wenn Sie das sagen lächeln Sie, warum?

Wenn ich von Leuten rede, dann drückt dieses Lächeln auch Sympathie für diejenigen aus.

Sie sind Jahrgang 78 ... worüber reden die Leute mit Ihnen am Info-Stand?

Ältere Leipziger haben das Gefühl, sie sind in dieser Gesellschaft abgeschrieben, niemand interessiert sich wirklich für ihre Belange. Wir als LINKE tun das. Das ist jetzt keine Floskel. Weiterhin ist die Umweltzone ein Reiz-Thema. Da muss man auch schon mal aufklären über gesetzliche Grundlagen, denn das ist nun keine Idee aus dem Rathaus, um Leute zu triezen. Es geht dabei auch um unser aller Gesundheit.

Warum interessieren Sie sich seit langem für Politik?

Da gab es vor allem zwei Gründe. Der eine war, dass ich mich sehr engagiert hab in einer Umweltinitiative gegen den Ausbau von Elbe und Saale, da war ich 16. Der andere: Ich komme aus Wittenberg, eine Kleinstadt, und lief dort etwas alternativer durch die Gegend ...

Zum Beispiel ein gebatiktes Shirt oder bestimmte Tücher. Da bekam ich ab und an Probleme mit Nazis. Ich bin später in einer solchen Auseinandersetzung mal körperlich



verletzt worden. So etwas politisiert. Andererseits war ich aktiv in der Schülervertretung, als Klassensprecherin.

Während der "Wende" gingen Sie ja noch in die Schule. Waren gerade mal 11 Jahre jung ...

Ich habe das damals als Zeit einer großen Freiheit erlebt. Es begann vieles in unserer Schule aufzubrechen. Die Lehrer haben offener mit uns gesprochen. Ich hatte zum Beispiel eine Deutschlehrerin, bei der ich das Gefühl hatte, sie kann endlich alles zu Tschernobyl sagen, was sie bedrückt hat. Das war schon spannend. Plötzlich gab es auch große Freiheiten für uns Schüler. Wir konnten mitbestimmen, wie unser Klassenzimmer gestaltet wird. Wir konnten erstmalig auch aus einer Bücherliste vorschlagen, was wir im Deutschunterricht lesen, welche Kurse wir belegen möchten... also, die Schule war damals toll.

Aber?

Meine Mutter verlor ihre Arbeitsstelle, mein Vater war relativ rasch Kurzarbeiter. Es begann eine große soziale Unsicherheit, die ich als Kind natürlich mitbekam..

Ich bin gern in den Osten zurückgekommen

Landtagskandidatin Stefanie Götze im LN-Gespräch über Lebenswege und -erfahrungen, die politische wurden



Was war nun ausschlaggebend, Jahre später in eine Partei einzutreten. Ereignisse oder Personen?

Also, bei mir ging das nicht so schnell. Ich hatte mit 16 mit einigen Neonazis Probleme, dann begegnete mir in Wittenberg Matthias Gärtner, der dort für die PDS aktiv war. Ich besuchte Antifa-Treffs. Dann kam ich zur AG Junge Genossen, habe aber immer noch den Schritt gescheut, in die Partei einzutreten.

Warum?

Weil der Großteil der Partei mir kulturell damals sehr fremd war. Dann zog ich nach Dessau und studierte danach in Marburg. Politikwissenschaft, Geschichte und Arabistik.

In Marburg war nun wieder alles ganz anders ...

Da lernte ich zunächst Alt-Hippies kennen, Leute aus der DKP, der SPD von grünen Bewegungen, die sich dort auch in der PDS engagierten. Da habe ich gesagt: Jetzt trete ich ein in die PDS. Das war 1998.

Bereut?

Nein!

Irgendwann verschlug das Leben die junge Genossin Stefanie nach Leipzig, in den Auwald, nach Connewitz ...

Mich verbindet viel mit dieser Stadt. Wirklich! Ich bin hier gelandet, während meines

Studiums. Ich hatte die Wahl, entweder Heidelberg, Berlin oder Leipzig. In die Württembergische Provinz wollte ich nicht, Berlin war mir etwas zu groß. Also kam nur Leipzig infrage. Hier konnte ich dann auch alte Dessauer Bekanntschaften auffrischen. Ich lebewirklich unglaublich gern hier.

Gründe?

Es gibt hier sehr viel Grün in der Stadt. Ich kann das genießen, da ich weit vom Clara-Zetkin-Park lebe und sehe in zwei Minuten Bäume und Wiesen. Alles mitten in der Stadt. Ich mag die Leute hier und deren Mentalität. Es gibt eine Offenheit, manchmal wird man zwar auch angeschnaselt, aber ich entdecke viel Freundlichkeit. Das habe ich in Marburg vermisst. Ich bin gern in den Osten zurückgekommen. Ich habe hier die meisten Freunde.

Berufspolitiker, wäre das eine Option für Sie?

Ich denke, so etwas geht immer nur für eine gewisse Zeit. Ich könnte mir nicht vorstellen, dass ich bis zu meiner Rente, die ist zwar noch ein Stück weg, in Parlamenten sitze. Ich habe nicht umsonst nach meinem ersten Studium noch ein zweites als Verwaltungsbetriebswirtin begonnen, das ich bald abschließen werde. Ich möchte eine Perspektive auch außerhalb von Parlamenten haben. Es macht einen unabhängiger, seine politische Meinung zu vertreten, wenn man weiß, man könnte auch anders.

Was möchten Sie in 15 Jahren machen?

Ich möchte hundertprozentig weiterhin in Leipzig wohnen. Andere Dinge sind da schon etwas schwieriger anzudenken.

Die Zeiten, wie sie jetzt sind, machen mir schon etwas Bauchschmerzen. Die persönliche Existenz möchte man ja auch gesichert wissen. Meine Schwester ist beispielsweise gerade gezwungen, nach Gießen zu gehen. Ihr Mann bekommt hier keine vernünftige Stelle. Meine Mutter schlägt sich mit einem Minijob durch, meine Vater arbeitet bei einer Autzulieferer-Firma.

Da mache ich mir schon Gedanken. Aber doch nur bis zu einer gewissen Grenze. Man lebt nun mal jetzt und muss schauen, dass man das Beste daraus macht und nicht resigniert. Mir geht es ja auch relativ gut. Ich bin dieser Tage zur Feier des Sozialtickets bei der Sonderfahrt rund um den Ring mitgefahren. Da traf ich eine Frau, die ganz schlimme Dinge im Zweiten Weltkrieg durchmachte, die damals unheimliche Lebensängste hatte und jetzt in ihrem Alter schlecht abgesichert ist. Das ist wirklich hart. Da bin ich ganz froh, im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts geboren zu sein.

Haben Sie eine soziale Ader?

Hab ich, ich kann es einfach nicht mit ansehen, wenn Leute ungerecht behandelt werden. Das ging schon in der Schule nicht, und geht jetzt immer noch nicht. Ich mag nicht, wenn Leute erniedrigt und wurdlos behandelt werden.

Was ist schwieriger, Anfangen oder Aufhören?

(Pause) Das ist wirklich schwierig. Ich würde sagen Aufhören ist schwieriger. Der Anfang ist – zumindest bei mir – immer mit viel Elan gepaart. Aufhören dagegen heißt, Gewohntes zu durchbrechen.

GESPRÄCH: MICHAEL ZOCK

Training, Tourneen und viel Theater

Im Jahre 1949 wurde an der Leipziger Universität, dem Trend der Zeit entsprechend, die *Zentrale Kulturgruppe der Universität Leipzig (ZKG)* ins Leben gerufen. Aus den bescheidenen Anfängen entwickelte sich sehr rasch unter der künstlerischen Gesamtleitung des Musikpädagogen Jochen Schneider, des Chorleiters Jürgen Plog, des Leiters der Volksmusikgruppe Gerd Schlotter, des damaligen



Chor und Volksmusikgruppe des Zentralen Volkskunstensembles der Karl-Marx-Universität Leipzig

Mit der Uraufführung dieses Werkes im Mai 1964 wurden nicht nur die Vorstellungen des Dichters Louis Fünberg von einem *Theater der Poesie* verwirklicht, sondern es wurden auch neue Wege in der Arbeit der Volkskunstensembles auf einem höheren künstlerischen Niveau beschritten. Dieser Anspruch konnte jedoch auf Dauer nicht gehalten werden; in der Folge dominierten wieder die Nummernprogram-



Sie legten den Grundstein für die Erfolge des Ensembles: Jochen Schneider, Lutz Forsch, Sonja Bubilis, Gerd Schlotter, Jürgen Plog, Horst Förster (v. l. n. r.)

Musikstudenten Horst Förster sowie der Tanzpädagogin Sonja Bubilis und des Solotänzers am Opernhaus Leipzig Lutz Forsch das *Studentenensemble der Universität Leipzig*, das ab 1955 den Namen *Zentrales Volkskunstensemble der Karl-Marx-Universität Leipzig* trug.

Die Arbeit im Ensemble forderte von allen Mitgliedern viel Freizeit; neben wöchentlich zwei Probenabenden waren noch Auftritte und Wochenendschulungen sowie

Trainingslager und Tourneen während der Semesterferien zu absolvieren. Dieser Einsatz wurde jedoch damit belohnt, dass sich das Ensemble unter den besten Amateur-Volkskunstensembles der DDR platzieren konnte und auch jenseits der Grenzen Anerkennung fand.

Auf Anregung des damaligen Vorsitzenden der Senats-Kulturkommission, Rudi Gehrke, bewarb sich das Ensemble um den Namen *Louis Fünberg*, der ihm in Anbe-

tracht seiner künstlerischen Leistungen im Dezember 1960 verliehen wurde. Die intensive Beschäftigung mit dem Werk des Dichters beeinflusste seitdem das künstlerische Schaffen. Nach einem seiner Hauptwerke, der *Spanischen Hochzeit*, entstand innerhalb von zwei Jahren ein *Balladeskes Poem mit Musik und Tanz* des gleichen Namens, wobei alle Gruppen – Chor, Musik-, Tanz- und Sprechergruppe – einbezogen waren.

me und die einzelnen Gruppen verselbständigten sich immer mehr. Während sich das *Akademische Orchester* bereits vorher weitgehend aus dem Ensemble gelöst hatte und auch heute noch unter seinem Dirigenten Horst Förster eine bedeutende Rolle im Leipziger Musikleben spielt, erfolgte Ende der sechziger Jahre die vollständige Auflösung des Ensembles in seiner ursprünglichen Form.

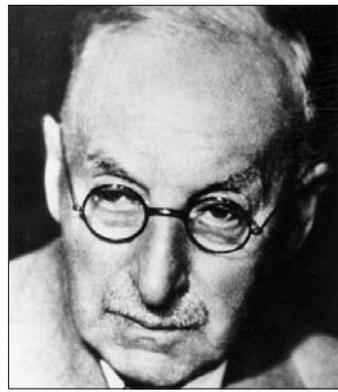
• HELMUT ULRICH

PROFESSOREN DER 600-JÄHRIGEN LEIPZIGER UNIVERSITÄT (VI)



Emil Fuchs (1874–1971)

Der evangelische Theologe *EMIL FUCHS*, religiöser Sozialist, Quäker und Pazifist, SPD-Mitglied seit 1921 (ausgetreten 1949), wurde 1933 als Antifaschist seiner Professur in Kiel beraubt, verhaftet und von der Gestapo überwacht. 1949 siedelte er in die DDR über und wurde in Leipzig Professor für Systematische Theologie und Religionssoziologie. Er wirkte weit über die Universität hinaus für eine geordnete Gestaltung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat und war aktiv in der Weltfriedensbewegung tätig. In seinen Schriften *Marxismus und Christentum* sowie *Christliche und marxistische Ethik*, die in dieser Zeit entstanden, betonte er die Gemeinsamkeiten in ethischen Anliegen, ohne die Grenzen zu verwischen. Mit seiner Emeritierung 1958 trat er aus der Kirche aus. Emil Fuchs war der Vater des Atomphysikers und Kundschafters Klaus



Ernst Heller (1877–1964)

Fuchs. Alle seine drei Söhne gehörten der KPD an. Nach Abschluss des Medizinstudiums in Leipzig und der Tätigkeit als Chirurg in Greifswald und am Poliklinischen Institut in Leipzig wurde *ERNST HELLER* hier 1914 zum Professor ernannt, war dann im 1. Weltkrieg Sanitätsoffizier und kehrte für ein Jahr an die Universität zurück, um dann die Leitung der Chirurgischen Klinik des Städtischen Krankenhauses St. Georg zu übernehmen. 1949 wurde er als Ordinarier für Chirurgie und Direktor der Chirurgischen Klinik an die Universität berufen. Heller entwickelte eine Reihe chirurgischer Methoden, die noch heute zur allgemeinen Praxis gehören. Das Operationsverfahren Hellersche Kardiomyotomie trägt seinen Namen. Als *ADOLF ZADE* 1919 als Professor nach Leipzig berufen und das Jahr darauf zum



Adolf Zade (1880–1949)

Direktor des Instituts für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung ernannt wurde, hatte er sich bereits in Berlin und Jena als erfolgreicher Landwirtschaftswissenschaftler ausgewiesen. 1921 veröffentlichte er das Buch *Werdegang und Züchtungsgrundlagen der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen*. In der Folge standen Methoden der Anlage von Feldversuchen, Probleme der Graslandwirtschaft und Untersuchungen über den Wasserhaushalt der Kulturpflanzen im Mittelpunkt seiner Forschungen. Sein 1933 erschienenes Buch *Pflanzenbaulehre für Landwirte* war ein von der Fachwelt geschätztes Standardwerk. Doch noch im gleichen Jahr wurde er als Jude seines Amtes enthoben, und das Buch durfte nicht mehr verkauft werden. Er emigrierte nach Schweden. Einem erneuten Ruf aus Leipzig nach dem 2. Weltkrieg konnte er aus gesundheitlichen Gründen



Peter Debye (1884–1966)

nicht folgen. Das Institut für Acker- und Pflanzenbau erhielt seinen Namen. Der niederländische Physiker und Chemiker *PETER DEBYE* kam nach Professuren in Zürich, Utrecht und Göttingen 1927 als Professor für Experimentalphysik und Direktor des Physikalischen Instituts an die Leipziger Universität, zur gleichen Zeit, als Werner Heisenberg Direktor des Theoretisch-Physikalischen Instituts wurde, und war hier bis 1934 tätig. Zusammen mit Friedrich Hund, der 1929 für Mathematische Physik berufen wurde, begründeten sie den Weltruf der Leipziger Physik, der viele Studenten und Doktoranden anzog. Eine wesentliche Rolle spielten dabei Debyes Leistungen in der Quantenphysik, der Festkörperphysik und der Molekularforschung (Nobelpreis für Chemie 1936), aber auch als Organisator wissenschaftlicher Veranstaltungen. • G. L.

6 unter 27

LN.: Am 11. August startete der Jugendverband der sächsischen LINKEN in Flöha (Mittelsachsen) seine diesjährige Jugendwahltour. Bis zum 29. werden die sechs Landtagskandidaten unter 27 Jahren (Freya-Maria Klinger, Julia Bonk, Thomas Dudzak, Christin Löchner, René Jalaß, Gregor Henker) in ganz Sachsen unterwegs sein.

„Es ist Zeit für eine linke Bewegung in Gesellschaft und Parlament!“ lautet das Motto des Jugendwahlprogramms, mit dem die sächsische Linksjugend eigene politische Vorschläge für die Gestaltung der Gesellschaft in Sachsen und darüber hinaus macht. Im Mittelpunkt stehen dabei die Forderungen nach maximaler sozialer und demokratischer Teilhabe für alle, ein Leben ohne Unterdrückung und Diskriminierung – sei es von staatlicher Seite oder im Alltag, ein Leben mit maximalen Freiheiten – ohne bürokratische oder gar polizeiliche und sonstige staatliche Hemmnisse und „Einengungs“-Maßnahmen.

Diesen Anspruch macht die Linksjugend mit der Forderung nach kostenfreiem und gesundem Mittagessen in Schulen und Kitas konkret und praktisch. Im Rahmen der Jugendwahltour wird in verschiedenen Städten und Gemeinden gesunde Verpflegung an die Schüler, Lehrer und auch Eltern verteilt. Daneben gibt es weitere phantasievolle Aktionen und Veranstaltungen

Bankrotterklärung
des Arbeitsministers Thomas Jurk

Der Sächsische Landtag hatte bereits im Dezember 2007 einstimmig den Beschluss gefasst, im öffentlichen Beschaffungswesen des Freistaates auf den Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verzichten. Mehrfach hatte die Fraktion DIE LINKE die Umsetzung dieses Landtagsbeschlusses angemahnt. Jurks Erklärung, die Umsetzung dieses Landtagsbeschlusses jetzt zu verweigern, ist eine erneute Bankrotterklärung des Arbeitsministers.

Noch vor wenigen Wochen hat Jurk auf eine mündliche Anfrage von mir, warum der Landtagsbeschluss nach anderthalb Jahren noch immer nicht erfolgt ist, geantwortet, dass eine Umsetzung über einen Verordnungsweg in Kürze erfolgen solle und eine Behandlung im Kabinett kurz bevorstehe. In seiner nunmehr überraschend vorgebrachten Argumentation versteckt er sich hinter angeblichen rechtlichen Hindernissen und verweist auf drohende Bürokratie und „Probleme im Arbeitsalltag der Vergabestellen“. Das aber ist geradezu fadenscheinig. Die Tatsache, dass die Vergabestellen in der Tat ein weiteres Kriterium bei der Bewilligung zu überprüfen hätten, rechtfertigt doch nicht, ausbeuterische Kinderarbeit billigend in Kauf zu nehmen. Eine entsprechende Fortbildung des Personals wäre die richtige Antwort.

Die Aufnahme von zusätzlichen Vergabebedingungen in die Vergabeordnung, wie es z. B. das Land Bayern oder die Stadt Düsseldorf gelöst haben, zeigt, wie der Landtagsbeschluss unkompliziert umzusetzen wäre. Auch rechtlich ist die Argumentation des Ministers nicht nachvollziehbar. Andere rechtswissenschaftliche Gutachten kommen zu der Erkenntnis, dass die durch das Verbot der Kinderarbeit auferlegten „Beschränkungen des freien Warenverkehrs aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses gerechtfertigt“ sind.

Ich habe den Verdacht, dass die Koalition nach öffentlichem Druck und in vorweihnachtlicher Stimmung einen humanistischen Beschluss fassen wollte, seine Umsetzung aber nun verweigert und dies auch noch heimlich unter den Tisch kehren will.

Das ist eine Brückierung der sächsischen entwicklungspolitischen Initiativen, die seit langem für ein derartiges Verbot werben. Jurks Formulierung, die Umsetzung auf dem Verordnungswege würde „nicht empfohlen“, offenbart zudem ein zweifelhaftes Demokratieverständnis, denn nicht der Minister „empfiehlt“ dem Landtag, was zu tun ist, sondern der Minister hat das umzusetzen, was der Landtag beschlossen hat!

• CAREN LAY

... auch für Stifte.

Eltern werden ständig für den Schulbedarf zur Kasse gebeten. Sei es für Arbeitshefte, Bücher, Taschenrechner oder auch notwendige Kopien. Jede sächsische Familie mit einem schulpflichtigen Kind gibt im Durchschnitt 150 Euro pro Jahr für Lernmittel aus! Dazu kommen noch Schultaschen, Sportzeug und Klassenfahrten. Pünktlich zum Schuljahresbeginn startet die LINKE landesweit Aktionen unter dem Motto „... auch für die Stifte.“, bei denen wir darauf aufmerksam machen möchten, dass Schulbücher, Arbeitshefte, Atlanten, Kopien und alle weiteren für den Unterricht vorgesehenen Lernmittel allen Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur Verfügung stehen müssen. Genauso müssen die Teilnehmerbeiträge für Klassenfahrten und Sprachreisen für Kinder und Jugendliche einkommensschwacher Familien vollständig finanziert werden. Nur so können gleich Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen gewährleistet werden. Dies wollen wir nicht zu Lasten der Kommunen durchsetzen, sondern aus Landesgeldern finanzieren. In der nächsten Legislatur wollen wir als LINKE durchsetzen, dass Lernmittelfreiheit nicht nur auf dem Papier existiert. Unsere derzeitige Fraktion im Sächsischen Landtag hat dazu bereits einen Gesetzentwurf vorgelegt, der jedoch seitens der Regierungskoalition im Landtag abgelehnt worden ist.

• RICO GEBHARDT

19. Juli

Nochten: Mit einer Geröllsteppenhalde will der Findlingspark Nochten auf einer Fläche von 5000 Quadratmetern in den kommenden Monaten eine weitere Besucherattraktion schaffen. Die Halde soll die bisherigen Themenbereiche im Findlingspark ergänzen. Neben dem zentralen Steingarten gibt es auf dem rund 20 Hektar großen Gelände einen Heide- und Teichgarten sowie einen Naturheidebereich. Für die Kinder wurde zudem ein Wüstenspielplatz angelegt.

20. Juli

Chemnitz: Ein betrunkenen 17-Jähriger hat am Sonntagabend in Chemnitz einen Polizisten ins Bein gebissen. Zuvor hatten ihm mehrere Beamte Handschellen angelegt, da er handgreiflich wurde und sich nicht von den Polizisten beruhigen ließ.

Wartha: Im Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft ist heute Sachsens erster Seeadler-Rundweg eröffnet worden. Der knapp 90 Kilometer lange Rundkurs führt durch die Teichgebiete der Region und informiert unterwegs auf Informationstafeln über den größten Greifvogel Sachsens und seinen Lebensraum. Karten- und Informationsmaterial gibt es unter anderem in der Reservatsverwaltung in Wartha bei Guttiau.

21. Juli

Chemnitz: 30 Jugendliche aus Chemnitz und Wolgograd pflegen bis zum 6. August die sowjetischen Kriegsgräberstätten am Richterweg in Chemnitz-Reichenhain. Dort befinden sich hunderte Grabstätten, überwiegend von Zwangsarbeitern aus der UdSSR, die während des Zweiten Weltkrieges nach Chemnitz verschleppt wurden. Das Projekt wird von der Stadt Chemnitz und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Sachsen e.V. unterstützt.

SACHSEN-CHRONIK
Daten und Fakten

23. Juli

Bautzen: In den nördlichen Kiefernwäldern der Oberlausitz sind derzeit vermehrt die Raupen des Kiefernprozessionsspinners unterwegs. Das Landratsamt Bautzen warnt davor, die Raupen und deren Nester zu berühren. Die Tiere sondern ein Nesselgift ab, das bei Hautkontakt schwere allergische Reaktionen auslösen kann.

24. Juli

Zwickau: Zwickau feiert das 100-jährige Bestehen von Audi. Die Firma mit Sitz in Ingolstadt war am 16. Juli 1909 als Horch Automobilwerke in Zwickau gegründet worden. Zu den Höhepunkten des Jubiläums zählen die Sonderausstellung „Horch-ein Audi“ im Automobilmuseum und eine Oldtimerundfahrt am Sonntag durch das Vogtland.

29. Juli

Dresden: Ein Brief mit weißem Pulver hat einen Einsatz von Polizei und Feuerwehr ausgelöst. Ein 22-Jähriger fand das Kuvert in seinem Briefkasten. Der Brief kam zur Untersuchung in ein Labor. Bei dem jungen Mann und seiner Mutter wurden keine Krankheitssymptome festgestellt. Weißes Pulver sorgt immer wieder für Aufregung, weil Anschläge mit dem Milzbranderreger Anthrax vermutet werden.

Chemnitz: Im Naturkundemuseum Chemnitz wurde die Ausstellung „Staub –

Spiegel der Umwelt“ eröffnet. Bis Ende Oktober wird über die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Staubforschung informiert. Themen sind unter anderem Allergien und Feinstaubbelastungen. Die rund 150 Exponate umfassen zum Beispiel fossile, chemische und natürliche Stäube.

4. August

Bautzen: Die Jugendkampagne „Kein Bock auf Nazis“ will in den kommenden Wochen mehrere tausend CD auf Oberlausitzer Schulhöfen verteilen. Ab dem 10. August sollen sie gratis an Schulen, auf Konzerten und in Jugendclubs verteilt werden. Auf der CD sind nach Angaben der Initiatoren neben Liedern prominenter Künstler vor allem Stücke junger Bands aus Sachsen zu hören. Die Musiker singen nach eigenen Angaben «für Freiheit und eine offene Gesellschaft».

6. August

Lengefeld: Zur Vorbereitung auf seinen im November beginnenden Einsatz im nordafghanischen Feyzabad übt das Panzergrenadierbataillon 371 aus Marienberg in diesen Tagen mitten in der erzgebirgischen Kleinstadt Lengefeld. Zwei mobile Einheiten mit je 28 Soldaten sind unterwegs und trainieren die Erkundung von unbekanntem Terrain durch Gespräche mit Einheimischen. In die realitätsnahe Übung

ist auch die Lengefelder Bevölkerung eingebunden.

7. August

Aue: Das für Freitag Abend angesetzte Eröffnungsspiel der Fußball-Oberliga Süd zwischen Lok Leipzig und Erzgebirge Aue musste kurzfristig abgesagt werden. Unbekannte verkippten über Nacht im Erzgebirgsstadion Chemikalien und zerstörten damit den Rasen. Die Vereinsführung erstattete Anzeige. – In der Sommerpause hatten Unbekannte den Rasen im Stadion des neuen Oberligisten RB Leipzig ebenfalls zerstört.

8. August

Dresden: 2008 haben sich mit 2400 rechtsextrem motivierten Straftaten knapp 300 Fälle mehr ereignet als im Jahr zuvor. Dabei machten Propagandadelikte wie Schmierereien mit knapp 1700 Anzeigen nach wie vor den größten Anteil aus. Die fremdenfeindlichen stiegen auf 213 gegenüber 137 im Vorjahr. Die Zahl der antisemitischen Fälle verdoppelte sich nahezu von 75 auf 141.

Die Zunahme rechtsextrem motivierter Delikte schlägt sich auch in der Statistik der Städte und Kreise nieder, die als regionale Hochburgen rechter Kriminalität gelten: Die meisten Gewalttaten (Formen der Körperverletzung) verzeichnete das LKA mit 29 Fällen in Leipzig (2007: 6). 22 wurden in Dresden registriert (2007: 15) und 15 in Mittelsachsen (2007: 28). Zu den meisten Propagandadelikten mit rechtem Hintergrund kam es mit 237 Anzeigen in Dresden. Das entspricht einem Anstieg von hundert Taten gegenüber dem Jahr 2007. An zweiter Stelle folgt Leipzig mit 192 Delikten (2007: 205) und an dritter die Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, wo 165 Fälle gemeldet wurden. Im Vorjahr waren es 145 gewesen.

Protokolliert

Gerhard Heske

Zur Leistungsentwicklung der DDR bis 1989 im Spiegel der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Auszug)

Es ist gegenwärtig nicht möglich, die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse der Entwicklung der DDR für die 40 Jahre ihrer Existenz sachgerecht zu beurteilen. Ein geeignetes Instrument und Voraussetzung hierfür wäre eine vergleichbare volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) der Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die DDR über den Zeitraum von 1950 bis 1989. Diese gibt es bis heute nicht. Schaut man in die laufenden Publikationen des Statistischen Bundesamtes, das Statistische Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland oder in die statistischen Spezialveröffentlichungen für die VGR, so gab es die DDR gar nicht. [...]

Eine umfassende Beurteilung der Leistung auf Basis des BIP im zeitlichen und örtlichen Vergleich ist nur unter Berücksichtigung des eingesetzten Produktionsfaktors Arbeit im weiteren und engeren Sinne, d. h. der Bevölkerung und der Erwerbstätigen möglich. Dies umso mehr, wenn beide Größen sich unterschiedlich verändern. Dabei wird in Kauf genommen, dass in der Berechnungsformel nur eindimensionale Beziehungen zwischen dem Bruttoinlandsprodukt (bzw. der Bruttowertschöpfung) im Zähler und der Bevölkerungszahl / Erwerbstätige im Nenner ausgedrückt werden, obwohl das BIP nicht allein Ergebnis der eingesetzten lebendigen Arbeit ist, sondern vieler weiterer Faktoren. Bei der Nutzung des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen für die Analyse von Produktivitätsunterschieden auf der Basis entsprechender Pro-Kopf-Größen sollten generell einige methodische Probleme beachtet werden. [...]

Trotz all der Einschränkungen ist gegenwärtig auf gesamtwirtschaftlicher Ebene die Berechnung der einfachen Pro-Kopf-Größen der Bruttowertschöpfung der einzige gangbare Weg zur Berechnung von Indikatoren des volkswirtschaftlichen Leistungsniveaus und der Arbeitsproduktivität. Voraussetzung hierfür sind mindestens annähernd vergleichbare methodische Abgrenzungen der Grunddaten.

Bei der Bewertung der Entwicklung des Volumens des BIP von 1950 bis 1989 in der DDR und der BRD muss der

wesentliche Einfluss durch die Veränderungen der Anzahl der Bevölkerung und der Erwerbstätigkeit auf die Entwicklung des BIP in diesem Zeitraum beachtet werden, wodurch sich bei den Pro-Kopf-Größen andere Entwicklungsmuster ergeben.

Jahr	Je Einwohner		Je Erwerbstätigen	
	DDR	BRD	DDR	BRD
1950	100	100	100	100
1955	155	149	149	136
1960	209	198	193	175
1965	256	241	233	221
1970	327	282	289	269
1975	401	310	341	305
1980	483	365	387	343
1985	568	391	440	362
1989	617	430	477	380

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in der DDR und der BRD je Einwohner und je Erwerbstätigen (1950 = 100)

Der Rückgang der Bevölkerung führte in der DDR zu einem stärkeren Anstieg des BIP je Einwohner im Vergleich zum Volumen des BIP (auf 617 Prozent zu 558 Prozent). Aus der Erhöhung der Anzahl der Erwerbstätigen auf 117 Prozent und des Volumens des BIP resultierte eine Steigerung des BIP je Erwerbstätigen auf 477 Prozent. Diese starken Unterschiede wurden durch die gegensätzliche Veränderung der Bevölkerungszahl und der Anzahl der Erwerbstätigen hervorgerufen, sinkende Bevölkerungszahl bei wachsender Erwerbstätigkeit. In der BRD demgegenüber wuchsen Bevölkerung und Erwerbstätigkeit bei unterschiedlicher Intensität in der gleichen Richtung, so dass sich beide Pro-Kopf-Größen wesentlich langsamer als das Volumen des BIP veränderten.

Eine Interpretation der Leistungsentwicklung beider deutscher Staaten seit 1950 unter Berücksichtigung des verfügbaren Potentials an Humankapital zeigt einen wesentlich stärkeren Anstieg in der DDR gegenüber der BRD. Dies führt auch zu einer anderen Sicht in Bezug auf das Vergleichsniveau des erbrachten BIP.

Jahr	Je Einwohner		Je Erwerbstätigen	
	DDR	BRD	DDR	BRD
1950	1	2,62	1	2,84
1955	1	2,54	1	2,62
1960	1	2,48	1	2,57
1965	1	2,43	1	2,63
1970	1	2,27	1	2,65
1975	1	1,99	1	2,51
1980	1	1,95	1	2,49
1985	1	1,78	1	2,30
1989	1	1,80	1	2,23

Niveau des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner und je Erwerbstätigen in der DDR im Vergleich zur BRD (DDR = 1)

Aus der Tabelle sind bedeutende Unterschiede der Pro-Kopf-Größen des BIP zwischen der DDR und der BRD ablesbar. In allen untersuchten Jahren erreichte die BRD höhere Werte des BIP je Einwohner und je Erwerbstätigen, d. h. ein höheres wirtschaftliches Leistungsniveau. Diese Unterschiede waren jedoch infolge der spezifischen Entwicklungen in beiden Staaten nicht statisch, sondern veränderten sich ständig. Die Daten lassen folgendes deutlich erkennen:

gen, d. h. ein höheres wirtschaftliches Leistungsniveau. Diese Unterschiede waren jedoch infolge der spezifischen Entwicklungen in beiden Staaten nicht statisch, sondern veränderten sich ständig. Die Daten lassen folgendes deutlich erkennen:

- Im Vergleich mit der BRD hatte die DDR 1950 ein sehr geringes Ausgangsniveau des vergleichbaren potentialbezogenen BIP.

- Im untersuchten Zeitraum von 1950 bis 1989 hatten sich die Relationen des BIP je Einwohner und je Erwerbstätigen zu Gunsten der DDR bedeutend verbessert.

- Im letzten Jahr 1989 lag das BIP je Einwohner in der BRD noch 80 Prozent über dem Niveau der DDR und je Erwerbstätigen noch 120 Prozent, d. h. das Niveau der DDR beim BIP je Einwohner lag bei 56 Prozent und je Erwerbstätigen bei 45 Prozent des westdeutschen Niveaus.

Der im Jahre 1989 erreichte Stand der potentialbezogenen Größen des BIP in der DDR und der BRD im Vergleich zu 1950 ist als Einheit aus erreichter Dynamik im untersuchten Zeitraum und Basisgrößen zu interpretieren. Das bedeutet, dass das erheblich raschere Wachstum der Vergleichsindikatoren in der DDR gegenüber der BRD quantitativ nicht ausreichte, den im Basiszeitraum 1950 bestehenden Rückstand auszugleichen.

Diese Feststellungen zum Niveau der wirtschaftlichen Pro-Kopf-Leistungsgrößen in der DDR im Vergleich zur BRD im Basisjahr 1950 berühren ein wesentliches Problem der Interpretation der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR. [...]

Zur Beurteilung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit in der DDR und der Wertung verschiedener Einflussfaktoren machte Gert Leptin, lange vor der Wiedervereinigung, in einer auch heute noch lesenswerten Studie folgende Bemerkungen:

"Dem System der östlichen Planwirtschaft, der ›Zwangswirtschaft‹, wird häufig die alleinige Schuld an dem schlechten Ergebnis des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der DDR gegeben. Hierzu ist zweierlei zu sagen: Einmal steht nicht von vornherein fest, dass das Ergebnis des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der DDR schlechter ist als in der Bundesrepublik. Zwar kann man zeigen, [...] dass die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik in fast allen Wirtschaftsbereichen besser ist als in der DDR, aber eine vergleichende Aussage über den Wiederaufbau kann sich nicht nur auf einen willkürlich ausgewählten Endpunkt eines Entwicklungsabschnitts beziehen, sondern muss auch die damals vorherrschenden Unterschiede berücksichtigen. Und zweitens kann man wirtschaftliche Entwicklungen und ihre Ergebnisse nicht auf einen Faktor allein, hier das Wirtschaftssystem, zurückführen. Sicher hat das System auf die Entwicklung Einflüsse ausgeübt, positive und negative und sicherlich mehr negative als positive. Daneben gibt es aber eine Fülle andere Faktoren, teils ökonomische, aber nicht beeinflussbare, teils auch außerökonomische Faktoren, die für die Entwicklung maßgebend waren." [...]

VORTRAG UND DISKUSSION

Die Linke - was kann sie wollen?

Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus

Mit Prof. Dr. Michael Brie, Berlin

Prof. Dr. Michael Brie ist Direktor des Institutes für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.

Moderation: Dr. Monika Runge

15. September 2009, Dienstag, 18.00 Uhr

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Obiger Beitrag ist ein Auszug aus "Ostdeutsche Wirtschaft 20 Jahre nach der Wende – Was ist Erblast der DDR und was ist bundesdeutscher Wirtschaftspolitik geschuldet",

Protokollband eines Workshops der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., erscheint September/Oktober 2009.

Bestellungen erbeten bei:
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.,
Harkortstraße 10, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 9608531,

Email:
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen @t-online.de



Gitarrist Yuriy Gurzhy, Sängerin Dorka Gryllus, Bassist Simon Wahorn und Mad Milian. (v.l.)
Foto: Maak Roberts

Vorab eine ernste und dringliche Lesewarnung: Das ist kein Beitrag für Polit-Nostalgiker. Wirklich nicht. Er hat nämlich nur dem Namen nach etwas gemein mit dem vor 81 Jahren gegründeten kommunistischen Rotfrontkämpferbund, den Ernst Thälmann führte. Und mit der verklungenen FDJ-Singebewegung a' la "Oktoberklub" sowie Hartmut Königs ultimativem Lied "Sag mir, wo du stehst" gibt es höchstens insofern Berührungspunkte, da Rotfront auch aus Berlin kommt und Musik macht. Leidenschaftliche, sehr eigene Musik, die irrwitzig tollen Spaß bringt.

Und da Spaß nicht immer mit Ironie einhergeht, sei zu Beginn eine Episode als Reminiscenz angemerkt: Eigentlich hätte der Oktoberklub (1966 bis 1990) auch Hutzenabend-Klub heißen können. 1967 wurden einige Mitglieder des Hootenanny Club Berlin, dem Vorläufer des Oktoberklubs, in die dortige FDJ-Bezirksleitung geladen. Der Name Hootenanny ist auf den jüdisch-kanadischen Liedermacher Perry Friedman, einem engen Freund des legendären Pete Seeger, zurückzuführen. Perry Friedman (1935–1995) siedelte 1959 in die DDR um, wo er an der Musikhochschule "Hanns Eisler" studierte und 1966 den genannten Club mitgründete.

Der Sekretär für Kultur war von der Parteiführung kritisiert worden: "Was soll dieser amerikanische Blödsinn, Hootenanny." Die üblichen empörten Leserbriefe waren dem vorausgegangen. Man sollte sich umbenennen. Für Hootenanny gab es keine deutsche Übersetzung. Im Erzgebirgischen hieß das "Hutzenabend". Bei "Hutzen" musste jeder an ein verhutztes altes Weiblein denken und so pluralistisch-demokratisch sollte auch nicht mehr daher gesungen werden. Kunst war ja Waffe... Politisch also.

Die, von denen hier die Rede ist, haben mit ihrer Musik zumindest vordergründig mit Politik so gut wie nichts am Hut. Politisch korrekt und föglicherweise etwas vage langatmig müsste man jedoch feststellen: Sie vertreten die solidarische Völkerverständigung. Rotfront also. Für die einen ist es der Name eines paramilitärischen Kampfverbandes. Für die anderen die "stübste Versuchung", welche die einstige Sowjetunion je zu bieten hatte. In Russland verbindet man damit eher die einstmals beliebteste Schokoladenmar-

ke. Nicht zu verwechseln mit dem süßen DDR-Rotstern aus Saalfeld.

Wer verbirgt sich hinter Rotfront?

Zunächst einmal zwei Namen: Yuriy Gurzhy, 34 Jahre, geboren im ukrainischen Charkow, in Berlin seit 1996, und Simon Wahorn. Er ist 1977 in Budapest geboren, lebt seit 1998 in Berlin. Als DJ und Mitbegründer der legendären Berliner Partyreihe "Russendisko" lernt Yuriy Gurzhy 2001 den Musiker Simon Wahorn kennen, der bereits als Initiator des HungaroGroovers Soundsystems auf der Bühne stand. Schon im zarten Alter von 15 Jahren war er Bassist bei zwei der legendärsten Undergroundbands Ungarns, Batu Karmen und Balaton. Gurzhy verbindet mit seiner jüdischen und griechischen Abstammung Vorlieben zur Klezmermusik.

Ort des Kennenlernens war das Kaffee Burger in der Torstraße 60, mittlerweile längst Szene-, Kult- und Touristeninstitution in Berlin-Mitte. Ohne gemeinsame Muttersprache gründen sie wenig später Rotfront. Mit der Zeit stoßen immer mehr Musiker dazu. Yuriys guter Freund, der russisch-jüdische Schriftsteller Wladimir Kammer, meint: "Die Musik von Rotfront ist nicht nur gut, sie ist auch ein Beitrag in Sachen Völkerverständigung. So wie die Russen mit Rammstein-Texten Deutsch lernten, können nun die Deutschen mit Rotfront auf Russisch, Ukrainisch, sogar auf Ungarisch mitsingen."

Wie klingt Rotfront-Musik?

Als "Emigrantski Raggamuffin Style" beschreiben sie ihre Musik. Da fließen Einflüsse verschiedenster Herkunft ein. Sie formen ihren Sound als eine wahrlich frapierende Mischung aus Reggae, Ska, Klezmer, Balkan Folk und Hip-hop.

Die verschiedenen Muttersprachen und Genres werden gleichberechtigt und souverän nebeneinander ausgestellt. Im gemeinsamen Musizieren lösen sich etwaige Widersprüche auf. So wird die Musik, wie Simon Wahorn hofft, "endgültig zu einer internationalen Sprache".

Diese ständig galoppierende Musik trägt häufig ironische Züge. Die Texte spiegeln den Alltag wider. "Ich singe einfach über mein Leben hier in Berlin", sagt Simon. Das hat auf den ersten Blick gewiss keine politische Dimension. "Aber das, was wir

Rotfront grenzüberschreitend

Völkerverständigung im Multi-Ethno-Sound

machen, in dieser Stadt, mit diesen Leuten", ergänzt Yuriy, "das ist schon eine politische Aussage": Das Erleben der multiethnischen und multikulturellen Metropole Berlin. Die Songs sind eine liebevoll-kritische, oft auch ironische Hommage an Berlin, das in einem Titel sogar "Heimatland" genannt wird.

Die beständig Form und Größe wechselnde Band hat bislang etwa 40 Mitglieder erlebt. Die aktuelle, nun offenbar stabile Besetzung stammt aus Ungarn und der Ukraine, aus Australien, den USA, aus Deutschland und – ganz neu – aus Kanada. Grenzen zu überschreiten, sie ignorieren und damit letztlich vollkommen überflüssig zu machen, das ist die wohl wichtigste Mission von Rotfront. Über Politik wird zwar nicht gesungen, aber am eigenen Beispiel wird bewiesen, wie natürlich und harmonisch der Austausch zwischen verschiedenen Nationalitäten, Musikrichtungen und Kulturen funktionieren kann. Jeder bringt seinen eigenen Hintergrund ein. Die Besetzung der Band wechselt öfter, denn sie besteht aus selbständigen Künstlern, die nicht nur in der Musikbranche tätig sind.

Die ungarische Sängerin Dorka Gryllus ist auch Schauspieler. Jüngst zu erleben in der öster-reichischen Thrillerkomödie "Der Knochenmann" an der Seite von Josef Hader und Josef Bierbichler. Sehenswert ist sie auch in "Irina Palm", gemeinsam mit der britischen Sängerin Marianne Faithfull, der legendären Muse der frühen "Rolling Stones". Ein gut aussehendes und hörenswerteres musikalisches Hochenergiebündel.

Der australische Saxophonist Dan Freeman ist nebenher Solo- Indie-Sänger und Schlagzeuger Jan Pfennig arbeitet im Team des Hip-Hoppers SIDO.

Zur Truppe gehört auch Max Bakshish, Klezmerklarinettist mit eigener Brass Band. Des Weiteren die einprägsam starke Posunistin Anke Lucks, die auch mit eigenen Jazz-Bands zu erleben ist. Sie studierte klassische Musik (Klavier) in Boston und Jazz-Popularmusik an der Hochschule "Hans Eisler" in Berlin. Und Daniel Kahn. Er lernte das Theaterspielen in New Orleans und arbeitet in Europa mit eigener Band

"The Painted Bird" als Sänger, Gitarrist und Pianist. Durch sein wunderbares Akkordeonspiel verleiht er Rotfront den osteuropäischen Folksound.

Die Gründer Yuriy Gurzhy und Simon Wahorn singen, spielen Gitarre und Bass. Sie teilen sich die inhaltliche Verantwortung der Titel. So wird mal Ungarisch, Russisch, Englisch oder Deutsch gesungen. Sie alle wohnen in Berlin und sprechen deutsch.

Rotfront live erleben

Ich erlebte die Band erstmals im April in Budapest auf einer Geburtstagsfeier mit über 150 Gästen in einem prachtvollen Jugendstil-Saal. Meine Berliner Freundin Gizella hatte mich erneut in ihre schöne Geburtsstadt eingeladen. Und ich war sofort auch von Rotfront fasziniert.

Auf einem als schwimmenden Konzertsaal umgebauten Donau-Fahrgastschiff namens "A 38", das bei den musikbegeisterten Budapestern Kultstatus genießt, erlebte ich Rotfront ein zweites Mal. Unter den mehreren Hundert Gästen sehr viele ganz Junge, aber auch langmähige, bärtige Rockveteranen, die den Eindruck vermittelten, Woodstock sei erst gestern gewesen. Spätestens nach dem vierten Song war das Publikum nicht mehr zu bremsen. Es stampfte und tanzte derart wild, dass man Sorge haben musste, der Riesenpott würde bald kentern und auf Grund gehen.

Zum dritten Mal hörte ich Rotfront Anfang Juni zur Präsentation ihres Debütalbums "Emigrantski Raggamuffin" im krachend vollen Berliner Kaffee Burger. Eine wiederum rasante Vorstellung der echten Spitzenklasse.

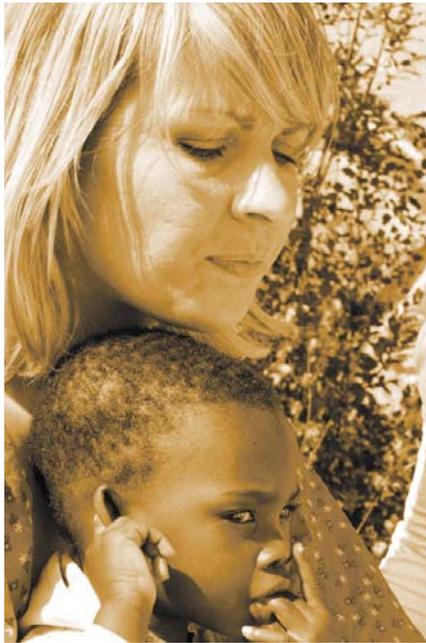
Yuriy meint: "Ich glaube, wir sind so was wie ein Modell der zukünftigen Welt. Man müsste es den Politikern zeigen, als ein Beispiel, wie die Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen miteinander funktionieren können!" Dem kann man nur zustimmen. Und hoffen, dass dieses prächtige multikulturelle Ensemble auch mal in Leipzig zu erleben ist. Zum Beispiel im Studentenklub "Moritzbastei".

• HELMUT ROSAN



Rotfront-Klänge in Budapest bei einer Geburtstagsfeier

Foto: Helmut Rosan



„Ich habe ein besonderes Auge“ Michael Oertel stellt seine erste Fotogeschichte zum Thema „Armut“ vor

Irgendwie hat sich dieser gestandene Mann und Vater, der in überschaubarer Zeit ein 40er sein wird, den Typus eines großen, freundlichen, aufmerksamen Jungen bewahrt. So etwas entsteht wohl auch durch Lebensprägungen. Bei Oertel lesen die sich in etwa so: Er sang in der Kurrende, in einem Chor, erlernte Konzertflöte, spielte Konzerte, machte Rundfunkaufnahmen, musizierte in einer Band, wo hin und wieder auch Töpfe oder Stühle als Instrumente verwendet wurden, zeichnete und blieb letztlich beim Schreiben und Fotografieren hängen. Filmemachen ist sein großer noch unerfüllter Traum. Und sonst? Aus dem Versuch, Kfz-Schlosser zu lernen, wurde ein Verwaltungsfachangestellter, der Sozialpädagogik und -arbeit studierte. Zu gebrauchen war er aber auch als Rohrschweißer, Hausmeister, Bürgerberater, Be-

statter, engagierte sich ehrenamtlich in der Gewerkschaft als Betriebsrat, saß als Stadtrat im Leipziger Parlament und gründete einen Verein für Kinder mit und ohne Behinderungen.

Er gehört zu den Menschen, mit denen man nach kürzester Zeit intensiv und nachdenklich über fast alles reden kann und auch möchte.

Erst in der 10. Klasse verschlang Schüler Michael – wie er ohne Scham gesteht – als erstes dickes Buch, ausgerechnet Gorkis „Mutter“. Aber, Geschichten erzählen wollte er schon immer, die er hin und wieder auch niederschrieb. Es verging kein Abend, an dem er nicht seinem großen Bruder eine „Gute-Nacht-Geschichte“ erzählte. Später begann dann das Tippen auf der unverwüstlichen kleinen „Erika“.

Jetzt, viele Jahre danach, die erste Fotogeschichte, von der wir auf dieser Seite

ein Zehntel abdrucken. Auf den ersten Blick scheint das Thema verfehlt. Auf den zweiten Blick folgt das Nachdenken, das (hoffentlich) zur Erkenntnis führt. Wem das im Moment zu kompliziert ist, der nehme bitte Oertels Lebensgleichungen auf dieser Seite als Seehilfe.

„Edgars Welt! Eine Liebeserklärung an die Armut, das Verrücktsein und dich!“ – ein ungewöhnlich langer Titel – ist bis Mitte September in Leipzig zu sehen, am Neustädter Markt in der Heilig-Kreuz-Kirche, seit dem 13. August. Welch hinterlistiges Datum, denn Mauern einreißen möchte der Fotograf mit dieser Präsentation schon. Die fiel auch schon anderen auf, denn „Edgars Welt!“ wurde für den „Sächsischen Kunstpreis für Toleranz und Demokratie“ nominiert. Wer ist Edgar F.? Fragen Sie Michael Oe.!

• –CK

Über „Lebensgleichungen“

Eine landläufige Assoziation zu Armut ist Asozialität! Also: Armut ist gleich asozial! Ist es das wirklich? Diese Frage wird sich meine Fotogeschichte stellen, sie soll dem Betrachter Anregungen geben, über diese „Gleichung“ ins Gespräch zu kommen und (im besten Falle) nachzudenken.

Armut hat, wie alles andere auch, viele und facettenreiche Gesichter. Jede der folgenden Gleichungen müsste im Konjunktiv und als Fragestellung geschrieben werden. Aber, es geht nicht um Politik und /oder Grammatik, sondern um Kunst.

Deshalb:

**Armut ist traurig. Armut ist grau und trist. Armut ist freundlich.
Armut ist Glück. Armut ist Liebe. Armut ist Anmut. Armut ist (auch nur) Leben.**

Interessanter Weise steht z. B. im Matthäus-Evangelium geschrieben: Selig sind, die da geistig ARM sind, denn ihrer ist das Himmelreich.
Auch aus diesem Blickwinkel wird Armut erkundenswert.

*Das Gegenteil von Armut ist Reichtum. Oder scheint es nur so?
Kein Geld der Welt zeugt von Lieben! (E. F.)*

**Armut hat es schwerer, und leichter zugleich. Aus nichts Farbe zu machen, aus nichts Freude zu schenken, mit nichts zu lieben, mit nichts glücklich zu sein, aus nichts zu leben und zu genießen, das ist die Herausforderung.
Das Kleine schätzen und von dem abgeben können, das ist Kunst.**

Die Fotos sollen einige der angesprochenen Ideen und Mutmaßungen aufgreifen und darstellen. Sie bewegen sich zwischen Realität, überspitzter Darstellung und Phantasie. Die Protagonistin wird sich sichtbar wandeln, dennoch die Gleiche bleiben. Damit sollen die vielen Facetten der Menschen abgebildet werden.

Manches Mal erscheinen einem Engel auch unrasiert, dreckig und nach Alkohol riechend. (E.F.)

(Fast) Nichts ist so, wie es auf den ersten Blick scheint.
Es lohnt sich zweimal, dreimal ... hinzuschauen, sich Fragen zu stellen und nach Antworten zu suchen.

(Auge in Auge) Ihr Michael Oertel



Die Fotos zeigen ein Abbruchhaus mit darin liegender Schlafstätte eines -scheinbar - armen Menschen. Leidenschaft des armen Menschen könnte das Sammeln von Luftballons sein oder auch das Vorlesen, um Freude zu bereiten und Anerkennung zu erhalten. Vorbehaltlos aufeinander zugehen, das ist hier die Überschrift. Jeder hat seine Defizite, aber auch viele Ressourcen. Dies gilt es zu erkennen ...



Geh und sieh!

**Montag, Donnerstag, und Freitag: 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr
Sonntag nach den Gottesdiensten: ca. 10.30 Uhr bis 11.30 Uhr
Am 30. August (zum Neustädter Frühstück):
10.30 Uhr bis 14.00 Uhr**

**Am 12. September (zum Tag der offenen Kirchen):
18.00 Uhr bis 22.00 Uhr**

Nach Vereinbarung sind auch abweichende Öffnungszeiten und Führungen in der Heilig-Kreuz-Kirche am Neustädter Markt möglich.



Wunder oder nur wundern? Zoff in der Leipziger Schaubühne LINDENFELS

"Lasst uns ein Wunder bauen" hieß die Aufforderung der Schaubühne an ihr Publikum. Mit einem kleinen Beitrag aller Interessierten konnte das Wunder verwirklicht werden: Die Schaubühne gehört vielen Aktionären, die mit Ihrer Einlage den Erhalt des Hauses ermöglichen. "Gemeinnutz und Aktiengesellschaft sind hier kein antagonistisches Paar, sondern real-kapitalistisches Experiment und Kapitalismuskritik zugleich." das gilt noch immer und – wie es sich gehört – wird die vierte Jahreshauptversammlung Ende August in der Schaubühne stattfinden. Derzeit gerät das Haus in die Schlagzeilen der regionalen Presse, denn der wieder aus Berlin zurückgekehrte Vorstandschef der Schaubühne AG kündigte dem Kinoprogramm Michael Ludwig fristlos. Dass es in der Programm-Kino-Szene immer mal ums Eingemachte geht, beweisen die Kämpfe ums "Grassi-Programmkino", die einst Stefan Paul verlor. Und auch die von uns kürzlich besuchten "Cineding"-Betreiber haben derzeit große Sorgen, denn nach unserem Besuch "soff" ihnen aufgrund eines defekten Abflusses der große Saal buchstäblich ab, und das wird teuer. Auch im Lindenfels geht es um Geld. Da

werden Summen genannt, die fast jeder gern auf dem Sparbuch hätte. Geld ist das eine, das Kinoprogramm das andere, und da gab es zwischen Michael L. und René R. offenbar nicht nur ein Problem. Reinhardt möchte die kommerziellen Verleihfirmen buchstäblich nicht mehr sehen. Ludwig machte da Kompromisse, denn eine nicht geringe Monatsmiete stand jedes Jahr für seinen eingemieteten Kinobetrieb zu Buche. Die Besucherzahlen blieben im bescheidenen Rahmen, zumal gegenüber mit dem "Cineding" zwei weitere Säle auf das gleiche Publikum schießen. Die Lindenfels Kinofreunde sind – glaubt man der Webseite – erstmal frustriert und schimpfen. Die im September avisierte Filmmesse zieht deshalb in die "Schauburg". Kino ohne Happy-End aber mit zwei engagierten und kontroversen Hauptdarstellern. Man wird also sehen, was aus diesen "Szenen einer geschiedenen Ehe" wird. Das Publikum kann und wird entscheiden, denn Michael Ludwig will an anderer Stelle erneut Kino mit Risiko machen, auch René Reinhardt im Lindenfels hat da seine Vorstellung. Ob das alles ein Thema für die Jahreshauptversammlung der Klein-Aktionäre wird?

• RALF JOHN

Eine Botschaft für Mikis Theodorakis aus Rückmarsdorf

Strahlend blauer Himmel und eine Sonne, die griechischer nicht sein konnte, begleiteten die nun schon traditionelle Geburtstagsfeier bei Cornelia und Klaus Kluth zu Ehren des griechischen Komponisten Mikis Theodorakis, der am 29. Juli seinen 84. Geburtstag beging. Mitglieder der Deutsch-Griechischen Gesellschaft "Griechen-Haus" Leipzig e.V., des "Städtepartnerschaftsvereins Leipzig-Thessaloniki e.V." sowie Nachbarn und Freunde folgten der Einladung. Alle Gäste brachten ein griechisches Gericht mit, so war das Buffet sehr abwechslungsreich. Eine kleine Buchausstellung machte neugierig und bot allen Gästen einen kleinen Einblick in das Leben und Schaffen von Mikis Theodorakis, ergänzt durch Bücher aus dem südeuropäischen Raum, die Herr Dr. Ralf C. Müller vom Eudora-Verlag Leipzig zur Verfügung stellte.

Klaus-Dieter Tietz und Thomas Renner von der Gruppe "O IATROS" ("Der Arzt") – Foto rechts unten – aus Görlitz animierten die Gäste mit ihrer Musik zu griechischen Tänzen wie den Kalamatianos und natürlich auch den Syrtaki. Die Straße wurde zum Tanzsaal und Passanten blieben verwundert stehen.

Im Laufe des Abends unterschreiben alle Gäste eine Grußbotschaft für Mikis Theodorakis, die nach Athen gesendet wurde. Andere Akzente kamen von Kostas Papanastasiou. Er sang die von Theodorakis vertonten Gedichte von Jannis Ritsos. Ritsos, der in diesem Jahre 100 Jahre alt geworden wäre, erhielt 1984 die Ehren-

doktorwürde der Universität Leipzig.

Der Dichter Jannis Ritsos und der Komponist Mikis Theodorakis sind die großen Namen Griechenlands im Kampf für Gerechtigkeit und Demokratie, gegen Willkür und Faschismus, Unterdrückung und Ausbeutung. Ihre künstlerische Zusammenarbeit hat sie beide weltbekannt gemacht. In der Vertonung von Theodorakis haben diese Lieder ein ganzes Volk geeint. Anlass genug, um über Ritsos und Theodorakis zu reflektieren. Einen ergreifenden Abschluss boten die Rezitationen von Frau Reitinger, Malerin und ehemals Lehrerin in Rückmarsdorf (Foto links). Sie las Gedichte von Kostas Papanastasiou wie dieses hier:

WIE VIELE

**Wie viele Gedichte
soll ich schreiben,
bis eine Träne
fließt?
Wie viele Gedichte
soll ich schreiben,
damit
ein Kind
dem Hungertod
entrinnt?**

• CORNELIA UND KLAUS KLUTH

Sommer, Sonne, Shakespeare



Viola-Cesario macht als Brautwerber Orsinos der Gräfin den Hof. Oder ist es nur das Hausmädchen? (Anika Knoke, Katja Schaefer, Nele Hamann; v.l.n.r.)
Foto: Theater Fact

DAS ACHTZEHNTE SOMMERTHEATER des Theaters Fact bringt Shakespeare auf die Bretter. Intendantin und Regisseurin Ev Schreiber zeigt die unverwüsthliche Komödie „Was ihr wollt“, das um 1600 entstandene Stück „Twelfth-Night or What You Will“. Die elegante Verschmelzung von Schwermut und Fröhlichkeit setzt da für jede Inszenierung Maßstäbe. Die Handlung ist weitgehend bekannt.

Viola versteckt sich als ihr Bruder Cesario, der bei einem Schiffsuntergang umgekommen sein soll, am Hofe des Grafen Orsino. Der Graf begehrt Olivia, diese schwärmt für den Pagen Cesario, also für Viola, die selbst wiederum den Grafen liebt. Keine Sorge, dieser Knoten wird aufgelöst, mit viel Witz und einem Tröpfchen Melancholie, wenn seufzende Melodien erklingen.

Katja Schaefer überzeugt in der Hosenrolle als Viola-Cesario: Zwischen Liebesdienst und Liebesnöten findet sie strebsam den Weg. Ernst und lang lässt sie ihre Augen auf den Liebestollen ruhen. Die Gräfin Olivia, die Anika Knoke heiter-ruhig spielt, hat ihren

Spaß an den Verwicklungen. Nele Hamann bringt mit ihrer Maria den ganzen Abend zum Laufen. Sie, die selbstbewusste, dreiste, nicht auf den Mund gefallene Haushälterin, zeigt den echten und vermeintlichen Männern, wo die Frauenbewegung Jahrhunderte später ankommen wird. Ev Schreibers Lesart stellt die Frauen in den Mittelpunkt. Nach ihnen drängt sich alles, ohne sie läuft nichts. Wie im wahren Leben. Die großen Themen Liebe und Trauer, Geld und Macht werden amüsant verhandelt, ohne ins Schenckelklopfen zu verfallen. Ein Lob auch an die Schneiderei (Sophie Kirmes): reizende Sommerkleider, antikisierend und verführerisch. Bei aller Freude über die Kunst, ein Schuss Bitterkeit bleibt, wenn man sich die finanzielle Ausstattung der kleinen Bühne durchrechnet. Hier könnte seitens der Stadt und des Landes mehr getan werden.

• D. M.

**Sommertheater in Webers Hof
(Hainstraße)
bis 30. August täglich 21 Uhr,
(außer montags)
Kartentelefon: (0341) 961 40 80**



Sorgen um die Oper – Jubel im Gewandhaus

Der Beginn der Opernspielzeit 2008/09 erwies sich zumindest als ungewöhnlich. Peter Konwitschny führte sich als Chefregisseur in Leipzig mit der szenischen Gestaltung des Melodrams "Pierrot lunaire" von Arnold Schönberg ein. Mit der koreanischen Sängerin Young-Hee Kim setzte er die Aussage der "Dreimal sieben Gedichte" von Albert Giraud mit beschwörender Gestik und starkem stimmlichen Ausdruck um.

Am gleichen Abend verabschiedete sich der bisherige Operndirektor Christoph Meyer mit seiner zuerst in Spanien realisierten Inszenierung der einaktigen lyrischen Tragödie "Die menschliche Stimme" von Francois Poulenc.

Dann aber löste die Wagners romantische Oper "Der fliegende Holländer" entstehende Inszenierung des auf Provokationen ausgehenden jungen Regisseurs Michael von zur Mühlen einen Proteststurm aus. Als der Dirigent Leopold Hager erst bei den Orchesterproben dazu kam, war nichts mehr zu ändern.

Diesem Fiasko folgte Peter Konwitschnys Übertragung seiner anderenorts schon gespielten Inszenierung von Verdi "Aida". Sie zeichnet sich durch genaue Personenführung der kammermusikalischen Szenen aus. Dagegen wird das Finale des zweiten Aktes mit dem Einzug der zurückkehrenden ägyptischen Soldaten und der Vorführung der äthiopischen Gefangenen und Sklaven gänzlich entstellt. Der von Verdi in vier verschiedenartige Gruppen aufgegliederte und agierende Chor singt zunächst hinter einem Vorhang und erscheint dann als einheitlich dunkel gekleideter geschlossener Gesangsverein. Da kann Axel Kober mit dem insgesamt sensibel musizierenden Gewandhausorchester nicht viel retten.

Dann sorgte Dietrich Hilsberg mit Leos Janáček's "Jenufa" für die einzige wirklich überzeugende Inszenierung dieser Spielzeit. Ihr folgte Werner Schröters szenisch und musikalisch wenig bewegende Gestaltung von Mozarts "Don Giovanni".

Da atmeten die Operbesucher auf, als die Musikalische Komödie mit den amerikanischen Erfolgsmusicals "Cabaret" (Inszenierung Wolfgang Lachnit, musikalische Leitung Stefan Dieterich) und "My fair Lady" (Inszenierung Karl Zugowski, Leitung Stefan Dieterich) aufwartete. Auch Paul Chalmers Inszenierung des Balletts "Giselle" von Adolphe Adam und der zweite Igor-Strawinsky-Abend mit den Balletten "Agon", "Die Hochzeit" und "Petuschka" fanden Zustimmung.

In der Oper wurde mit Puccinis Oper "La Rondine" ("Die Schwalbe") ein selten gespieltes Werk achtbar geboten. Doch in Bizets "Carmen" glaubte die junge Regisseurin Tatjana Gürbaca mit neuen Ideen aufwarten zu müssen. Die zeigen Carmen im Schlussbild strickend in einer Neubauwohnung.

Der vielerorts gefragte Claus Guth inszenierte zu Rossinis Musik "Der Barbier von Sevilla" ein anderes Stück. Das aber tat er zur Freude anspruchloser Gemüter gewitzt und brillant.

Es fehlt der Oper Leipzig seit langem ein tragfähiges Konzept. Neben dem Chefregisseur Peter Konwitschny richten sich nun die Erwartungen auf den im Herbst antretenden neuen Generalmusikdirektor Ulf Schirmer.

Größere Anziehungskraft übte das Gewandhaus aus. Schallplattenwünsche bescherten den Besuchern einen halben Beethoven-Zyklus mit Riccardo Chailly. Die Interpretation fand ob der zum Teil ungewöhnlichen, doch Beethovens Metro-

nomvorgaben entsprechenden Tempi nicht die Zustimmung aller Hörer. Das Problem liegt aber weniger im schnelleren Tempo, sondern in der Spielweise der Streicher. Mit dem weniger druckvollen Spiel zur Zeit Beethovens sind diese Tempi überzeugender zu realisieren.

In den 24 Anrechtskonzerten, Sonntags- und Sonderkonzerten erklangen Werke von Bach bis zu Uraufführungen von Hans Werner Henze, Hans-Christian Bartel und Wolfgang Rihm.

Werke Mendelssohns erhielten zum 200. Geburtstag des Komponisten besonderen Platz, ebenso Kompositionen von Joseph Haydn zu dessen 200. Todestag. Dagegen wurde der dritte große Jubilar bis auf Arnold Schönbergs Händel-Bearbeitung ausgeklammert.

Um Max Reger zu seinem Recht zu verhelfen, setzte sich der Thomaskantor Georg Christoph Biller für die seit Jahrzehnten nicht mehr aufgeführte, ausdrucksstarke Sinfonietta ein. Komponisten wie Paul Hindemith, Arthur Honegger, Bohuslav Martinu fehlen seit geraumer Zeit im Programm.

Zu den Anrechtsprogrammen des Gewandhausorchesters kommen noch 24 mit dem MDR-Sinfonieorchester und dem MDR-Chor. Da leistet Jun Märkl als Chefdirigent in der Programmgestaltung vorbildliche Arbeit, ebenso Howard Arnan als Chorchef. Während die Reihe "Zauber der Musik" immer ausverkauft ist, finden auch die Matineekonzerte am Sonntag viel Zuspruch. Leider ist es nicht gelungen, die einst bei Daniel Nazareth ausgebliebenen Besucher der Dienstag-Rundfunkkonzerte zurück zu gewinnen. Da wird es wohl nötig werden, mit sogenannten "Zugprogrammen" zu locken.

• WERNER WOLF

Aufregung um Thomaner

Es ist schon bemerkenswert. Eine nicht eben auf ihre Wirkung durchdachte Äußerung des neuen Leipziger Kulturbürgermeisters Michael Faber, Bach sei "nicht nur ein Komponist geistlicher Musik" und "sowohl in sakralen als auch in profanen Räumen" zu hören, sorgt über Wochen für Aufregung. Sofort war von städtischen Entkirchlichungstendenzen bezüglich des Thomanerchores die Rede. Leserbriefe in der LVZ drückten – zum Teil heftig zugespielt – Kritik wie Zustimmung zu diesem geharnischten Vorwurf aus.

Christen wie Nichtchristen sollten bedenken, Leipzig besitzt mit seinen Thomanern wie Dresden mit seinem Kreuzchor etwas Einmaliges. Nicht zuletzt sind seit Jahrhunderten viele bedeutende Musiker aus dem Thomanerchor hervorgegangen.

Einst für den Gottesdienst geschriebene Kompositionen wie Bachs Matthäus-Passion und h-Moll-Messe werden heute in Konzertsälen der ganzen Welt aufgeführt und bewegen Menschen verschiedener Religionen wie Atheisten nachdrücklich. Doch auch jene nicht so im öffentlichen Blickfeld stehende Musik, die allwöchentlich in den Motetten von den Thomanern gesungen wird, beeindruckt Christen und – über ihr ursprüngliches Anliegen hinausgehend – Andersgläubige wie Atheisten.

Da erweisen sich die jüngsten Debatten als der Toleranz entbehrende kleinliche Zänkerei. Übrigens würden sich viele Leipziger freuen, wenn die Thomaner trotz ihrer umfangreichen Aufgaben im Jahr einmal oder vielleicht sogar zweimal mit Madrigalen und Volksliedern aus alter und neuerer Zeit zu erleben wären, auch als Gegengewicht zur schmusigen "Volksmusik" im Fernsehen.

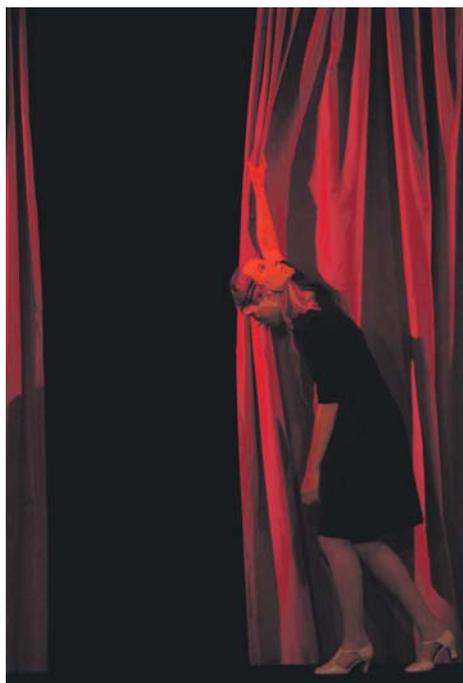
• W. W.

Schauspielbilanz: ... vielleicht nicht ganz schlecht.

Sebastian Hartmann hat den Neustart am Leipziger Schauspiel vollzogen. Nicht nur die altbekanntesten Namen wie Schauspielhaus und Neue Szene sind im Orkus der Theatergeschichte versenkt worden, auch Ton und Atmosphäre und – ehrlicherweise gehört dies dazu – auch das Publikum ist ein anderes geworden. Im Centraltheater, in der Skala, im Weißen Haus stürmt jetzt der Wind der freien Theaterszene im bewährten Stadttheater. Man kann das einerseits zur Kenntnis nehmen, und andererseits verwundert feststellen, dass sich die freie Szene diese Konkurrenz so einfach "gefallen" lässt. Die "Matthäuspassion", Antrittsinszenierung von Sebastian Hartmann, hat der Spielzeit die Richtung gegeben: Viel Nebel, viel Theaterblut, viel Krawall. Das Leipziger Stammpublikum ist gespalten. Der aus DDR-Erfahrungen gespeiste Regiestil Wolfgang Engels, seine großartigen Bildergeschichten, werden schmerzlich vermisst. Ebenso die vielbeschriebene, vielbeschworene Werkzeuge. Was sich in den Nebenspielstätten zuträgt, spottet jeder Beschreibung. Ohne Spielplan, ohne Konzept hat Hartmanns Truppe in der Skala für Verunsicherung und Verärgerung gesorgt. Mittlerweile hat man dazu gelernt und etwas Ordnung hinein gebracht.

Rückgängig gemacht worden ist auch die am Beginn wie eine Monstranz vorangetragene Weigerung, ein Programmheft anzubieten. Die vielen Musikveranstaltungen sprechen sicher ein junges Publikum an, gleichwohl wird der Charakter des Stadttheaters verändert.

Peter Handkes "Publikumsbeschimpfung" (Regie: Sebastian Hartmann) erscheint verstörend langweilig, nicht zu vergleichen mit den Wellen, die die Uraufführung 1966 unter der Regie von Claus Peymann auslöste.



Vorhang auf für den neuen Intendanten! Szene aus: O'Neills "Eines langen Tages Reise in die Nacht", mit Henrike von Kuick
Foto: Rolf Arnold / CT

Eugene Gladstone O'Neills "Eines langen Tages Reise in die Nacht" (Regie: Sebastian Hartmann) überzeugt ebenfalls nicht und scheint symptomatisch zu sein: Keine festen Texte, nur eine grobe Einigung auf Charaktere und Verhandlungen. Diesen Eindruck erweckt das neue Leipziger Schauspiel insgesamt. Mehr Formspielereien als Inhalte. Kein allzu glückliches Händchen bewies der Intendant auch bei den Regisseuren. Jürgen Kruse hat den eigentlich unverwundlichen Wüstling "Don Juan" – man muss es so deutlich sagen – an die Wand gefahren und Jorinde Dröse hat sich mit der gut gemeinten "Schock-Strategie" verhoheit, wenigstens war bei ihr noch ein kapitalismuskritisches Anliegen zu ahnen.

Regelrecht peinlich das Versatzstück "Braune Kohle 2 - Die Produktion". Was als Vorortrecherche begann, endete als Veranstaltung, die den Leistungen der Kumpel in der Braunkohleregion nicht gerecht wird.

Aber: Wo Schatten ist, ist auch Licht.

Sebastian Hartmanns Inszenierung von Joseph Kesselrings Boulevardstück "Arsen und Spitzenhäubchen" gehört zu den besten Theaterabenden der ersten Saison, locker, urwützig und mit dem gehörigen Schluck Bitterkeit. Darf man den Wunsch äußern, dass in den nächsten Spielzeiten mal wieder Goethe auftaucht? Diese zehnjährige Abstinenz des Geheimrats am Leipziger Schauspiel seit Wolfgang Engels "Faust" ist nicht gut. Selbiges gilt auch für Brecht.

Ein Fazit kann gezogen werden: Die Diskussion über Anspruch und Realität eines Stadttheater ist jetzt durch Sebastian Hartmann provokativ und nachhaltig eröffnet worden. Dies ist vielleicht auch nicht ganz schlecht.

• D. M.

Thomas Bachmann rät:
"Häng dich auf und lebe"

Sinnhunger

Vielleicht sollte man gleich nach den Müttern die Pfarrer erwürgen, denkt Anton Breitlicht. Er kämpft an gegen vierzig Jahre Pflichterfüllung, gegen Schrauben im Kopf. Einmal Nein sagen. Wenn er es heute schafft, ist er heute frei. Jetzt ist ihm jede Gelegenheit recht. Und sei es die, jemandem erste Hilfe beim Autounfall zu verweigern. Anton Breitlicht sähe auf die staunend größer werdenden Augen der Frau, sähe auf den Mund, der fistelnd: Aber Herr Pfarrer sagt und dann verstummt, und drehte sich um, mit fliegenden Händen in den Taschen, und ginge. Und dann würde es hinter ihm herschreien. Pfarrer wollen sie sein? würde es hinter ihm herschreien.

"Der Mutant" heißt die Groteske, in der sich die Verzweiflung eines Mannes angesichts einer Existenz voller Vorenthaltungen zu wirren Tagträumen steigert. Gleich vorweg: Thomas Bachmann, der aus Grimmen bei Stralsund stammende, in Leipzig lebende Verfasser, ist weder Sadist noch asozial. Übrigens auch kein Trübsalbläser. Vermutlich lächelt er gewitzt, wenn er an Leben erinnert, die eine einzige Programmierung sind.

In den 35 Geschichten nebst Vorwort-Märchen seines neuen Prosabandes "Häng dich auf und lebe" spürt man den komponierenden Ex-Ingenieur. Scharf wahrnehm-

end, mitunter konstruierend bis zum Surrealen, betrachtet er zumeist Alltägliches oder Alltag Gewordenes, das zur Problemsituation wird:

Was geht in einem von der Arbeit heimkehrenden Angestellten vor, wenn sich zwei Männer breitbeinig vor ein Mädchen stellen, das in der Straßenbahn Platz genommen hat? Wie erlebt man seinen ersten Kletterversuch, wenn sich das dünne Seil vor der Brust spannt und der Fels, die Blumen, das Laub heranrücken, als läge man in der Waagerechten auf einem Feld? Was denken Konzertbesucher, wenn der Pianist, der nach Beethovenspiel eben noch graziös an einer Rose roch, sich Minuten später als Kneipengast im Pullover einen Schweinebraten schmecken lässt? Was fällt ordnungsliebenden Leuten ein, wenn es in ihrem Viertel zu Bränden kommt und in diesem Viertel ein Gitarre spielender, mit einem blonden Schwarzen verkehrender Rotschopf lebt? Wozu entschließt sich eine Frau, wenn kahlköpfige junge Nachbarn in der Gartenanlage fortwährend einen Hund quälen und der Gartenvorstand sich hilflos gibt? Es ist eine seltsame Angst um kahle Köpfe. Wie muss es um den Anspruch einer Popband bestellt sein, wenn der Blick einer Rezensentin die Saiten der Geigerin springen lässt? Wie wird ein hiesiger Zeitgenosse damit fertig, dass er nachts aus sich

heraustritt und eine mittelalterliche Burgesellschaft ihn als Graf empfängt? Was erwartet einen Mann mit Fototasche unter fernem, fremdem Himmel, wenn er sich allein vom Feldlager entfernt hat, auf Totensuche? Was will er hier? fragt er sich. Wieso ist er in dieses Gelände gegangen? Ringsum Stille, nur einen Motor hört er. Das Land wurde zerfetzt und zusammengedrückt. Nun drückt es zurück.

Manche der neuen Geschichten erinnern an Bobrowski, andere an Kafka. Sucht man nach einer begrifflichen Klammer für die Figuren des Bandes und den Antrieb des Erzählers, so muss man nicht über den Buchtitel grübeln (er leuchtet nach der 35. Geschichte ein). Ein Stichwort findet sich, adjektivisch versteckt, auf Seite 111: *Sinnhunger*. Eine ebenso schöne Wortschöpfung wie etwa Peter Handkes *Ortshunger* in "Phantasien der Wiederholung". Einige der versammelten Texte Bachmanns sind literarischer Publizistik verwandt. Im "Brief zurück im Dezember '03" blickt der Autor auf sich selbst, prüft angesichts einschneidender Änderung der Verhältnisse, was von seinem Jugend-Ich geblieben ist und ob er ihm in die Augen schauen kann. In "Vielleicht, vielleicht auch nicht - eine Betrachtung" inspiriert ein authentischer Stadtgarten ein fiktives Gespräch mit einem Pfarrer, das sich samt eingestreuten Liebesgeschichten über ein halbes Jahrtausend spannt. Die Reflexionen dieser Texte stoßen sich ebenso wenig mit den eigentlichen Geschichten wie Erlebnisberichte über Reisen nach Frankfurt am Main und Amsterdam.

Wie schon bei seinen früheren Kurzprosa-Bänden "Stuhl im Café Maitre" (1999) und "Der fette Mann auf dem Fahrrad" (2004) beeindruckt Bachmanns Sprache. Wenige Sätze als Vorgeschmack: *Alle Hoffnungen*

hatten sich zwischen die Wände gelegt und waren eingestaubt inmitten der Geräusche aus den Nachbarkammern und des Treppenhauses. Es blieb nichts zurück, eine abgestreifte verschrumpelte Haut war dieses Zimmer, niemand würde mich vermessen und das Provinzblatt, für das ich arbeitete, auch nicht ... ("Das Schiff"). Auf zwei Besonderheiten der Texte sei der Leser vorbereitet. Zum einen erwächst eine gewisse Schwierigkeit aus dem Umstand, dass Bachmanns Figuren meist namenlos bleiben: eine Frau, ein Mann, er, sie – ohne Rücksicht auf mögliche kuriose Doppeldeutigkeiten ("sie" und "er" müssen ja nicht Personen sein). Kommen sich zwei menschliche "sie" ins Gehege, so weiß man nicht recht, ob das "who is who?" als absichtlich retardierendes Moment dient. Zum andern kann man beim Lesen auch ohne Rapsblüte gelbe Finger bekommen. Nur wenige Geschichten finden sich, in denen nicht geraucht wird. Werbevertrag? Da kennt man den Verfasser schlecht. Eher sollen wir wohl so ganz nebenbei erfahren, was Menschen zur Zigarette oder Pfeife greifen lässt. Und zumindest in einem Fall, wohin das führen kann - wenn ein Drehstuhl mitspielt. Im Ernst: Den neuen Geschichten ist unbedingt rasch eine zweite Auflage zu wünschen, selbstverständlich ohne Tippversehen, die einen vorläufig nicht allzu sehr ärgern sollten. Kame ein vom Autor gesprochenes Hörbuch hinzu, so hätten wir etwas von der bewegenden Stimme, die wir von Bachmanns Liedern kennen.

• GOTTFRIED BRAUN

Thomas Bachmann: Häng dich auf und lebe. 35 Geschichten. Verlag am park, 2008. 280 S., 14,90 Euro



Das Buch ist vor allem für die Enkel geschrieben, für jene, die die DDR nicht mehr bewusst erlebt haben oder gar erst nach 1990 geboren wurden und deren politisches Denken sich jetzt zu entwickeln beginnt. Aber zugleich wendet es sich an die Eltern- und Großelterngeneration, für die die DDR nicht nur Geschichte ist, sondern Teil ihres Lebens war und deren Antworten heute gefordert sind. Mir ging es selbst so, als mich mein 16-

Blick auf die DDR für die Nachgeborenen

jähriger Enkel für eine Hausarbeit im Fach Geschichte als Zeitzeuge der unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnte befragte. Der Publizist und Kulturfunktionär, ein ehemaliger Kulturminister der DDR, Hans Bentzien, antwortet auf die Fragen seiner Enkeltochter, die sich gerade auf das Abitur vorbereitet. Alle, die als Mutter, Vater, Großmutter oder Großvater beobachten, wie die heutige Schule die Geschichte der neuesten Zeit in ihrem Unterricht verzerrt und vereinsamt, wie sie vieles stillschweigend übergeht und neben Halbwahrheiten viele weiße Stellen hinterlässt – dem generellen offiziellen Tenor der Geschichtsaufarbeitung folgend –, wird dieses Angebot von über 200 Fragen und kurzen, bündigen Antworten, eher Gespräch als Interview, dankbar annehmen.

Dabei erfolgt der Rückblick auf die DDR zwei Jahrzehnte nach ihrem Ende auch vor dem Hintergrund heutigen politischen Geschehens und des nach wie vor unvermindert fortdauernden und zuweilen ziemlich dümmlich wirkenden Bemühens um ihre undifferenzierte Betrachtung und Verteufelung, als ginge von ihre noch

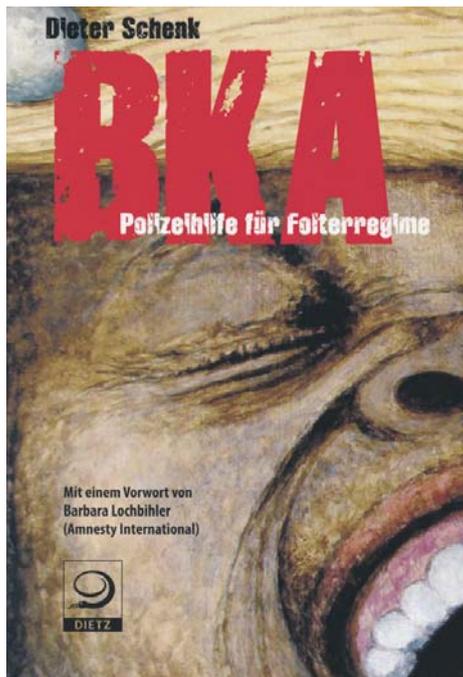
heute eine latente geistige Gefahr aus. Dem Autor liegt es fern, die selbstverschuldeten Unzulänglichkeiten im gesellschaftlichen Leben der DDR zu verschweigen, er benennt sie im Gegenteil ungeschminkt und versucht ihre Ursachen zu ergründen – internationale Umstände, nationale Gegebenheiten und subjektive Faktoren. Viel Raum widmet er dabei solchen Ereignissen wie dem 17. Juni 1953, der Sicherung der Staatsgrenze 1961, die sich besonders Mitte der 1960er Jahre zuspitzenden Probleme in der Kultur- und der Jugendpolitik – besonders den teilweise problematischen Beziehungen zu Schriftstellern und Künstlern, mit denen er sich als Minister konfrontiert sah – sowie die Krise in den 1980er Jahren, die letztlich zum Untergang der DDR führte. Er spart solche problematischen Aspekte ihrer Entwicklung nicht aus wie das Verhältnis zur Sowjetunion, den für alle sozialistischen Staaten zunehmend belastenden Rüstungswettlauf oder Erscheinungen von Dogmatismus und Willkür im politischen Leben. Zugleich aber betont er die geschichtlichen Verdienste der DDR: die konsequente Überwindung der Hinter-

lassenschaften des Faschismus, die historische Bildungsreform, das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, um nur einige Aspekte zu nennen. Sehr differenziert behandelt er Fragen der Demokratie und der Freiheit. Er hebt die positiven Seiten der praktizierten Demokratie hervor, und benennt gleichzeitig ihre immer stärker hemmenden Defizite, vor allem das Misstrauen gegenüber den Menschen, namentlich den Intellektuellen.

Durchgängig spürbar ist das Bemühen des Autors, die gesellschaftlichen Prozesse in der DDR nicht isoliert und auch nicht nur in der Gegenüberstellung zur Bundesrepublik zu zeigen, sondern vielfach eingeordnet in aktuelle Weltprozesse und darüber hinaus in die materielle und kulturell-geistige Weltgeschichte. Das alles erfolgt weitgehend an Hand von selbst Erlebtem und in einer Sprache, die junge Menschen verstehen, so anschaulich und kenntnisreich, wie es nur einem Akteur des Geschehens möglich ist. P. S. Noch bevor ich damit fertig war, meine Eindrücke von diesem Buch niederzuschreiben, habe ich es meinem Enkel in Baden-Württemberg vermachend und bin nun gespannt auf seine Reaktionen.

• GÜNTER LIPPOLD

Hans Bentzien: Warum noch über die DDR reden? Sophies Fragen. Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2009. 186 S., 12,90 Euro



Die vorliegende Untersuchung von Dieter Schenk, 1981 bis 1989 Kriminaldirektor im BKA, ist gewissermaßen eine Fortschreibung seines Buches "Auf dem rechten Auge blind – Die braunen Wurzeln des BKA" (2001). Jedoch geht es nicht um "den Blick zurück", sondern um das aktuelle Handeln des BKA, um seine Polizeihilfe für Folterregime. Als Sicherheitsbeauftragter des Auswärtigen Amtes acht Jahre in über 60 Staaten auf allen Kontinenten unterwegs, hat Schenk präzises Insider-Wissen über die systematische Verletzung von Menschenrechten in einer erschreckend großen Anzahl von Ländern.

Von den 186 Interpol-Mitgliedsstaaten foltern seit Jahrzehnten noch 106. Das erfordert, so Schenk, endlich Konsequenzen, denn es darf nicht sein, dass Folter international de facto hoffähig ist. Das BKA als größter Nutzer und Beitragszahler der Interpol-Organisation, ein Schrittmacher bei der polizeilichen Entwicklungshilfe, trägt dafür eine besondere Verantwortung. Die Perversion besteht darin, dass jedoch nach wie vor bei Folter

und anderen schweren Verstößen gegen die Menschenrechte weggeschaut wird.

Um die Wechselbeziehung zwischen Menschenrechtsverletzungen und Polizeihilfe zu untersuchen, wurden von Schenk auf der Basis von 165 Staaten ein "Index Menschenrechtsverletzungen 2007" und ein "Ranking Menschenrechtsverletzungen 2007" erstellt, veröffentlicht im Anhang. Er weist nach, dass das BKA in den Jahren 2000 bis 2006 bilaterale Polizeihilfe an 57 Staaten ohne Rücksicht darauf geleistet hat, dass in 35 der Empfängerstaaten gefoltert und in 7 weiteren Staaten misshandelt wird. Dabei vernachlässigt das BKA herkömmliche Standards der OECD, wie Evaluation und Controlling. "Selbst die Bekämpfung der Folter ist in polizeilichen Strategien nicht eingeplant, war noch nie Polizeihilfe-Diskurs..." Das BKA kooperiert eng mit Folterregimen, "nicht zuletzt, weil polizeilicher Erfolg, Einfluss und Macht in international vernetzten Polizeiapparaten und wirtschaftlichen Interessen (Markttöffnung) den Vorrang genießen vor dem Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, wie Kontrollinstanzen der Zivilgesellschaft".

Schenk unterstellt dem BKA nicht, solche Gräueltaten zu billigen, aber es herrsche die Überzeugung vor, das Geschehen im Ausland nicht ändern zu können. Natürlich liege letztendlich die politische Verantwortung bei der Bundesregierung und dem Parlament. "Beteiligt sind auch Bundespolizei (früher BGS), Landespolizei, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Zoll, Bundeswehr, Militärischer Abwehrendienst und neuerdings zivile Sicherheitsinstitutionen". Auch wenn das BKA keine Polizeientwicklungshilfe ohne entsprechende Erlasse des Bundesinnenministeriums leistet, hat dennoch das BKA, wie Schenk hervorhebt, in vielfacher Hinsicht eine Schnittstellenfunktion, ist es in diesem Zusammenhang die wichtigste Behörde insgesamt.

Seit 1982 führt das BKA neben der Polizeihilfe vor Ort jährlich ein Programm für 15 bis 20 Stipendiaten durch und hat dabei insgesamt 238 ausländische Polizeibeamte aus 59 verschiedenen Ländern fortgebildet. Für die Jahre 2000 bis 2006 wurden im BKA 132 Stipendiaten aus 55 Staaten ausgebildet, von denen 99 aus Staaten kamen, in denen systematisch gefoltert oder misshandelt wird. Doch was kann ein solcher Mann erreichen, wenn er nach

Hause zurückkehrt? Schenk dazu: "Selbst wenn er die demokratische Arbeitsweise der deutschen Polizei verinnerlicht hat, ist er chancenlos, irgendetwas zu bewegen, falls sein Heimatland ein Unrechtsstaat ist." Das Stipendienprogramm sei in Wahrheit ein Programm, das dazu diene, "im Partnerland nationale Verbindungsbeamte aufzubauen", das man fälschlicherweise mit Vokabeln wie "Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen" oder "Förderung des Demokratieprozesses" propagiere.

Schenk verweist auf die Vernetzung des BKA mit Wirtschaft und Industrie sowie die enge Verquickung von Polizeihilfe und Waffenexporten – Deutschland steht weltweit nach den USA und Russland an dritter Stelle der Rüstungsexporteure. In 19 Staaten, die deutsche Waffenlieferungen erhielten, gab es gewaltsame innere Konflikte. Insgesamt hat Deutschland seit dem Jahr 2000 über 100 Staaten militärische Ausbildungs- und Ausstattungsprogramme sowie andere Unterstützungen gewährleistet.

Schenk plädiert dafür, Interpol als "Autonome Organisation" den Vereinten Nationen anzuschließen. Nach einem Statut hätte Interpol jährlich der UN-Generalversammlung zu berichten und müsste hinsichtlich der Menschenrechte einer Fachaufsicht durch das Amt des (der) Hohen Kommissars(in) für Menschenrechte unterstellt werden.

Acht vom Autor erstellte aufschlussreiche Anlagen, ein Personenregister und 944 Anmerkungen schließen die Untersuchung ab.

• **KURT SCHNEIDER**

Dieter Schenk: BKA - Polizeihilfe für Folterregime. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2008. 400 Seiten, 26 Euro

Am 10. September 2009, 18 Uhr, spricht und diskutiert der Autor Dieter Schenk über dieses Buch in der RL-Stiftung, Harkortstr. 10, 04107 Leipzig.

Verdrängte Geschichte

Die Schweiz und ihre Freiwilligen auf der Seite der Republik im Spanischen Bürgerkrieg

Siebzig Jahre nach Ende des Spanischen Bürgerkriegs haben die Schweizer Eidgenossen parlamentarisch verfügt, dass die Spanien-Freiwilligen keine vaterlandslosen Gesellen mehr sind. In Zusammenarbeit des Historikers Peter Huber mit dem Publizisten Ralph Hug wurde ein biographisches Handbuch über die Schweizer Spanienfreiwilligen erarbeitet.

Von den etwa 800 Schweizerinnen und Schweizern, die trotz Verbot der Behörden, auf der Seite der Spanischen Republik entweder in den revolutionären Milizen oder den Internationalen Brigaden gegen die Truppen von General Franco kämpften, sind heute noch fünf am Leben. Nach sieben parlamentarischen Anläufen wurden sie endlich im März 2009 rehabilitiert. Alle Spanienkämpfer wurden nach Rückkehr in die Schweiz wegen "Eintritt in fremde Kriegsdienste" zu mehrmonatigen Haftstrafen und Aberkennung ihrer Rechte verurteilt. Nur die Schweizer, die in Rom als Gardisten dem Papst die Treue halten, wurden nie für ihre Papsttreue verurteilt. Keine Klassenjustiz?

Nach der Größe der Bevölkerung stellte aber die Schweiz eines der größten Kontingente von Freiwilligen, die in den Internationalen Brigaden für die republikanische Sache kämpften. Doch kein anderes Land bestrafte ihre Antifaschisten so hart wie die Schweiz. Noch vor dem Ende der Spanischen Republik am 28. März 1939 erkannten die Eidgenossen das faschistische Franco-Regime diplomatisch an. Obwohl auch in der Schweiz bekannt war: General Franco hatte mit Hilfe von nationalsozialistischen und italienischen faschistischen Kampfverbänden einen brutalen Terrorkrieg gegen die Zivilbevölkerung entfesselt. Bereits im Oktober 1938 wurde sein Regime mit vom

Schweizer Bundesrat abgesegneten Krediten unterstützt. So dienten sich die Eidgenossen für zukünftige Geschäfte mit Spanien an. Vor diesem Hintergrund konnten die heimkehrenden Spanienkämpfer nicht mit einem Verständnis für ihr Tun rechnen. Diese ablehnende Haltung setzte sich über den Kalten Krieg und seinen Antikommunismus bis zum Februar 2009 fort. Mit ihrem biographischen Handbuch "Die Schweizer Spanienfreiwilligen" setzen die Autoren ihren Antifaschisten ein Denkmal, regen auch zum Nachdenken über jene Jahre an.

• **KARL-H. WALLOCH**

Peter Huber/Ralph Hug: Die Schweizer Spanienfreiwilligen - Biografisches Handbuch. Rotpunktverlag, Zürich 2009, 480 Seiten, gebunden, 36 Euro

ANNOTIERT

Franz Osterroth / Dieter Schuster. Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Band 5 (1987-1990). J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2009. 571 Seiten, 24,80 Euro

Der vorliegende Band enthält Daten, Fakten und Hintergründe zur Politik der SPD und ihrer Entwicklung vom 16. Juni 1987 bis 3. Oktober 1990. Zu den Ereignissen dieser Zeit zählen: die Erklärung "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die Veränderungen in der DDR 1989/90, die Neugründung der SDP in der DDR, der Programmparteitag der SPD vom 18.-20.12.1989 in Berlin, der Vereinigungsparteitag von SPD und SDP am 27./28.09.1990 und der Beitritt der DDR zur BRD. Wichtige Fakten wurden der Darstellung von Daniel Friedrich Sturm "Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/1990" entnommen. Dieter Schuster betont, dass es sich auch beim Band 5 nicht um eine Darstellung der Geschichte der SPD handelt. Es sei vielmehr beabsichtigt, "Bausteine für ein besseres Verständnis der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zu liefern" - ein Anspruch, dem auch der Band 5 gerecht wird.

• **K. SCH.**

Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs belegt eindeutig, dass die aggressive faschistische deutsche Außen- und Rüstungspolitik auf die Errichtung einer kontinentalen Vorherrschaft, auf die Eroberung von "Lebensraum im Osten" und schließlich auf den Griff nach der Weltherrschaft gerichtet war. Hitler sprach offen davon, dass für Deutschland ein "Weltanschauungs- und Rassekrieg zur notwendigen Erweiterung des Lebensraumes im Osten" unvermeidlich sei. Und dennoch war es ihm zunächst gelungen, ohne Krieg zu erreichen, dass die Wehrmacht im März 1938 in Österreich, im Oktober 1938 in das Sudetenland sowie im März 1939 in die "Rest-Tschechei" und das Memelgebiet einmarschieren konnte.

Das nunmehrige Ziel Deutschlands war, Krieg gegen Polen zu führen. Am 22. August 1939 verkündete Hitler den Oberbefehlshabern der Wehrmacht, dass das Ziel dieses Krieges darin bestehe, Polen in seiner staatlichen und nationalen Existenz zu vernichten. Die "physische Vernichtung" der Bevölkerung "polnischer Abstammung", so Hitler, schaffe Deutschland den Lebensraum, "den wir brauchen". Die angestrebte "Lösung der Ostfrage", betonte er skrupellos, sei nicht ohne die "Beseitigung der lebendigen Kräfte" möglich.

Am Abend des 31. August 1939 drang eine Gruppe bewaffneter SS-Männer in das Gebäude des Rundfunksenders Gleiwitz ein. Um glaubwürdiger zu erscheinen, hatte die SS zwei deutsche KZ-Häftlinge in polnischen Uniformen mitgeführt. Vor einem Mikrofon gaben sie mehrere Schüsse ab und verlasen einen Text in polnischer Sprache, der zum Krieg Polens gegen Deutschland aufrief. Nachdem alles in Szene gesetzt war, wurden die KZ-Häftlinge erschossen. Weitere Provokationen erfolgten zeitgleich auch an anderen Stellen der deutsch-polnischen Grenze. Kurz darauf verbreiteten die deutschen Rundfunksender Sondermeldungen über einen "polnischen Überfall auf deutsche Gebiete". Es war das eingetreten, wovon Hitler Tage zuvor in einem Gespräch mit Generalen erklärt hatte: "Ich werde (einen) propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht."

Am 1. September 1939, 4.45 Uhr, fielen Truppen der Wehrmacht in Polen ein. Zugleich erklärte Generaloberst Walther von Brauchitsch, Oberbefehlshaber des Heeres, an die Bevölkerung Polens gewandt: "Nach dem Willen des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht sind deutsche Truppen in Euer Land eingerückt. In den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten haben die Oberbefehlshaber der Armeen die vollziehende Gewalt übernommen. Ihren Befehlen sowie den Anordnungen aller deutschen Militärbehörden ist unbedingt Folge zu leisten."

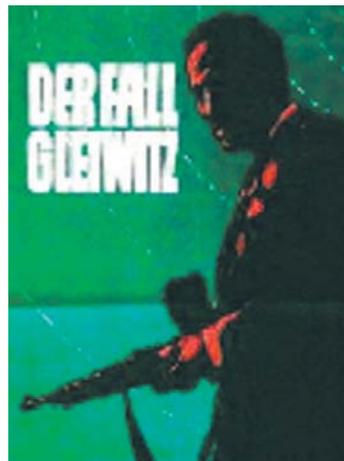
Damit hatte der zweite Weltkrieg, auf den sich Deutschland zielstrebig vorbereitet hatte, begonnen. Gab es 1933 noch das "Hunderttausend-Mann-Heer" des Versailler Vertrages, standen bereits fünf Jahre

"... ab 4.45 Uhr wird zurückgeschossen!"

Vor 70 Jahren, am 1. September 1939, begann der Zweite Weltkrieg



Kriegsausbruch. Faschistische Truppen fallen in Polen ein, 1. September 1939



Plakat-Motiv zum DEFA-Film Gerhard Kleins, der 1961 vielbeachtet und umstritten in die Kinos kam. Jetzt als DVD lieferbar.

(Motive LN-Archiv)

später 760 000 Mann unter Waffen. Eine gleichermaßen gewaltige Entwicklung hatte die Luftwaffe und die Kriegsmarine erfahren.

Die Gesamtstärke der Landstreitkräfte, die für die Eroberung Polens eingesetzt wurden, betrug nach der Mobilmachung 1,6 Millionen Mann. Sie zählten 62 Divisionen, darunter sieben Panzerdivisionen, ausgerüstet mit insgesamt 2800 Panzern. Die Landstreitkräfte verfügten über 6000 Geschütze und Granatwerfer, die Luftstreitkräfte über 2000 Kampfflugzeuge. Schlachtschiffe der Kriegsmarine griffen von der Ostseeküste aus in den Kriegsablauf ein.

Der deutsche Angriff, der die Tarnbezeichnung "Weiß" trug, begann auf breiter Front mit motorisierten Truppen und Panzerverbänden. Sie überwandten die polnischen Deckungstruppen, griffen die Hauptkräfte der polnischen Armee an und drangen in mehreren Richtungen in die Tiefe des Landes ein. Die bürgerliche Regierung Polens,

die die Kontrolle über das Geschehen verloren hatte, siedelte am 6. September von Warschau nach Lublin über, um zwei Tage später in den Süden des Landes zu fliehen. Die Mobilmachung konnte nicht mehr fortgeführt werden. Das Oberkommando und sein Stab, die sich am 7. September nach Brest zurückgezogen hatten, verlor weitestgehend die Verbindung zu den Truppen und zu ihrer Führung. Damit waren die polnischen Armeen auf sich allein gestellt gezwungen, isoliert gegen den Aggressor zu handeln. Dennoch stießen die faschistischen deutschen Truppen in einzelnen Abschnitten auf einen heldenhaft erbitterten Widerstand.

Die deutsche Presse berichtete am 1. September heuchlerisch unter der Überschrift "Der Führer verkündet den Kampf für des Reiches Recht und Sicherheit" ausführlich über von Polen verübte "Grenzzwischenfälle", die schnelles Handeln erfordert hätten. Im Reichstag erklärte Hitler, ab 4.45 Uhr wird "zurückgeschossen". Doch der Begeisterungstempel der "Menschen auf der Straße" von 1914 blieb aus. Für Stunden waren am 3. September 1939 sogar die Nazispitzen nervös geworden. Mit Kriegserklärungen Großbritanniens und Frankreichs, die durch Verträge mit Polen verbunden waren, hatte man angesichts des Münchner Abkommens und des Zauderns der Westmächte 1938 und im März 1939 nicht gerechnet. Am gleichen Tag traten Australien, Neuseeland Indien und am 10. September Kanada in den Krieg gegen Deutschland ein.

Nach der militärischen Niederlage Polens wurde das von der Wehrmacht okkupierte Territorium geteilt. Auf Erlass Hitlers vom 8. Oktober 1939 erfolgte die Bildung der Reichsgaue Westpreußen und Posen - sie umfassten die industriell wie landwirtschaftlich entwickelten Gebiete - die völkerrechtswidrig annektiert, d.h. "in das Deutsche Reich eingegliedert" wurden. Der verbleibende Teil des okkupierten Polen wurde zum "Generalgouvernement

(GG) für die besetzten polnischen Gebiete", ein Gebilde außerhalb dessen Staats- und Völkerrechts, erklärt. Als Generalgouverneur wurde Reichminister Dr. Frank bestellt, der Hitler unmittelbar unterstellt war. Das GG sollte entindustrialisiert, und zunächst ein Konzentrationsraum halbfreier, billiger und unqualifizierter Wanderarbeiter sowie für Polen und Juden aus dem zu "säubernden" deutschen Reichsgebiet werden.

Nachdem die Verhandlungen über ein Bündnis zwischen Großbritannien und der UdSSR Anfang August 1939 endgültig gescheitert waren, geriet die Sowjetunion in eine komplizierte Lage. In Kämpfen mit japanischen Truppen in Asien verstrickt, drohte ihr die Gefahr eines Zweifrontenkrieges. In dieser Situation schloss sie mit Deutschland am 23. August 1939 einen Nichtangriffspakt ab, ein bis heute unterschiedlich bewerteter Schritt, zu dem es jedoch keine Alternative gab. Anders sind allerdings sowjetische Maßnahmen mit bitterer Wirkung zu beurteilen, die sich nicht zwangsläufig aus dem Vertrag ergaben. Als die militärische Niederlage Polens erfolgt war und sich die polnische Regierung auf der Flucht nach Rumänien befand, annullierte die Regierung der UdSSR den nach ihrer Niederlage 1921 abgeschlossenen Rigaer Friedensvertrag und es rückte ab 17. September 1939 die Rote Armee in die seit 1920 zu Polen gehörenden westbelarussischen und westukrainischen Territorien ein. Dem folgte am 28. September 1939 der Abschluss eines Grenzabkommens zwischen Deutschland und der UdSSR. Die darin fixierte Grenzlinie entsprach mit Ausnahme ihres Verlaufs westlich von Białystok im wesentlichen der sogenannten Curzon-Linie. Damit war die Staatsgrenze der UdSSR um 250 bis 350 km westwärts verlegt worden. In ihrem 201 000 km² großen Territorium lebten 13,4 Millionen Menschen, von denen nach der polnischen Volkszählung von 1931 4,7 Millionen polnischer Nationalität waren. Am 1. bzw. 2. November 1939 wurden diese Gebiete in die Ukrainische bzw. in Belarussische Sowjetrepublik aufgenommen. Die daraus entstehende Konfliktsituation zwischen Polen und der UdSSR war jedoch gravierend.

In der Zeit der faschistischen Okkupation war Polen zweimal Kriegsschauplatz. Das polnische Büro für Kriegsschäden bezifferte die Kriegsverluste auf 644 000 Menschen, während in faschistischen Vernichtungslagern und Gefängnissen, durch Exekutionen, Hunger, Entbehrung, Erschöpfung und dgl. 5 384 000 Menschen um das Leben kamen. Mit mehr als 6 Millionen Opfern der faschistischen Okkupation verlor Polen 22% seiner Bevölkerung. 38 % seines materiellen Volksvermögens wurden zerstört. Die erlittenen Qualen, die Not und das Elend, der unendliche Schmerz und das grenzenlose Leid vermögen Statistiken nicht auszudrücken, sind nicht zu berechnen. Der faschistische Überfall auf Polen und die damit verfolgte Auslöschung Polens als Staat und Nation gehören zu den größten von Deutschland während des Zweiten Weltkrieges begangenen Verbrechen. Festzuhalten bleibt, dass hierbei NSDAP, Wehrmacht und Wirtschaft eng konform handelten.

• KURT SCHNEIDER

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt

Mit dem Abschluss des Münchner Abkommens zwischen Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich 1938 gelang der Hitlerschen Diplomatie ein erster großer Erfolg. Im Zuge der Beschwichtigungspolitik der Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, dem Zurückweichen vor den aggressiven Forderungen Hitlers und in der Hoffnung, ein künftiger Angriff der Wehrmacht würde sich gegen den Osten richten, machten Chamberlain und Daladier Nazideutschland den Weg frei für die Zerschlagung der Tschechoslowakei und den Aufmarsch für den Überfall auf Polen. Zugleich lavierten die Westmächte zwischen einem Abkommen mit der Sowjetunion über die Schaffung kollektiver Sicherheit gegenüber Hitlerdeutschland. Sie ließen die britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen ergebnislos auslaufen.

In dieser Situation wurde am 23. August 1939 in Moskau für die Dauer von zehn Jahren der strittige deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt unterzeichnet. Beide Staaten verpflichteten sich, auf jede Gewaltanwendung gegeneinander zu verzichten (Artikel 1) und sich im Kriegsfall neutral zu verhalten (Artikel 2). Es wurde beschlossen, in Fragen, die die Interessen beider Seiten betrafen, Informationen auszutauschen (Artikel 3), kein Bündnis dritter Staaten zu unterstützen, das gegen einen der beiden Vertragspartner gerichtet wäre (Artikel 4). Mögliche Konflikte untereinander sollten durch Verhandlungen beigelegt werden (Artikel 5). In einem geheimen Zusatzabkommen wurde zwischen beiden Seiten eine Aufteilung der Einflussphären in Osteuropa vereinbart.

Nach dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 marschierte die Sowjetarmee in Ostpolen ein. Der Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 – eine Woche zuvor wurde von Truppen der Wehrmacht und der Roten Armee in Brest-Litowsk eine gemeinsame Siegesparade abgehalten – legte die Grenzlinie zwischen den beiden Besatzungsgebieten entsprechend dem Zusatzprotokoll fest. Im Frühsommer 1940 annektierte die Sowjetunion die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland sowie Bessarabien, bis dahin ein Teil Rumäniens.

In den knapp zwei Jahren, in denen der Nichtangriffspakt Bestand hatte, kooperierten deutsche und sowjetische Behörden auf militärischem wie auch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. So tauschten etwa die Sicherheitsdienste beider Regime, Gestapo und NKWD, bei der Bekämpfung polnischen Widerstands Informationen aus. Auch dieses Vorgehen war in einer geheimen Zusatzklausel des Vertrags geregelt worden. Darüber hinaus stimmte Stalin Hitlers Wunsch zu, die deutschen Minderheiten aus den von den Sowjets besetzten Gebieten Ostpolens und des Baltikums "heim ins Reich" zu holen.

Völlig überraschend und unerwartet traf die Nachricht vom Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes die deutschen Kommunisten, die den Hauptanteil am antifaschistischen Widerstandskampf erbrachten und deren Vorsitzender, Ernst Thälmann, seit über sechs Jahren politischer Gefangener der Nazis war. Angesichts der unmittelbar am Vorabend des Beginns des Zweiten Weltkrieges

gegebenen komplizierten Umstände, durch die die internationale Lage gekennzeichnet war, begrüßte das ZK der KPD in einer Erklärung vom 25. August 1939 den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und, noch hatte der Krieg nicht begonnen, wertete ihn als eine erfolgreiche Friedensstat. In dieser Erklärung, die unrealistische und illusionistische Einschätzungen und Erwartungen enthielt, hieß es u.a.: "Das werktätige deutsche Volk und besonders die deutschen Arbeiter müssen die Friedenspolitik der Sowjetunion unterstützen, sich an die Seite aller von den Nazis unterdrückten und bedrohten Völker stellen und nunmehr erst recht dafür kämpfen, daß im Geiste des von der Sowjetregierung mit Deutschland abgeschlossenen Nichtangriffspaktes sofort ebensolche Friedenspakete mit Polen, Rumänien, mit Frankreich und England, mit allen Völkern, die sich mit Recht durch die Angriffspolitik Hitlers bedroht fühlen, geschlossen werden..."

Die Kommunistische Partei Deutschlands warnt das deutsche Volk, sich Illusionen hinzugeben, daß das Hitlerregime eine solche Politik, die allein im Interesse des deutschen Volkes liegen würde, durchführen wird. Hitler hat den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion nur in der Notlage einer schwierigen Situation abgeschlossen."

Längst war der heimtückische Überfall auf die Sowjetunion, der dann am 22. Juni 1941 erfolgte, geplant und entsprechend vorbereitet. Dem faschistischen Deutschland gelang es, bis zum Spätherbst 1941 das Überraschungsmoment zu nutzen und tief in die Sowjetunion einzudringen.

• WINFRIED STEFFEN

Kalenderblatt

Vor 120 Jahren geboren: Willi Münzenberg

Willi Münzenberg, am 14. August 1889 in Erfurt geboren, gehörte weltweit zu den bekanntesten Kommunisten. Auf Wanderschaft, kam er im Sommer 1910 in die Schweiz, wo er bald einer der Organisatoren der sozialistischen Jugend wurde. 1916 nahm er an der Konferenz der Kriegsgegner in Kienthal und 1917 am Kongress der Sozialistischen Internationalisten in Stockholm teil. Nach Kriegsende wurde er sofort aus der Schweiz ausgewiesen, wurde er Mitglied der Spartakusgruppe und dann der KPD. Auf dem Gründungskongress der Kommunistischen Jugendinternationale im November 1919 referierte er über das Programm und trat für eine Autonomie der Jugendverbände gegenüber der KI ein.

1920 wurde Münzenberg von Lenin beauftragt, Hilfe für die große Hungersnot in Russland zu organisieren, wofür Münzenberg die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) ins Leben rief, die weltweit zur größten und bedeutendsten internationalen Hilfsorganisation wurde. Daran anknüpfend, schuf Münzenberg ein eigenes Unternehmen mit Verlagen und Zeitschriften mit Massenaufgaben, darunter die legendäre AIZ, eine progressive und damals moderne Illustrierte..

Neben seiner Zugehörigkeit zum Führungszentrum der KPD, war Münzenberg von 1924 bis 1933 Mitglied des Reichstages. Im März 1933 emigrierte er nach Paris, wo er die Arbeit der IAH fortführte. Es war in hohem Maße Münzenbergs Verdienst, dass es gelang, antifaschistische Kräfte unterschiedlichster politischer Zugehörigkeit im "Lutetia-Kreis" zur Begründung einer deutschen Volksfront zusammenzuführen. Ebenso hatte er wesentlichen Anteil am Zustandekommen des internationalen Kongresses gegen Krieg und Faschismus am 7. und 8. September 1936 in Paris, an dem über 3.000 Delegierte teilnahmen. Als er wegen seines selbstständigen politischen Agierens zunehmend in Widerspruch zur Komintern und zur Operativen Leitung der KPD in Paris geriet, wurde er 1936 nach Moskau zur Internationalen Kontrollkommission geladen. 1937 folgte er der Aufforderung, erneut nach Moskau zu kommen, nicht mehr. Nach einer strengen Rüge im April 1936, dem Ausschluss aus dem ZK der KPD und aller Funktionen entbunden, wurde er im März 1939 aus der KPD ausgeschlossen. Er gründete in Paris die Organisation "Freunde der Sozialistischen Einheit Deutschlands" und die von ihm geführte Zeitung "Zukunft" wurde zu einem Blatt Stalin kritisch gegenüber stehenden Kommunisten. Im Januar 1940 beendete er seinen Artikel "Demokratie und Diktatur" mit dem Ausruf "Der Verräter, Stalin, bist Du!" Bei Kriegsausbruch in Frankreich interniert, gelang es ihm, im Sommer 1940 aus dem Lager Chambaran bei Lyon zu fliehen. Ende Oktober 1940 wurde Münzenberg im Wald von Caugnet tot aufgefunden.. Die Umstände seines Todes blieben bis heute ungeklärt.

• KURT SCHNEIDER

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt

Im Juli 1947 erhielt eine Straße in Plagwitz und Lindenau den Namen des Mitgliedes des NKfD Leipzig. Auch in Mölkau wurde eine Straße nach ihm benannt. Otto Engert wurde am 24. Juli 1895 in Pröbzdorf, das heute zu Lucka gehört, in einer Bauernfamilie geboren. Er erlernte den Beruf des Zimmermanns und ging nach dem Lehrabschluss auf die Walz. 1913 trat er der SPD bei und wagte während des I. Weltkrieges an der Front Antikriegspropaganda. 1920 kam er über die USPD zur KPD, die er im Altenburger Kreistag vertrat. Von 1924 bis 1928 war er auch Abgeordneter im Thüringischen Landtag. Obwohl Otto Engert nur eine Dorfschule besucht hatte, war er ein theoretisch versiertes Mitglied der Partei, engagierte sich vor allem in der Bildungsarbeit und arbeitete als Redakteur der Sächsischen Arbeiterzeitung. 1927 wurde er zu einem Jahr Festungshaft verurteilt und 1929 wegen "parteilicher Auffassungen" – er äußerte sich wiederholt gegen den stalinischen Kurs der Parteiführung – aus der KPD ausgeschlossen. So wurde er Mitglied der KPO. Als deren Kandidat wählten ihn im Juli 1929 die Bürger von Neuhaus am Rennweg zum Bürgermeister. Der thüringische Ministerpräsident Wilhelm Frick (NSDAP) entthob ihn 1931 zeitweilig dieses Amtes. Unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Nazis,



Unübersehbar der Bahnhof Plagwitz als Adresse

Foto: Eiltzer

Otto Engert-Straße

wurde Otto Engert wie viele seiner Genossen ins KZ verschleppt. Nach acht Monaten in Colditz, wurde er ins KZ Sachsenburg bei Frankenberg verbracht. Nach der Entlassung aus der Haft suchte er wieder Verbindung zu seinen Genossen der KPO, die er auch in Leipzig fand, wo seine Frau einen Gemüseladen betrieb. Dieser wurde Anlaufpunkt für die gegen die Nazis kämpfenden Kommunisten aus KPD und KPO. Er fand Verbindung zu Arthur Hoffmann und William Zipperer und über diese zu Georg Schumann. Als sich etwa 1943 die Widerstandsorganisation NKfD Leip-

zig bildete, gehörte er zu deren führenden Köpfen. Zusammen mit seinem KPO-Genossen Alfred Schmidt erarbeitete er die Plattform der Organisation. Darin ging es u. a. um die Schaffung einer breiten Volksfront. Dazu war er bemüht, auch bürgerliche Hitlergegner in die antifaschistische Arbeit einzubeziehen. Am 19. Juli 1944 fiel er der Gestapo in die Hände. Er wurde zum Tode verurteilt und am 11. Januar 1945 in Dresden hingerichtet. Neben den Straßen war in Leipzig auch die 44. POS nach ihm benannt.

• DIETER KÜRSCHNER

Nachdem 1882 die ersten Radrennen im Leipziger Zoo stattfanden und ab Juni 1884 eine vom Leipziger Bicycle-Club gebaute moderne Radrennbahn in Gohlis genutzt werden konnte, entstand von 1891/92 eine weitere Radrennbahn in Leipzig. Eigentlich ging es um die Schaffung eines ersten Sportzentrums, wie wir heute sagen würden, in der Stadt Leipzig, welches den Namen "Sportplatz Leipzig" trug. Über die Hintergründe schrieb Bernhard Schulze im Jahre 1922:

"Die Entwicklung des Sports, insbesondere des Radsports, aber auch des Fußballsports, der damals in Deutschland in den allerersten Anfängen steckte, erkennend, gründeten sieben Mitglieder des Leipziger Bicycle-Clubs den "Verein für Radwettfahrten zu Leipzig", dessen Name alsbald in "Verein Sportplatz Leipzig" umgewandelt wurde. Als Gründer nennt die Geschichte G. Adolf Simon, Curt Cramer, Moritz Schubert, Paul Knauer, Hermann Rothermundt, Martin Gärtner und Karl Schulze. Der Plan, der Stadt Leipzig eine Sportanlage zu schaffen und ihr eine Pflegestätte für alle Sportarten zu geben, wurde von diesen Männern tatkräftig gefördert, trotz vieler Schwierigkeiten und einer allgemeinen Teilnahmslosigkeit weiterer Kreise. Der Rat der Stadt Leipzig zeigte in dankenswerter Weise weitestgehendes Entgegenkommen durch pachtweise Überlassung eines Geländes."

Das Gelände befand sich an der heutigen Jahnallee, zwischen dem damaligen neuen Schützenhaus und dem Kuh-turm. Heute der Platz der Leipziger Kleinmesse. Die Generalversammlung am 19. Oktober 1891 beschloss die Schaffung einer Radrennbahn, den Bau einer Tribüne und die Anlage von Spielplätzen auf diesem Gelände. Bernhard Schulze dazu weiter: *"Trotz geringer Geldmittel und vieler Schwierigkeiten gelang es, die Bahn, die 500 Meter lang war und eine Zementdecke erhielt, erhöhte Kurven von 1,40 m und eine Breite von 6 bis 8 m hatte, bis zum September 1892 zu erbauen und auch die Tribüne fertigzustellen, so daß der Sportplatz Leipzig am 18. September mit einem großen Radrennen eröffnet werden konnte. Der Erfolg dieses Rennens und auch des am 16. Oktober stattgefundenen 12-Stunden-Rekordfahrens gab den führenden Männern den Mut zur sofortigen weiteren Ausbaubarkeit der Anlage."*

So entstanden neben den Spielplätzen Tennisplätze und ein Motorenhaus, im Winter eine Eisbahn. Der Bicycle-Club siedelte auf das neue Gelände über und baute ein Klubhaus. Das Zentrum des Radsports verlagerte sich mehr und mehr zum "Sportplatz", der Radsport gewann immer mehr Freunde und Anhänger. 1893 fanden die Meisterschaften des Deutschen Radfahrer-Bundes auf dem "Sportplatz" statt. 1894 zählte der Verein bereits 278 Mitglieder.



Auf der "Sportplatzbahn" um 1910. Im Hintergrund das Vereinsgebäude des Leipziger Bicycle-Clubs.

Verein baute das erste Leipziger Sportzentrum mit Radrennbahn: Von der Moritzburgbahn zum "Lindenauer Zement"



Leipziger Abendrennen auf dem "Lindenauer Zement" 1932. Architektonisch interessant ist die Tribünenkonstruktion. (Quelle: Sport-Archiv)

Mit der Entwicklung des Radsports, vor allem in technischer Hinsicht, musste die Bahn mehrfach umgebaut werden. Die Fahrgeschwindigkeiten nahmen stetig zu. Bernhard Schulze notierte: *"Dasselbe Jahr (1899) brachte den ersten Umbau der Radrennbahn, die den gesteigerten Schnelligkeiten durch die Einführung der Motorschrittmachung bei Dauerrennen nicht mehr genügte. der Rat der*

Stadt Leipzig unterstützte den Verein Sportplatz bei dem Umbau in erfreulichem Maße auch durch die Verlängerung des Pachtvertrages um weitere zehn Jahre. Die neue Bahn mit einer Kurvenverhöhung von 4 m war damals die schnellste in ganz Deutschland, und die ganze Anlage mit den Tennisplätzen im Innenraum, mit den terrassenartig erhöhten Plätzen für Zuschauer; den gepflegten Spielplätzen machte den Sportplatz zu einer Sportanlage wie sie keine andere Stadt Deutschlands aufweisen konnte."

Am 30. Juni 1901 fuhr der spätere zweimalige Steherweltmeister Thaddäus Robl aus München den ersten Stundenweltrekord auf einer deutschen Bahn mit 65,512 Kilometern. 1902 trat der Leipziger Sprinter Walter Engelmann ins Rampenlicht und errang ein Jahr später in Kopenhagen den Weltmeistertitel der Amateure. Am 20. September 1903 fanden auf dem Sportplatz zum dritten Mal die Europameisterschaften im "Dauerfahren hinter Motoren" statt. 27.000 begeisterte Zuschauer verfolgten unter anderem den Rekordsieg Thaddäus Robls über 100 Kilometer in 1:24,23 Stunden. Nie wieder fand in Leipzig ein Bahnradrennen vor so vielen Zuschauern statt. Ein Jahr später wurde die Bahn erneut umgebaut. Die Kurven wurden auf neun Meter erhöht, wodurch sich die Sicherheit der Bahn verbesserte. 1905 gab es erstmals den "Preis der Stadt Leipzig" im Dauerrennen. Es war das damals höchstdotierte Rennen der Welt. Bis 1933 zahlte die Stadt dem jeweiligen Sieger 3000 Mark. 1907 startete der "Große Messepreis" für Steher. Beide Veranstaltungen waren Schöpfungen des damaligen Vorstandes und stehen noch heute auf dem Terminkalender der Leipziger Radsportveranstaltungen.

Internationales Gewicht erhielt die Sportplatzbahn 1908 durch die Austragung der Bahn-Weltmeisterschaften der Amateure und fünf Jahre später durch die Bahn-Weltmeisterschaften der Profis. Walter Rütt aus Duisburg wurde Weltmeister im Sprint.

Durch den Ersten Weltkrieg erfuhr die Entwicklung des Vereins Sportplatz Leipzig, die Sportbewegung und natürlich auch der Radsport eine jähe Unterbrechung. 1934 fanden letztmalig Weltmeisterschaften im Bahnrad-sport auf der Sportplatzbahn statt. Am 21. September 1938 endete dieses bedeutsame Kapitel des Leipziger Radsports. Letztmalig traf sich die Steher-Elite um Weltmeister Walter Lohmann und Erich Metzke zum "Großen Abschiedspreis". Bereits wenige Tage später begann der Abbruch der Bahn und die Einebnung des Geländes für die Bebauung zur "Reichs-Gutenberg-Ausstellung", die aber niemals stattfand.

• LARS BRUNNER

SinnBILDlich
FÜR LEIPZIGS NEUE FOTOGRAFIERTE PETRA RADTKE



Wohnhaus an der Weißen Elster

Leibzscher Bargarohle

*Schaugle,
mei Gahn,
schaugle un gibbe nicht um !
Scheen is,
wenn glorgsen so leise die Welln.
Und de Miggen, die summ.*

Lene Voigt, 1924



Könneritzbrücke – 1869 erbaut

Der Karl-Heine-Kanal ist ein 2600 Meter langer künstlicher Wasserlauf im Westen der Stadt Leipzig. Er wird von 15 Brücken überspannt und ist mit kleinen Booten befahrbar

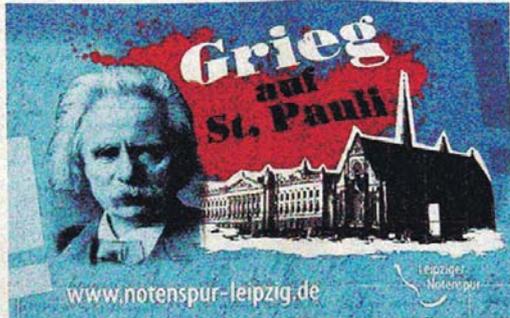


König-Johann-Brücke – 1862 erbaut

Die Sprüche für die Notenspur

Die Studenten gestalten Plakate und Postkarten / SMS-Aktion gestartet

leger
oder
flot-
der
nwis-
zent-
seit
wurde
usge-
Post-
d die



gehört
impor-
gear-
seiner
cirche
ange-
Kon-
eg auf
is auf
haben
mein-
Ströer
GmbH
farke-
le Er-
st am
hän-

Pfiffig: Mit lockeren Sprüchen soll ein junges Publikum für das Notenspur-Projekt interessiert werden. Die Postkarten liegen ab Donnerstag in Leipziger Kneipen aus.



schie-
it, mit
v, das
astian
edene
ir un-
verner
örder-
lingu-
über-

ibt es
1, das
ft, soll
1 Kilo-
n (die
arum.

Serjós: Klassisches Publikum, das sich für Bach und Co. interessiert, wird umworben. Hier handelt es sich um BWV 541, Präludium und Fuge G-Dur. Repro: LTM
die fehlende Finanzierung zusammen- für die Markierung der Haupttrou-
zubekommen. Gegenwärtig läuft die sammeln soll. Auf jeden gespendeter
Aktion „Aus eins mach vier!“, die Geld Euro legt der Freistaat Sachsen au-

Faksimile: LVZ-Lokal

Ich Grieg 'ne Krise...

Das ist mal wieder eine Überraschung. „Flotte“ Sprüche werben. Und wieder einmal werden wir zugedeckt mit dem Ergebnis einer nicht enden wollenden Suche nach dem verbalen Gag.

Die Medienwissenschaft, nicht nur die Medien wissenschaftlich untersuchend, nein, nun auch die Inhalte vorgehend und zu unserer Freude auch die Gestaltung gleich mitliefernd. Das ist geballte Kompetenz. „Wag'ner mal ne Spur?“ Hä? Herrlich assoziativ – einschließlich Deppenapostroph bietet der flotte Spruch reinen Sprachgenuss.

Arme gequälte Muttersprache. Gibt es ihr gegenüber denn gar keine Verantwortung mehr? Ist alles erlaubt, was irgendwie als „flott“, besser noch als cool, bezeichnet werden kann?

Wieder leistet die Werbung einen beachtlichen Beitrag zur geschundenen deutschen Sprache.

Sinnlos jedoch, sich dagegen wehren zu wollen. Darum sei allen Beteiligten „ABOLUTION“ erteilt.

**Freundlich grüßen
JOCHEN FIEDLER
und Freunde aus LEIPZIG**



—fragt nach dem—

Aufschwung West?

Zu den Perspektiven der Alternativkultur und Kreativwirtschaft im Leipziger Westen

**Donnerstag, den 20. August 2009, 19.00 Uhr
Schaubühne Lindenfels**

Grüner Salon mit roten Stühlen

Karl-Heine-Straße 50

Begrüßung:

René Reinhardt,

Vorstand und künstlerischer

Leiter Schaubühne Lindenfels

Gäste:

Antje Arnold, Westbesuch e.V.

Peggy Diebler, Quartiersmanagement Lpz. Westen

Michael Faber, Kulturbürgermeister der Stadt Leipzig

Dr. Volker Külow, Mitglied des Sächsischen

Landtages DIE LINKE

Volly Tanner, Autor

Moderation:

Michael Zock, Chefredakteur LEIPZIGS NEUE

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,

Konto: 11 50 11 48 40 BLZ: 860 555 92,

Sparkasse Leipzig

Wir freuen uns
über neue LN-Abonnenten
in unserer Hochburg Leipzig
und aus Frankfurt am Main.

Korrespondenz:

Vor kurzem gab es großen Zoff um die Hamburger Universität. Diese ist sehr beliebt bei den Studenten, mehr wegen der Großstadt an der Elbe, als wegen ihrer wissenschaftlichen Reputation. Dass soll sich endlich ändern. Auf das "Wie" hat sich die schwarz/grüne Koalition – seit einem Jahr im Amt – geeinigt. Die Uni soll für Hamburg groß, schön und sehr wichtig werden. Im Senat ist dafür Herlind Gundelach (CDU) und in der Hochschule selbst die Präsidentin Monika Auweter-Kurtz verantwortlich. Die Sena-

torin ist seit 2008 im Amt, die Präsidentin bereits seit 2007.

Frau Auweter-Kurtz, sie kam aus Stuttgart, war bereits bei der Wahl umstritten. Kritik gab es wegen ihrer Nähe zur Rüstungsindustrie. In ihrem letzten Job beschäftigte sie sich mit Antriebstechniken für Raketen. Daher der Spitzname: "Raketen-Moni". Damit hat die Universität ein weiteres Thema mehr als den Aufstieg zu wissenschaftlichen Leistungen und Neubauplänen.

Ausgelöst wurde der Streit zwischen Professoren, Studenten und Unipräsidentin durch den künftigen Standort der Univer-

"Raken-Moni" und "Dr. No"

sität. Die seit 1919 bestehende Hochschule muss dringend saniert werden. Die Senatorin und die Unipräsidentin haben zwar eine "ergebnisoffene Prüfung" zugesagt, favorisieren aber einen kompletten Neubau und damit Umzug der Hochschule auf den Kleinen Grasbrook. Der ist heute noch ein Teil des Hafengeländes und grenzt an die HafenCity. Einst wurde auf dem Neubaugebiet der Universität Klaus Störtebeker geköpft. Wußten das die Senatorin und die Unipräsidentin beim Standortvorschlag?

Studenten wie Professoren möchten jedoch vom heutigen Uni-Standort Eimsbüttel nicht wegziehen, wie auch zahlreiche Buchläden, Cafés, und Kinos, die eng mit der studentischen Klientel verbunden sind und deren Existenz von dem Fortbestand der Universität abhängig ist. Der Streit über den Umzug ist indes nur äußeres Zeichen eines grundsätzlichen Konflikts der Art und Weise, wie die Hamburger Universität modernisiert werden soll. Frau Auweter-Kurtz steht zweifellos für die zeitgemäße Hochschule, doch dabei fehlte es ihr offenbar an Fingerspit-

zengefühl. In der Uni hieß es, sie würde Dekane "abkanzeln" und überhaupt sei sie spröde, wo man gewinnend sein müsste. Nun ist sie, nach Druck aus dem Senat, verbunden mit einer großen Abfindung, als Präsidentin zurück getreten. Vorbei ist in Hamburg die Ära der "Raketen-Moni". Über eine Nachfolge ist noch nicht entschieden. Vom Tisch ist erst einmal aus Geldmangel der Neubau mit Umzug.

Ruhe ist damit immer noch nicht in der Hamburger Politik eingetreten. Es ist der 2,9 Millionen Euro Bonus an den Vorstandchef der HSH Nordbank Prof. Dr. Dirk Jens Nonnenmacher, der die Gemüter in Wallung bringt. Trotz gigantischer Verluste mit sogenannten "Toxischen Papieren" erhielt er, auch "Dr. No" genannt, den fetten Bonus. Die Parlamentarier wurden vom Senat getäuscht, obwohl er wusste, dass Nonnenmacher einen Vertrag mit Sonderkündigungsrecht zum 31. Juli 2009 hatte. Dieser hatte einen Passus mit Zahlung einer Ausgleichzahlung, wenn Nonnenmacher die Bank verlässt und die Bank hätte sich einen neuen Chef suchen müs-

sen. Doch statt dies zu sagen, schwieg Finanzsenator Freytag. Erst ein Brief des Bürgermeisters Ole von Beust (CDU) an den Präsidenten der Bürgerschaft brachte hier Klarheit. Der Bürgermeister beichtete die Bonuszahlungen mit dem Hinweis, dass er zum Handeln gezwungen war. Nach einem Rathausgerücht sollen noch mehr Bonuszahlungen folgen.

Auf einmal rudert in Schleswig-Holstein nach dem Rauswurf seiner SPD Minister mit Aufkündigung der Grossen Koalition Ministerpräsident Peter Harry Carstensen wegen der Zahlung an Nonnenmacher zurück. Er fleht den Chef der HSH Nordbank an, von der Zahlung zurückzutreten. Gleichzeitig bietet er eine neue Kondition – wohl noch mehr Euros – an. Da im Land zwischen den Meeren nach Auflösung des Parlaments dessen Neuwahl parallel zur Bundestags stattfindet, geht es Carstensen um Schadensbegrenzung. Und täglich gibt neue Probleme bei der HSH Nordbank. Der Markt für neue oder gebrauchte Containerschiffe, hier sollte verdient werden, ist durch die weltweite Krise zusammengebrochen. Betroffen davon ist auch die Norddeutsche Bank. Genaue Zahlen wird es wohl erst nach der Bundestags- und Schleswig-Holstein-Wahl geben.

• KARL-H. WALLOCH



Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon

e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

- Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
- Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis:

- Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

bitte ausgefüllt schicken an:
 LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

- Ich bitte um Rechnung
 - Ich bezahle durch Bankeinzug
- Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird **bundesweit** über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündige.

Wir gratulieren den August-Geburtstagskindern

- Gerhard Beyer am 27. zum 89.
- Vera Jahn am 23. zum 87.
- Alice Schramm am 26. zum 81.
- Herbert Härtel am 20. zum 80.
- Erika Schulze am 4. zum 75.
- Jeanette Storbeck am 31. zum 50. Geburtstag.

Allen Jubilaren herzlichen Glückwunsch und alles Gute und viel Gesundheit auf dem weiteren Lebensweg.

Eure Genossinnen und Genossen
 der Basisgruppe Lößnig
 der Partei DIE LINKE

Jana und Daniel

haben sich

im August getraut.

Zum ersten "Ehetag"
 und für die späteren Jahre viel Glück,
 wünscht die LN-Redaktion.



Jetzt einschreiben und weiterbilden!

Die Tageszeitung

junge Welt

Sommerakademie



drei Monate jW für **48,- €**
 Bestellbar bis 27.9.2009

www.jungewelt.de

Ja, ich will die Tageszeitung **junge Welt** drei Monate für **48 Euro** (statt 84,10 Euro) lesen. Das Abo endet automatisch.

- Frau Herr

Name/Vorname Leipzigs Neue

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon/ E-Mail

Ritte beachten Sie beim Abo, daß eine optimale Bearbeitung nur möglich ist, wenn Ihre Telefonnummer (und gegebenenfalls auch Ihre E-Mail-Adresse) angegeben ist. Wir garantieren, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Unterschrift Belieferung beginnt am: _____

Ich bezahle das Abo

- per Einzugsermächtigung Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Coupon ausgefüllt einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 030/53 63 55-44. E-Mail: abo@jungewelt.de

Stadtbibliothek

Leipzig, Wilhelm-Leuschner-Platz

Ausstellungen

Widmungen. Aus dem Bestand des Literaturarchivs. Kabinetausstellung des Literaturarchivs, **noch bis 29.8.**

Was ist wirklich hip? Vier Jahre Leipziger Jugend-Literatur-Jury. Ausstellungsfoyer, **noch bis 5.9.**

Das Wesentliche ist für das Auge nicht sichtbar. Eine Ausstellung der Filmschule Leipzig. Galerie der Kinderbibliothek, **noch bis 16.9.**

Veranstaltungen

19.8., 14 Uhr, Informationszentrum 1. Etg.: **Öffentliche Führung durch die Stadtbibliothek.**

23.8., 15-19 Uhr, Beethovenstraße: **Straßenfest der Leipziger Bibliotheken im Musikviertel**

Theatrum

Leipzig, Militäer Allee 52

28.8., 29.8., 4.9. und 5.9., 20 Uhr: **Theatre noire.** Jugendtheaterprojekt, P 14

12.9. und 13.9., 16 Uhr: **Im KKreis der Vampire.** Kindertheaterprojekt, P 8

18. und 19.9., 20 Uhr: **Ein Quantum Toast,** Jugendtheaterprojekt P 13

Der Bund der Antifaschisten und der VVN-BdA, Leipzig laden ein zum

Sommerfest

am **Sonnabend, 15. August** in das Erich-Zeigner-Haus, Zschochersche Str. 21.

Beginn 14 Uhr.

Für Unterhaltung und das leibliche Wohl ist gesorgt

Antikriegstag September 2009

Leipziger Friedensgruppen erinnern am 1. September von 17-20 Uhr auf dem Lindenauer Markt an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren mit dem Überfall Deutschlands auf Polen.

Noch immer lagern US-Kernwaffen auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel (Rheinland-Pfalz) einsatzbereit auf deutschem Boden. Als Träger dieser Waffen sind Tornado-Flugzeuge der Bundeswehr vorgesehen.

Deshalb wird gefordert:

Bleibende Verpflichtung Deutschlands zum Nichtkernwaffenland;
Abrüstung aller Massenvernichtungs- und Angriffswaffen, Senkung der Produktion und des Exports von Waffen;
Internationale Vereinbarung für ein allgemeines Verbot von ABC-Waffen bei strikter internationaler Kontrolle;
Vollständige Beseitigung aller US-Kernwaffen von deutschem Boden.

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 AAÜG neu vom Rentenstraftrecht bedroht sind. Sprechstunden: jeden vierten Mittwoch, 16-17 Uhr, im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im August neu bei uns:

Jürgen Schreiber: **Sie starb wie Che Guevara. Die Geschichte der Monika Ertl.** Arbessin & Winkler, 19,90 Euro

Julia Friedrichs, Eva Müller, Boris Baumholt: **Deutschland dritter Klasse. Leben in der Unterschicht,** Hoffmann und Kampe, 14,95 Euro

Matthias Krauß: **Die Partei hatte manchmal Recht. Ein Rückblick auf die DDR.** Dietz, Berlin., 14,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de



In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

cineding

Leipzig, Karl-Heine-Str. 83

Mitte Ende August: 15., 16., 18. und 19.8., 21 Uhr; 17.8., 20.15 Uhr; 18. und 19.8., 21 Uhr; 20. bis 23., 25. und 26.8., 19 Uhr

Birdwatchers – Im Land des roten Mannes: 15., 16., 18. und 19.8., 19 Uhr

Die Partei (LEIPZIG PREMIE-RE): 20. bis 23., 25. und 26.8., 21 Uhr; 24. und 31.8., 20.15 Uhr; 27. bis 30.8., 19 Uhr

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Str. des 18. Oktober 10a

1.9., 16 Uhr: "Betzavta" – Mit-einander am Weltfriedenstag. 9.9., 14.30 Uhr: Singen für und mit Alt und Jung.

17.9., 15 Uhr, Erzählcafé für Senioren: **Spiele – vorgestellt und ausprobiert.**

16 Uhr: Puppenbühne Schmidt zeigt für die Kleinen **Der faule Jochen.** Eintritt: 2,50 Euro

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 24. August, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: **Kann man mit dem "Kapital" die Finanzkrise erklären?**

Mit Dr. Dieter Janke, Leipzig
Bürgerbüro Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120

Dienstag, 1. September, 19 Uhr, Dresden
Podiumsdiskussion: **Vor 70 Jahren begann der Zweite Weltkrieg. Deutschlands Verbrechen gegen den Frieden – Deutschlands Verantwortung für den Frieden.** Mit Prof. Dr. Dr. Ernst Woit, Vorsitzender der Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e. V., Dresden, und Oberst a. D. Heinz Kluss, ehemals tätig bei der NATO, militärpolitischer Publizist, Wachtberg bei Bonn

Dreikönigskirche, Hauptstraße 23,
Dienstag, 8. September, 18 Uhr, Leipzig
Podiumsdiskussion: **Sportstadt Leipzig – gestern, heute und morgen.** Mit Täve Schur und Heiko Rosenthal, Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt

Leipzig. Moderation: Rüdiger Ulrich.
Teilnahmegebühr 2 Euro.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Donnerstag, 10. September, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag, Buchvorstellung, und Gespräch: **BKA – Polizeihilfe für Folterregime.** *** Mit dem Autor Dieter Schenk, Publizist, ehemaliger Direktor im BKA. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Montag, 14. September, 18 Uhr, Leipzig
Vortragsreihe: 1409 – 2009: 600 Jahre Universität Leipzig. Vortrag und Diskussion: **Die Universität Leipzig – Epizentrum geisteswissenschaftlicher Entwicklungen von europäischer und weltweiter Wirkung zwischen 1875 und 1915 (I).** Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig / Klagenfurt. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dienstag, 15. September, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: **Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus.** Mit Prof. Dr. Michael Brie, Berlin. Moderation: Dr. Monika Runge, MdL
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Ehrendes Gedenken

für

unsere Genossin **Martha Pörschmann,**
unsere Genossin **Brünhilde Hentschel**
und unseren Genossen **Heinz Sporbert**

Wir nehmen Abschied von ihnen für immer.

Sie haben in unserer Partei
bis ins hohe Lebensalter mitgekämpft.
Das werden wir nicht vergessen

Die Linke
Basisgruppe "Völkerfreundschaft" Grünau Mitte
Leipzig, im Juli 2009



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840

Sprechzeiten: Mo 10 bis 12 Uhr / Di 13 bis 15 Uhr

Redaktion:

Kurt Schneider, Helmut Ulrich, Michael Zock
(V.i.S.P.)

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,

Anzeige, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionschluss dieser Ausgabe: 10. August 2009

Die nächste Ausgabe erscheint am 18. September 2009



Wahlkampf

Die Scheinwerfer strahlen, die Kandidaten steigen in den Ring, sie bewerben sich mit Sprechblasen. Wer am schönsten ist und am meisten verspricht, gewinnt die Wahl. Die Sponsoren erwarten ihre Belohnung.

Wahlbeobachter

Sie beobachten die Wahlen in anderen Ländern, sie kritisieren, sie plädieren, sie erheben Einspruch. Sie beobachten nicht die Wahlen im eigenen Land und nicht die Politiker, die zu beobachten wären.

Wolfgang Bittner
in "Minima Politika"

Der Dienstwagen von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt ist in Spanien gestohlen worden. Unbekannte seien in die Unterkunft von Schmidts Fahrer eingebrochen und hätten den Autoschlüssel für den S-Klasse-Mercedes entwendet, sagte eine Sprecherin des Ministeriums. Der Bund der Steuerzahler forderte Aufklärung.
Agenturen 25.7.

Mit dem "Fall Ulla Schmidt" gerät die Raffgier der Banker völlig aus den Augen der Bevölkerung. Das Ganze ist eine gezielte Medienkampagne gegen die SPD. Außerdem ist es ein Aufreger im Sommerloch und lenkt von den Milliarden ab, die die Banker verzockt haben.
Diskussion DLF 3.8.

75 Prozent aller befragten Deutschen halten diese Gesellschaft für ungerecht.

"Hart aber fair", ARD 29.7.

Fenster und Spiegel putzen geht mit dem vorher gelesenen ND besser als mit der Bildzeitung. Warum wohl?

Leserfrage ND 1.8.

Ausflüge auf dem Rad

"Wer mit dem Radwandern beginnen will, sollte sich zunächst leichte und kurze Touren auswählen. Ein Sprichwort sagt: "Der Geschmack kommt beim Essen". Oder für den Anfänger unter den Pedalrittern heißt das: "Die Lust kommt beim Radeln". Mit einer geeigneten Ausrüstung ist Radwandern für Jung und Alt gleichermaßen eine erlebnisreiche, gesundheitsbewusste Freizeitgestaltung.

In diesem Sinne "Gute Fahrt und immer genügend Luft im Reifen!" Mit diesen Wünschen, ausgesprochen von Christian Pürschel, kann man sich den 10 empfohlenen Rad-Touren in Wort und Bild auch ohne "Navi" anvertrauen. Dabei wird durch Leipzigs Tagebaulandschaft mit den neuen Seen, durch das Muldengebiet, in die renaturierte Kulturlandschaft der Goitzsche, entlang an Weinbergen, an Saale und Ilm, wie auch zu Burgen, Schlössern und alten Wassermühlen in reizvollen Landschaften geradelt.

Das Buch hat eine Größe, die in jede kleine Tasche passt und ist in der Handhabung übersichtlich und ver-fahrerisch", zumal auch an übersichtliche Karten gedacht wurde. Christian Pürschel, geboren 1940 in Pethau, studierte Maschinenbau und arbeitete als Medizintechniker und war lebenslang ein begeisterter Radfahrer. Unbedingt erwähnenswert: Die Jedermann-Rennen mit tausenden von Teilnehmern waren ihm stets ein besonderer Höhepunkt. In seiner Altersklasse schaffte Pürschel auf der 115-km-



VON LEIPZIG AUS IN DAS UMLAND RADFÜHRER



Strecke einen achtbaren ersten Platz. Diese Tour ist natürlich nicht ohne weiteres zur Nachahmung empfohlen. Hinweise und Tipps zu Bekleidung, Werkzeug (Reserveschlauch etc.) sollten allerdings schon beachtet werden. Auch dieser Hinweis: Eine geeignete Radhose kann viele Unannehmlichkeiten verhindern!

Ein neues Rad muss nicht gleich gekauft werden. Radwandern ist auch mit jedem Tourenrad möglich. Mit diesem Rat ist dieser Beitrag über ein empfehlenswertes Buch am Ziel.

• Mic

Autor: Christian Pürschel
Mitteldeutscher Verlag Halle (Saale) 2009 160 S., 9,80 Euro.

Die Zahl der Jugendlichen, die mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus kommen, hat sich in den vergangenen sechs Jahren verdoppelt.
DLF 4.8.

FUNDSACHEN

Niemand vermag zu erklären, dass nicht verblödete Politiker wie Bisky, Gysi, Lafontaine und Bartsch auf die blödsinnige Idee kamen, einen ehemaligen TATORT-Kommissar als ihren Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten zu nominieren. Peter Sodann trägt bei zur politischen Willensbildung – zum wachsenden Widerwillen gegen Politiker, die aus der demokratischen Kulturlandschaft ein Seichtgebiet für Gaukler machen ...

Michael Jürgs in "Seichtgebiete"
Bertelsmann 2009

GELESEN, GEHÖRT, GESEHEN UND NOTIERT VON SIEGFRIED KAHL

Reinhard Lochners Weisheiten

Es gibt Menschen, die eine Ehrung aus Hochmut ablehnen, und andere, die es aus Demut tun.

Es gibt Sonderlinge, die einmal am Tag ein Buch und einmal im Jahr eine Zeitung lesen. Und dann wundern sie sich, dass sie von der Welt nur das Wesentliche verstehen.

Der Lieblingsplatz der Mittelmäßigen ist der Mittelpunkt.

